

Unterrichtung

durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages

Bericht über die internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2011 bis 30. September 2013

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Bedeutung der internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages	2
2 Reisen der Präsidiumsmitglieder	3
3 Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche	7
4 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen	19
5 Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche	23
6 Einzeldienstreisen der Abgeordneten	34
7 Internationale Austauschprogramme	38
8 Grundlage der Berichtspflicht	40
9 Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen	40
10 Erläuterungen zur statistischen Übersicht von Auslands- dienstreisen	41
11 Statistische Übersicht	42

1 Bedeutung der internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages

Frieden und Wohlstand werden in der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile wie selbstverständlich wahrgenommen. Sie hängen aber vor allem von der Verbindung unseres Landes zur globalisierten Welt ab. Als der größten Volkswirtschaft Europas wird Deutschland auf internationaler Ebene zunehmend eine entscheidende Rolle zugewiesen. Dieser gestiegenen Verantwortung Deutschlands gegenüber seinen Partnern in der Welt entspricht eine angemessene internationale Tätigkeit des Parlaments. Denn ein immer dichteres Netz der Kooperation und eine gegenseitige Abhängigkeit auf zwischenstaatlicher Ebene erfordern transparentere Entscheidungsabläufe und die Wahrung von Beteiligungsrechten.

Um dieser internationalen Verantwortung gerecht zu werden, ist es für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages erforderlich, eine intensive Zusammenarbeit mit ausländischen Politikern und Institutionen zu pflegen. So können die Abgeordneten die für ihre Aufgaben notwendigen Informationen und Erfahrungen vor Ort sammeln und auf die internationale Lage und auftretende Konfliktsituationen in angemessener Weise reagieren. Diese wichtige Funktion nehmen sie im Rahmen ihrer Zuständigkeitsbereiche, als Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse, Kommissionen und anderer Gremien des Bundestages, als Delegierte in internationalen parlamentarischen Organisationen oder als Vertreter bilateraler bzw. multilateraler Parlamentariergruppen wahr. In Gesprächen mit ihren Parlamentskollegen aus anderen Staaten, mit Vertretern von Regierungen, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft oder kultureller Einrichtungen erörtern sie aktuelle und bisweilen brisante Themen der Gegenwart – seien es die Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, politische Umbruchsituationen wie in Nordafrika, der internationale Terrorismus, Hunger- und Armutsbekämpfung, Maßnahmen gegen den Klimawandel oder die Bekämpfung von HIV/AIDS. Daneben pflegen oder entwickeln sie Beziehungen zu Staaten, die oftmals nicht im Mittelpunkt der Kontakte auf Regierungsebene stehen.

Die internationalen Aktivitäten der Mitglieder des Deutschen Bundestages dienen darüber hinaus der Kooperation und dem Austausch in zahlreichen Bereichen nationaler Fachpolitik. In der Europäischen Union (EU) erfolgt ein Erfahrungsaustausch zunehmend auf Gebieten, in denen die Hauptverantwortung zwar bei den einzelnen Mitgliedstaaten liegt, eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene aber dennoch erforderlich erscheint. In zahlreichen Politikbereichen stehen die EU-Staaten schon heute vor vergleichbaren Problemen, zum Beispiel im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik oder der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Die Zukunft der Alterssicherung etwa ist ein Thema, das alle Mitgliedstaaten betrifft. Ein intensiver Erfahrungsaustausch auf diesem Gebiet ermöglicht den Transfer erfolgreicher Strategien zwischen den Staaten. Im Rahmen von Auslandsdienstreisen können sich die Parlamentarier in ihrer Funktion als Gesetzgeber Informationen über Erfolg versprechende

Lösungen einholen, um dann bei anstehenden Reformvorhaben sachgerechte Entscheidungen treffen zu können.

Der Deutsche Bundestag hat sich vertraglich verpflichtet, stimm- und mitwirkungsberechtigte Delegationen in verschiedene internationale parlamentarische Versammlungen zu entsenden. Die Zusammenarbeit mit anderen Staaten ermöglicht es, die eigenen politischen Grundüberzeugungen und Positionen auf internationaler Ebene zu reflektieren und auf diese Weise Denkanstöße zu geben oder Entwicklungen anzuregen.

In Staaten, in denen nach politischen Umbrüchen Schritt für Schritt demokratische Strukturen aufgebaut werden, kann der Bundestag wichtige Unterstützungsarbeit leisten. So haben Abgeordnete zum Beispiel in den Staaten Mittel- und Osteuropas auf vielfältige Weise zur Entwicklung von demokratischen Rechts- und Verfassungsstrukturen und zum Aufbau stabiler parlamentarischer Organisationsstrukturen beigetragen. Auch wenn es keine Blaupause für die Schaffung demokratischer Verhältnisse gibt, werden Signale der Solidarität und Hilfsangebote aus Deutschland in vielen Teilen der Welt voller Erwartungen aufgegriffen.

So selbstverständlich die Wahrnehmung der außenpolitischen Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Aufgabe der Bundesregierung ist, so eindeutig ist seit vielen Jahren eine zunehmende Parlamentarisierung der Außenpolitik festzustellen. Sie leitet sich zum einen aus der verfassungsmäßigen Kontrollfunktion des Bundestages gegenüber der Regierung ab und findet gerade im Hinblick auf die auswärtigen Beziehungen und die damit verbundenen außenpolitischen Tätigkeiten des Parlaments in konkreten Bestimmungen des Grundgesetzes (GG) ihren Ausdruck. Der Bundestag übt nach Artikel 59 Absatz 2 GG eine wichtige Rolle bei der Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge aus. Zudem werden die Entscheidungen des Plenums inhaltlich wesentlich von den Ausschüssen vorbereitet. In diesem Zusammenhang wurden wegen ihrer besonderen Bedeutung der „Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union“ und der „Auswärtige Ausschuss“ im Grundgesetz verankert.

Auch bei der Verhandlung und Überarbeitung europäischer Vertragswerke und der Einhaltung internationaler Abkommen leistet der Deutsche Bundestag einen bedeutenden Beitrag. Mit dem Reformvertrag von Lissabon und der ihn flankierenden Begleitgesetzgebung haben die nationalen Parlamente der EU mehr Mitwirkungsrechte erhalten. Seit dem Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts und dem daraus entwickelten Parlamentsbeteiligungsgesetz muss bei allen europäischen Angelegenheiten der Bundestag beteiligt werden. In keiner Legislaturperiode hat es hier einen stärkeren Zuwachs an parlamentarischen Beteiligungs- und Entscheidungsbefugnissen gegeben als in dieser.

Zum anderen ist die zunehmende Parlamentarisierung der Außenpolitik als wachsendes politisches Erfordernis nach internationaler parlamentarischer Zusammenarbeit zu

verstehen. Eine in diesem Zusammenhang notwendige und dabei verantwortlich handelnde, grenzüberschreitende interparlamentarische Kooperation, die dem weltpolitischen Wandel im Zuge der Globalisierung, Interdependenz und Institutionalisierung gerecht werden muss, ist nur gegeben, wenn die im Parlament entscheidenden Abgeordneten die Möglichkeit haben, die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in den jeweiligen Staaten und Regionen durch Information vor Ort zu beurteilen.

2 Reisen der Präsidiumsmitglieder

Europäische Themen/Zukunft der Europäischen Union/Bilaterale Beziehungen

Die Pflege der Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehört traditionell zum Kernbereich parlamentarischer Außenpolitik auch auf der Ebene des Präsidiums. Besonderes Augenmerk gilt neben den regelmäßigen Konferenzen der Parlamentspräsidenten der Europäischen Union, des Europarates sowie der G8-Staaten traditionell den Beziehungen zwischen Deutschland, Polen und Frankreich.

Im Zuge der europäischen Schuldenkrise beriefen Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert und sein französischer Amtskollege Bernard Accoyer eine bilaterale Arbeitsgruppe zur (inter-)parlamentarischen Kontrolle der Finanz- und Haushaltspolitik ein, welche unter Vorsitz der beiden Parlamentspräsidenten insgesamt viermal tagte: Oktober 2011 (Berlin); Dezember 2011 (Paris); Januar 2012 (Berlin); Februar 2012 (Paris).

Die Präsidien von Assemblée nationale und Deutschem Bundestag tagten im Rahmen der bilateralen Treffen im November 2012 in Paris; Hauptgegenstand der Beratungen waren die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Planungen für das 50. Jubiläum der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages im Januar 2013 in Berlin.

Seit einigen Jahren finden analog zum sogenannten Weimarer Dreieck gemeinsame Sitzungen der Präsidien der drei Parlamente statt. Zuletzt kamen die Präsidien des Deutschen Bundestages, des Polnischen Sejm und der Assemblée nationale im Juli 2013 zum Trilateralen Treffen in Krakau zusammen. Inhalte des Treffens waren die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die europäische Nachbarschaftspolitik.

Im Februar und im Juni 2012 reiste Bundestagspräsident Lammert nach Warschau und führte dort Gespräche mit der neu gewählten Sejm marschallin Ewa Kopacz und mit Staatspräsident Bronisław Komorowski zu aktuellen europapolitischen Fragen.

Zur Vertiefung der Beziehungen zu den europäischen Nachbarstaaten auf parlamentarischer Ebene fanden folgende Reisen der Mitglieder des Präsidiums statt:

Auf Einladung seines schwedischen Amtskollegen Per Westerberg fuhr Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert mit Delegation im Oktober 2011 nach Schweden. Im Zentrum der Gespräche sowohl mit Parlamentariern als auch mit

der Ministerin für EU-Angelegenheiten und mit dem Finanzminister standen die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise und die parlamentarische Begleitung der Stabilitätsmaßnahmen. Im Meinungsaustausch mit Mitgliedern der Schwedisch-Deutschen Handelskammer wurden Auswirkungen der internationalen Finanzkrise erörtert. Im Internationalen Institut für Demokratie und Wahlunterstützung IDEA informierte sich die Delegation über die Arbeit des Instituts und speziell über Partizipationsmodelle für die arabische Welt.

Im Oktober/November 2011 bereiste Bundestagsvizepräsident Eduard Oswald mit einer Parlamentarierdelegation Bulgarien und Rumänien. In den Gesprächen u. a. mit den Spitzen des Parlaments und Repräsentanten der Regierung standen die bilaterale parlamentarische Zusammenarbeit, die weiteren europapolitischen Herausforderungen beider Staaten sowie ihr Wunsch nach Schengen-Vollmitgliedschaft und die jeweilige innenpolitische Lage im Vordergrund. Eine bewusste Akzentsetzung in Sofia war das Zusammentreffen mit dem Nationalen Ombudsman, einer Petitionsinstanz zum Schutz der Grundrechte aller Bürger einschließlich nationaler Minderheiten. In Bukarest informierte sich Vizepräsident Oswald auch über die Lage der Volksdeutschen in Rumänien.

Im Februar 2012 reiste Bundestagspräsident Lammert anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Verbindungsbüros des Deutschen Bundestages bei der Europäischen Union nach Brüssel. Im Rahmen seines Besuchs traf er u. a. auch zu Gesprächen mit dem Präsidenten des Europäischen Rates und Vorsitzenden der Eurogruppe, Herman Van Rompuy, sowie mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, zusammen.

Die Bewältigung der Finanzkrise und die europäischen Stabilitätsmaßnahmen waren wesentliche Themenstellungen der Reise des Bundestagspräsidenten nach Portugal im Februar 2012. Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert führte dort unter anderem Gespräche mit seiner portugiesischen Amtskollegin, Assunção Esteves, sowie mit Staatspräsident Prof. Dr. Anibal Cavaco Silva, Premierminister Pedro Passos Coelho und Außenminister Paulo Portas. An der Katholischen Universität Lissabon hielt der Präsident einen Vortrag zum Thema „Europa: Die Krise. Die Zukunft“ und diskutierte in Porto mit Schülerinnen und Schülern der dortigen Deutschen Schule. Abgerundet wurde der Aufenthalt durch einen kurzen Besuch der Europäischen Kulturhauptstadt Guimarães.

Im April 2012 folgte der Bundestagspräsident einer Einladung seines Amtskollegen Dr. Michael Frendo und reiste mit einer Parlamentarierdelegation nach Malta. Neben Gesprächen mit Vertretern unterschiedlicher Ausschüsse des Repräsentantenhauses waren Zusammentreffen mit Staatspräsident, Premierminister und dem Minister für Inneres und Parlamentsangelegenheiten Teile des Programmes. Der Austausch berührte neben Fragen der bilateralen parlamentarischen Zusammenarbeit auch zentrale Aspekte der EU-Beziehungen Malts sowie die Rolle der nationalen Parlamente in der europäischen Finanzkrise. Außerdem besuchte der Bundestagspräsident das Marsa-Open-Flüchtlingszentrum in Albert Town und informierte sich

dort vor Ort über die für Malta dringliche Flüchtlingsproblematik.

Im Mittelpunkt einer Reise von Bundestagsvizepräsident Dr. h.c. Wolfgang Thierse nach Italien/Rom im Mai 2012 stand ebenfalls die Wirtschafts- und Finanzkrise. Darüber hinaus waren innenpolitische Reformvorhaben der italienischen Regierung Gesprächsgegenstand in Begegnungen mit Staatspräsident Giorgio Napolitano und dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer, Gianfranco Fini, sowie u. a. mit dem Minister für internationale Zusammenarbeit und Integration und der Innenministerin. Des Weiteren informierte sich der Bundestagsvizepräsident beim Heiligen Stuhl über den interreligiösen Dialog und die Rolle der katholischen Kirche bei der Vermeidung und Beilegung ethnischer Konflikte sowie über die Bedeutung und Zukunft der Ökumene.

Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert reiste im Mai/Juni 2012 auf Einladung seines Amtskollegen, dem Präsidenten der slowenischen Staatsversammlung, Dr. Gregor Virant, nach Slowenien. Sowohl in den parlamentarischen Gesprächen als auch in den Gesprächen mit Ministerpräsident und Staatspräsident wurden die bilateralen Beziehungen sowie die Reformvorhaben zur Lösung der europäischen Schuldenkrise erörtert. Einen weiteren Programmpunkt des Besuches stellte die Rede des Bundestagspräsidenten vor der Staatsversammlung dar, gefolgt von einem Austausch mit den Abgeordneten u. a. auch zum Thema Haushaltskonsolidierung und Wachstumsförderung.

Im Mai 2012 besuchte Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert auf Einladung des Präsidenten des Storting Norwegen mit einer Abgeordnetendelegation. Neben Gesprächen mit dem Storting-Präsidenten Andersen traf er u. a. mit dem Außenminister und dem Finanzminister zu politischen Gesprächen zusammen. Dabei standen vorwiegend europapolitische Fragestellungen im Mittelpunkt.

Anfang Juli 2012 fuhr Bundestagspräsident Lammert zu einem offiziellen Besuch auf Einladung seines Amtskollegen in die Schweiz, wo er neben parlamentarischen Begegnungen u. a. in Zürich zum 100-jährigen Jubiläum der Handelskammer Deutschland Schweiz eine Rede hielt. Mit Vertretern der Thurgauer Kantonsregierung wurden u. a. der grenzüberschreitende Schienen- und Flugverkehr erörtert. Bei den weiteren Gesprächen standen Aspekte der Finanz-, Steuer- und Europapolitik im Vordergrund.

Auf seinem Weg zur G8-Parlamentspräsidentenkonferenz in Washington reiste Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert im September 2012 nach Kanada, um dort mit seinem Amtskollegen, Speaker Andrew Scheer, Fragen der parlamentarischen Zusammenarbeit und einzelne Aspekte der bevorstehenden G8-Konferenz zu erörtern.

Anfang Oktober 2012 nahm Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert eine Einladung seines liechtensteinischen Amtskollegen Arthur Brunhart wahr und reiste nach Vaduz. Bei den Gesprächen im Landtag und mit Fürst Hans-Adam von und zu Liechtenstein standen sowohl finanzpolitische Aspekte als auch europapolitische Fragen im

Vordergrund. Darüber hinaus informierte sich der Präsident über die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit.

Im November 2012 folgte Bundestagspräsident Norbert Lammert einer Einladung seiner tschechischen Amtskollegin, Miroslava Němcová, nach Prag. Die parlamentarischen Begegnungen standen ganz im Lichte der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Möglichkeiten einer parlamentarischen Begleitung der Stabilitätsmaßnahmen. In den Gesprächen mit Ministerpräsident Piotr Necas, Außenminister Karel Schwarzenberg und Senatspräsident Milan Stech wurden die europapolitischen Themen weiter vertieft. Im Rahmen einer Diskussionsrunde des Goethe-Institutes traf der Präsident mit deutschlernenden Studenten zusammen. Mit Erzbischof Duka diskutierte der Präsident aktuelle Fragen in der katholischen Kirche.

Im Januar 2013 nahm Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert an der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Gründerstaaten der Europäischen Union in Luxemburg zur Vorbereitung einer Vereinbarung unter allen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten zur Beteiligung und Zusammenarbeit in Fragen des europäischen Fiskalpaktes sowie des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) teil.

Im Februar 2013 besuchte Bundestagspräsident Lammert Großbritannien, wo er mit dem Sprecher des britischen Unterhauses, John Bercow, sowie mit Kenneth Clarke, Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Cameron, zusammentraf. Schwerpunkte der Gespräche stellten die Bewältigung der europäischen Schuldenkrise sowie die Zukunft der Europäischen Union dar – insbesondere vor dem Hintergrund des nur wenige Wochen zuvor durch Premierminister Cameron in Aussicht gestellten Referendums zur EU-Mitgliedschaft Großbritanniens. Während seines Aufenthaltes war der Bundestagspräsident ferner Gastredner an der Universität Cambridge sowie an der London School of Economics zu Fragen der Bedeutung des Parlamentarismus in Zeiten der Globalisierung.

Im März 2013 reiste Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert zur Einführungsfeier des neu gewählten Papstes Franziskus zum Heiligen Stuhl nach Rom.

Im Mai 2013 traf Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert in Bratislava zu politischen Gesprächen u. a. mit seinem Amtskollegen zusammen und nahm als Festredner an einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Brücken bauen in Europa“ teil.

Demokratisierung/Rechtsstaatsentwicklung/ Parlamentarische Zusammenarbeit

Die Förderung demokratischer Strukturen und Rechtsstaatlichkeit stand im Zentrum einiger Reisen der Mitglieder des Präsidiums.

Im Dezember 2011 reiste Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert zu einem offiziellen Besuch nach Tunesien. Der Bundestagspräsident war der erste hochrangige westliche Politiker, der Tunesien nach den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung vom Oktober 2011 besuchte. Er traf mit dem Präsidenten der Verfassungsgebenden Ver-

sammlung, Dr. Mustapha Ben Jaafar, sowie mit hohen Repräsentanten der in der Versammlung vertretenen politischen Parteien zusammen. Weitere Begegnungen fanden mit dem kurze Zeit später zum Staatspräsidenten ernannten Vorsitzenden der Koalitionspartei „Congrès pour la République“, Dr. Moncef Marzouki, sowie mit dem ebenfalls kurze Zeit später zum Ministerpräsidenten ernannten Generalsekretär der Partei „Ennahda“, Hamadi Jebali, statt. Schwerpunktthemen waren die im Rahmen der Erarbeitung einer neuen Verfassung angestrebten demokratischen Reformen sowie die grundsätzlichen Weichenstellungen u. a. auch zur gesellschaftspolitischen Ausrichtung des künftigen tunesischen Staatswesens.

Im Dezember 2011 folgte Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert einer Einladung des Präsidenten der Nationalversammlung, Prof. Dioncounda Traoré, nach Mali. Schwerpunktthemen waren die Festigung des Demokratisierungsprozesses, die seinerzeit für das Jahr 2012 geplanten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sowie die bilateralen Beziehungen, insbesondere auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Neben den Gesprächen mit dem Parlamentspräsidenten sowie mit Abgeordneten der Nationalversammlung traf der Präsident den malischen Staatspräsidenten und die malische Premierministerin. Der Bundestagspräsident war Ehrengast und Festredner im Rahmen der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Jubiläum der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Mali.

Im Oktober 2011 bereiste Vizepräsident Dr. h.c. Wolfgang Thierse Malaysia und Indonesien. Inhaltliche Schwerpunkte des Besuches waren Demokratieförderung, Entwicklung des Parlamentarismus, interreligiöser Dialog und Menschenrechte. In Malaysia traf der Bundestagsvizepräsident u. a. mit Parlamentspräsident Pandikar Amin Mulia und weiteren Parlamentsabgeordneten sowie mit dem Außenminister zusammen. Außerdem informierte sich der Vizepräsident über die malaysische Zivilgesellschaft und traf Religionsvertreter. Gespräche mit dem Ministerpräsidenten und dem Parlamentspräsidenten der Provinz Penang rundeten das Programm ab. In Indonesien führte der Bundestagsvizepräsident u. a. Gespräche mit dem Vizepräsidenten des indonesischen Parlaments und weiteren Abgeordneten, dem Präsidenten der Regionalparlamente sowie mit dem indonesischen Religionsminister. Weitere Begegnungen fanden mit dem Sultan von Yogyakarta sowie mit hochrangigen Religionsvertretern, Vertretern der indonesischen Zivilgesellschaft und Vertretern verschiedener indonesischer Universitäten statt.

Im April 2012 reiste Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert auf dem Rückweg von der IPU-Jahreskonferenz in Uganda zu einem Arbeitsbesuch nach Ägypten und traf dort u. a. mit Parlamentspräsident Katatni und weiteren Parlamentariern zu einem Gedankenaustausch über die aktuelle politische Lage und die anstehenden Wahlen zusammen. Erörtert wurden ferner Möglichkeiten eines Unterstützungsprogramm durch den Deutschen Bundestag für die ägyptische Parlamentsverwaltung. Beim Generalsekretär der Wahlkommission für die Präsidentenwahl informierte sich der Präsident über

die Modalitäten und Mechanismen. Die Delegation besuchte die Tahrir-Lounge des Goethe-Institutes und diskutierte mit Teilnehmern des Projektes über die aktuellen politischen Fragestellungen. Bei einer Veranstaltung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes hielt der Präsident eine Rede zum Thema „Die Macht des Parlamentes und seine Grenzen – Erfahrungen des deutschen politischen Systems“, im Anschluss folgte eine Diskussionsrunde mit den Teilnehmern der Veranstaltung.

Bundestagsvizepräsident Dr. Hermann Otto Solms reiste im Mai 2012 mit einer Parlamentarierdelegation nach Myanmar, Kambodscha und Nepal. Im Mittelpunkt der Gespräche in allen drei Ländern standen Fragen der Demokratisierung und Parlamentarisierung, der momentanen ökonomischen Entwicklung sowie des Aufbaus parteipolitischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen. In Myanmar traf die Delegation unter anderem zu Gesprächen mit Parlamentspräsidenten Thura U Shew Mann, dem Vizepräsidenten Myanmars und mit Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi zusammen. Daneben informierte der Verhandlungsführer im Friedensprozess, Minister U Aung Min, über den gegenwärtigen Stand der Waffenstillstandssondierungen, über die Überlegungen für eine nachhaltige Friedenslösung sowie über die vorherrschenden Minderheitenprobleme in Myanmar. In Kambodscha führte die Delegation Gespräche unter anderem mit der Vizepräsidentin des Parlaments, Khoun Sudary, und weiteren Vertretern der Nationalversammlung sowie mit Premierminister Hun Sen. Ein besonderes Augenmerk galt in Kambodscha dem Problemkreis der Khmer Rouge Herrschaft, dem innergesellschaftlichen Aussöhnungsprozess und der Aufarbeitung durch das Khmer Rouge Tribunal. Außerdem informierte sich die Delegation über ein unter deutscher Leitung durchgeführtes humanitäres Minenräumungsprogramm. In Nepal traf sich die Delegation unter anderem zu einem Gedankenaustausch mit dem Premierminister, erörterte mit dem Geschäftsführer des neu gegründeten Nepal Investment Boards, Radesh Pant, ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten für Nepal und informierte sich in einem Roundtable-Gespräch mit NGO-Vertretern über die gegenwärtige Menschenrechtssituation des Landes.

Der Intensivierung der parlamentarischen Beziehungen zu Südamerika widmeten sich zwei Reisen von Bundestagsvizepräsident Oswald. Zunächst reiste er mit einer Parlamentarierdelegation im Mai/Juni 2012 nach Argentinien und Uruguay. In Buenos Aires traf die Delegation verschiedene Parlamentarier und den Vizeaußenminister zum Meinungs austausch über bilaterale Fragen der Zusammenarbeit. Ferner besuchte die Delegation einige bilaterale Bildungseinrichtungen und informierte sich in der Provinz Misiones über landwirtschaftliche Projekte und Einrichtungen mit bilateralem Bezug. In Montevideo standen neben den parlamentarischen Begegnungen Zusammentreffen mit Staatspräsident Mujica sowie Gespräche mit Außen-, Finanz- und Tourismusminister im Mittelpunkt des Aufenthaltes. Im Juni 2013 besuchten der Vizepräsident und seine Delegation dann in Chile die Europäische Südsterntur in El Paranal und traf mit den dort arbeitenden deutschen Wissenschaftlern zusammen.

In der Hauptstadt standen u. a. Gespräche mit Parlamentariern und der Ministerin für Arbeit und Soziales auf dem Programm. Im Rahmen einer Konferenz der Hanns-Seidel-Stiftung hielt Vizepräsident Oswald einen Vortrag zum Thema „Politische, wirtschaftliche und soziale Herausforderungen der Europäischen Union“. Wirtschaftspolitische Fragen standen im Mittelpunkt von Begegnungen mit der Handelskammer und verschiedener deutsch-chilenischer Unternehmen.

Bundestagsvizepräsident Thierse reiste im September/Oktober 2012 nach Armenien und Georgien, wo er sich über die aktuelle politische Lage informierte und Gespräche zu den Themenbereichen Demokratie und Menschenrechte sowie zur spezifischen regionalen Konfliktsituation im Südkaukasus führte. In Armenien traf er u. a. mit dem armenischen Staatspräsidenten, dem Präsidenten des armenischen Parlaments und weiteren Parlamentariern, mit dem armenischen Premierminister sowie mit dem Obersten Patriarchen und Katholikos der Armenier, Karekin II., zusammen. In Gesprächen mit dem Ombudsmann für Menschenrechte sowie mit Vertretern der armenischen Zivilgesellschaft informierte sich die Delegation über die aktuellen Entwicklungen im Land. Bestandteil des Programms war darüber hinaus der Besuch der Gedenkstätte für die Opfer des Völkermords an den Armeniern in Eriwan. Der Besuch in Georgien fiel terminlich auf die erst zwei Tage zuvor abgehaltenen Parlamentswahlen, welche einen Schwerpunkt der Gespräche darstellten. Die Wahlergebnisse und die innenpolitischen Auswirkungen diskutierte die Delegation mit dem georgischen Staatspräsidenten, dem Führer der Oppositionspartei „Georgian Dream“ und Wahlgewinner, Bidsina Iwanischwili, sowie mit dem georgischen Außenminister. Den Verlauf der Wahlen erörterte man mit dem Leiter der OSZE/ODIHR-Wahlbeobachtermission in Georgien, der georgischen Ombudsfrau für Menschenrechte, Vertretern der georgischen Zivilgesellschaft sowie hochrangigen Repräsentanten der in Georgien vertretenden Religionsgemeinschaften. Über die spezifische Konfliktsituation im Südkaukasus informierte sich der Bundestagsvizepräsident u. a. auch im Rahmen eines Besuchs des Regionalbüros der EU-Beobachtermission in Georgien an der Grenze zu Südossetien.

Im Februar 2013 bereiste Bundestagspräsident Lammert mit einer Parlamentarierdelegation auf Einladung seiner Amtskollegen Algerien und Marokko. In Algerien traf die Delegation zu einem ausführlichen Meinungsaustausch über die Lage des Landes und die regionalen aktuellen Entwicklungen mit Parlamentspräsident Larbi Ould Khalifa und weiteren Parlamentariern zusammen. Die angesprochenen Themen wurden u. a. in Gesprächen mit dem Senatspräsidenten und dem Premierminister weiter vertieft. In Marokko standen die regionalen politischen Entwicklungen und gesellschaftlichen Perspektiven im Mittelpunkt der Gespräche mit Parlamentspräsident Karim Ghallab und verschiedenen Fraktionsvorsitzenden des Parlamentes sowie mit dem Premierminister und dem Außenminister. Mit dem Senatspräsidenten wurde die politisch fragile Lage der Westsahara beleuchtet. Der Präsident des Nationalen Menschenrechtsrates informierte

über die aktuelle Lage und erzielte Fortschritte im Bereich Menschenrechte und Zivilgesellschaft. In Fès nahm der Bundestagspräsident mit seiner Delegation mit einem Grußwort an der Wiedereröffnung der jüdischen Synagoge Slat Al Fassiyin teil, die mit deutschen Mitteln restauriert werden konnte. An der feierlichen Zeremonie nahm auch der Premierminister von Marokko teil.

Auf Einladung seines armenischen Amtskollegen Hovik Abrahamyan hielt sich Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert im März 2013 zu einem offiziellen Besuch in der Republik Armenien auf. Er informierte sich dort über die innenpolitische Entwicklung des Landes nach den Präsidentschaftswahlen sowie über die Herausforderungen und Perspektiven der armenischen Regionalpolitik im Südkaukasus. In Eriwan traf der Bundestagspräsident unter anderem mit hochrangigen Vertretern der armenischen Nationalversammlung sowie mit den Vorsitzenden verschiedener Parteien zusammen und führte Gespräche mit dem Staatspräsidenten und dem Außenminister. Daneben besuchte er das Mahnmal für die Opfer der Ermordung und Vertreibung der Armenier und nahm an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Europa in Zeiten der Globalisierung – Kooperation und Integration“ am Zentrum für Europäische Studien der Staatlichen Universität Eriwan teil.

Im März 2013 reiste Bundestagsvizepräsident Solms mit einer Parlamentarierdelegation in die Republik Indien. Die Gespräche, die die Delegation unter anderem mit Abgeordneten des indischen Ober- und Unterhauses, mit dem Präsidenten des Indian Council for Cultural Relations, Minister Dr. Karan Singh, dem Vizepräsidenten des Parlaments Rajasthans, dem Finanzminister von Westbengalen sowie mit dem Erzbischof von Kalkutta, Thomas D’Souza, führte, enthielten eine breite Palette aktueller Themen. Die Delegation informierte sich über das Engagement der deutschen Wirtschaft in Indien, die Möglichkeiten für den Ausbau der bilateralen Wirtschaftskooperation, die Situation der Christen im Lande, die Integration der tibetischen Flüchtlinge sowie drängende Fragen der Armutsbekämpfung. Einen besonderen Schwerpunkt bildete das Thema Frauenrechte. Die Delegation nutzte dabei neben intensiven Gesprächen mit Aktivistinnen von Nichtregierungsorganisationen auch die Möglichkeit, sich vor Ort in einem Slumviertel Neu-Delhis bei einem Besuch einer polytechnischen Ausbildungsstätte über den konkreten Arbeitsalltag und die Lebensbedingungen vieler, vor allem junger Frauen in Indien zu informieren.

Im Mai 2013 reiste Bundestagsvizepräsident Thierse nach Sri Lanka und Myanmar. Inhaltliche Schwerpunkte der Reise waren die aktuelle politische Lage in den Zielländern sowie die Themenbereiche Demokratie und Parlamentarismus, interreligiöser Dialog und Menschenrechte. In Sri Lanka informierte sich der Bundestagsvizepräsident darüber hinaus über die Bewältigung der Folgen des Bürgerkrieges sowie die aktuellen ethnischen Konflikte im Land in Gesprächen mit dem Vizepräsidenten des Parlamentes, dem Außenminister, dem Vorsitzenden der Partei „Nationale Tamilische Allianz“ sowie mit Vertretern der Zivilgesellschaft und der Religionsgemeinschaften

des Landes. In Myanmar informierte sich die Delegation über die Fortschritte der Demokratisierung in Gesprächen mit dem Staatspräsidenten, dem Präsidenten des Unterhauses, dem Präsidenten des Oberhauses sowie mit dem Außen-, dem Informations- und dem Arbeitsminister. Der demokratische Wandel in Myanmar, die angestrebten Reformen sowie die weitere politische Entwicklung des Landes, u. a. auch vor dem Hintergrund aufkeimender ethnischer Konflikte, waren ebenfalls Gegenstand des Gesprächs mit der Vorsitzenden der Oppositionspartei Nationale Liga für Demokratie, Aung San Suu Kyi. Bestandteil des Programms war ferner ein Gesprächstermin mit Vertretern der myanmarischen Zivilgesellschaft.

Im April 2013 nahm Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert eine Einladung zu einem offiziellen Besuch in den Oman wahr. Fragen der behutsamen Demokratisierung des Landes im regionalen Vergleich, der Gleichberechtigung von Mann und Frau und des interkulturellen Dialoges standen im Fokus der Gespräche mit den Repräsentanten der beiden Majlis-Kammern, mit dem Religions- und dem Tourismus-Minister sowie mit Sultan Qabus. Aber auch Möglichkeiten der Verbesserung der bilateralen Zusammenarbeit wurden diskutiert.

Zur Intensivierung der parlamentarischen Zusammenarbeit reiste Bundestagsvizepräsident Eduard Oswald mit einer Parlamentarierdelegation im Mai 2013 in die Mongolei nach Ulan Bator. Im Zentrum der Gespräche mit dem Parlamentspräsidenten, den parlamentarischen Ausschüssen, dem Vizepremierminister und dem Außenminister standen die Fortentwicklung der Demokratie, die Perspektiven für die Jugend aber auch Fragen der Religionsfreiheit. Bei Aufenthalten außerhalb der Hauptstadt in den Regionen Terelj und Darkhan-Uul waren ökologische und (verkehrs-)infrastrukturelle Herausforderungen Schwerpunkte der Begegnungen, zu denen auch diverse Projektbesuche der deutsch-mongolischen Zusammenarbeit gehörten.

Gedenken und Erinnerungskultur/Interkultureller Dialog

Die Bekämpfung des Antisemitismus und Aspekte des Gedenkens beziehungsweise der Erinnerungskultur standen im Mittelpunkt der Reisen von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau in die Niederlande, nach Polen sowie Österreich. Im November 2011 fuhr Vizepräsidentin Pau in die Niederlande, um an der Enthüllung einer Skulptur zum Gedenken an die Kindertransporte vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges teilzunehmen. Auf dem Programm standen auch ein Besuch in der Essalaam Moschee in Rotterdam und bei der Anne Frank Stiftung in Amsterdam.

Im April 2012 hielt Bundestagsvizepräsidentin Pau in Warschau in Vertretung des Präsidenten des Deutschen Bundestages die Eröffnungsansprache zu der erstmals außerhalb Deutschlands gezeigten Ausstellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft „Wissenschaft, Planung und Vertreibung: Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten“. Ferner führte sie Gespräche mit OSZE-Repräsentanten und besuchte Gedenkstätten der deutsch-polni-

schen bzw. deutsch-jüdischen Geschichte sowie das Deutsche Historische Institut.

Im März 2013 hielt Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert auf Einladung seines ungarischen Amtskollegen in Budapest eine der Festansprachen der Feierlichen Sitzung der ungarischen Nationalversammlung anlässlich der Einführung des Gedenktages an die Vertreibung der Ungarn-deutschen.

Im Mai 2013 nahm Vizepräsidentin Petra Pau an der Wiedereröffnung der neugestalteten KZ-Gedenkstätte Mauthausen in Österreich teil. Außerdem führte sie politische Gespräche in Wien.

Im Juni 2013 reiste Vizepräsident Wolfgang Thierse nach Liechtenstein zu einem Vortrag vor dem Europäischen Institut für interkulturelle und interreligiöse Forschung in Vaduz. Politische Gespräche im Landtag ergänzten den Aufenthalt.

3 Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche

Die Reisen sowie Gegenbesuche der Ausschüsse und des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung dienten vornehmlich dazu, Erfahrungen zu wichtigen und aktuellen politischen Themen auszutauschen und Erkenntnisse für die eigene Arbeit zu gewinnen.

Gesprächspartner waren insbesondere die korrespondierenden Ausschüsse und andere Mitglieder der ausländischen Parlamente, daneben Vertreter der Regierungen, andere Gruppen und Personen des öffentlichen Lebens sowie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), der Zivilgesellschaft, von Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden.

In den folgenden Abschnitten werden die Reisen und Gegenbesuche ausländischer Parlamentarierdelegationen nach den einzelnen Ausschüssen und dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung gegliedert aufgeführt. Die internationalen Aktivitäten wurden unter Bezugnahme auf die inhaltlichen Schwerpunkte des jeweiligen Gremiums dargestellt, wobei sie exemplarisch aufgeführt sind. Es handelt sich demnach nicht um eine vollständige Auflistung aller Aktivitäten.

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Anlass der einzigen Delegationsreise des Ausschusses in dieser Legislaturperiode im April 2013 in die Türkei war der dortige Reformprozess zur Umwandlung der bisherigen Staatsverfassung in ein Präsidialsystem. Insbesondere ging es um die damit einhergehende zukünftige Rolle des Parlaments. Dazu sprachen die Ausschussmitglieder mit mehreren Vertretern der korrespondierenden Ausschüsse in der Türkischen Nationalversammlung. Zudem erörterten sie mit dem Präsidenten des türkischen Verfassungsgerichts die in diesem Zuge zu erwartenden neuen Zuständigkeiten. Während ihres Aufenthalts in Istanbul und Ankara traf die Ausschussdelegation auch mit Vertretern der führenden politischen Partei in der Türkei, der AKP,

zusammen und informierte sich über deren Struktur, Organisation und Arbeitsweise. Ferner wurde in den Gesprächen ein besonderes Augenmerk auf die Situation der türkischstämmigen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sowie auf die in der Türkei lebenden Deutschen gelegt.

Bei Besuchen von Delegationen aus Russland, von den Malediven und aus Äthiopien in Berlin wurden Fragen des Geschäftsordnungs-, Parlaments- und Statusrechts, das Wahlprüfungsrecht sowie die allgemeinen Funktionen und die Arbeitsweise des Ausschusses angesprochen.

Petitionsausschuss

Wie in den vorherigen Jahren auch suchten wieder viele internationale Gäste das Gespräch mit dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Grund dafür war häufig das Internetportal e-Petitionen. Das Petitionsportal erfährt im Rahmen des Internetangebots des Deutschen Bundestages einen außerordentlich großen Zuspruch und wird von vielen Parlamenten inner- und außerhalb Europas als Vorbild angesehen. Insgesamt besuchten den Ausschuss zwölf Delegationen aus so unterschiedlichen Staaten wie Albanien, Kambodscha, Mongolei, Nigeria, Südafrika, Südkorea sowie Usbekistan.

Im Dezember 2011 fuhr eine Delegation des Ausschusses nach Israel sowie nach Ramallah im Westjordanland. In Tel Aviv und Jerusalem standen Gespräche mit dem israelischen Ombudsmann auf dem Programm; in Ramallah traf sich die Delegation mit dem Justizminister und dem Generalsekretär der Partei Al-Mubadara. Thema waren hier Menschen- und Bürgerrechte sowie das Petitionswesen in den Palästinensischen Gebieten.

Nach Moskau und Tiflis fuhr eine Delegation im Juni 2012. In Russland trafen sich die Bundestagsabgeordneten unter anderem mit zwei Ausschussvorsitzenden der Duma und Vertretern der russischen Regierung. Dabei wurden auch kritische Punkte angesprochen wie die Verschärfung des Demonstrationsrechts und das Vorgehen der Behörden gegen Demonstranten. In Georgien ging es in den Gesprächen insbesondere um Möglichkeiten öffentlicher Partizipation an politischen Prozessen.

Während einer Delegationsreise des Ausschusses im Oktober 2012 in die Türkei ging es neben dem türkischen Petitionswesen vor allem um Fragen der Integration türkischstämmiger Menschen in Deutschland.

Auf dem Programm einer Delegationsreise im Juni 2013 in die Mongolei und nach Südkorea stand in der mongolischen Hauptstadt Ulan Bator neben den Themen Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung eine gemeinsame Konferenz der Petitionsausschüsse des mongolischen Parlaments und des Deutschen Bundestages auf dem Programm. In Seoul verschaffte sich die Delegation des Petitionsausschusses einen Eindruck vom koreanischen Ombudswesen und führte Gespräche mit koreanischen Nichtregierungsorganisationen. Dabei ging es unter anderem um die Themen Todesstrafe, Nationales Sicherheitsgesetz und Rechte von Migranten.

Als international verflochtenes Gremium ist der Petitionsausschuss Mitglied des Europäischen Ombudsman Instituts (EOI) sowie des Internationalen Ombudsman Instituts (IOI). Auf der Weltkonferenz des IOI im neuseeländischen Wellington im November 2012 stand die Frage nach der Effektivität des Bürgerbeauftragten in der gegenwärtigen Finanzkrise und angesichts der Sparpolitik im Vordergrund. Auf der Tagung des EOI im September 2013 in Innsbruck war das Thema die Unabhängigkeit des Ombudsmanns in Europa.

Auswärtiger Ausschuss

Fragen der internationalen Sicherheit und der politische Wandel in Nordafrika waren wiederholt Beratungsgegenstände des Ausschusses und bildeten daher auch Schwerpunkte seiner Reisetätigkeit und die seiner Unterausschüsse im Berichtszeitraum.

Auf einer Delegationsreise nach Vietnam und auf die Philippinen im April 2013 konnten sich Abgeordnete des Ausschusses über die Lage im südchinesischen Meer unterrichten, die durch den Aufstieg Chinas als Regionalmacht sowie durch ungelöste Territorialkonflikte gekennzeichnet ist.

Der Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ informierte sich im September 2012 bei der NATO in Brüssel über die Umsetzung der Ergebnisse des NATO-Gipfels von Chicago und setzte sich für eine zügige Einrichtung des neuen Abrüstungs- und Rüstungskontrollausschusses der Allianz ein. Im März 2013 nahm eine Unterausschussdelegation an der UN-Konferenz über einen Internationalen Waffenhandelsvertrag in New York teil. In Gesprächen mit dem Konferenzvorsitz, Vertretern der UN, teilnehmender Staaten und internationaler Nichtregierungsorganisationen sowie in einer öffentlichen Veranstaltung unterstützte die Delegation eine verbesserte Regulierung des globalen Handels mit Rüstungsgütern.

Beherrschende Themen der Delegationsreise des Unterausschusses „Vereinte Nationen, Internationale Organisationen und Globalisierung“ nach New York im Oktober 2012 waren die durch ihre begrenzte Handlungsfähigkeit in aktuellen Krisen herausgeforderte Legitimität der Vereinten Nationen sowie die Fortschreibung der „Millennium-Entwicklungsziele“ nach 2015 und ihr Verhältnis zum parallelen Prozess der Festlegung „nachhaltiger Entwicklungsziele“.

Abgeordnete des Unterausschusses „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ besuchten im März 2013 Ägypten, Algerien und Marokko, um sich ein Bild vom Wandel in diesen Ländern zu machen. In den Gesprächen mit Repräsentanten von Parlament, Regierung und Parteien und mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Gruppen ging es nicht zuletzt um die weitere deutsche Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen und zur Stärkung der Zivilgesellschaft; in Algerien waren zudem die Konflikte in Mali und in der Sahelzone sowie die Situation von Flüchtlingen vor Ort ein wichtiges Thema.

Möglichkeiten der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Ägypten bzw. demokratischer Kräfte im Libanon standen im Zentrum der Delegationsreise des zuständigen Unterausschusses in beide Länder im Mai 2013. Auf Reisen nach Frankreich im Oktober 2012 – im Vorfeld des Jubiläums des Elysée-Vertrages – und nach Griechenland im Dezember 2011 setzten sich Delegationen des Unterausschusses für eine Stärkung des Kulturaustauschs und eine Förderung des Deutsch-Unterrichts ein.

In Berlin führte der Auswärtige Ausschuss zudem gemeinsamen Sitzungen mit den Ausschüssen für Auswärtige Angelegenheiten des polnischen Sejm (Mai 2011), der französischen Nationalversammlung (Februar 2013 anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages) und der russischen Duma (März 2013) durch.

Innenausschuss

Die Arbeitsfelder des Innenausschusses weisen in vielen Bereichen einen Auslandsbezug auf. Neben klassischen Themen wie den internationalen Polizeieinsätzen sowie der Migrations-, Integrations- und Flüchtlingspolitik gewinnt die internationale Zusammenarbeit auch hinsichtlich der Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung ebenso wie beim Grenz- und Katastrophenschutz zunehmend an Bedeutung. Gute Kontakte zu ausländischen Partnern sowie ein parlamentarischer Erfahrungsaustausch sind folglich für die im Ausschuss geführten Beratungen von großem Wert. Im Berichtszeitraum standen daher die internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden sowie die Migrations- und Flüchtlingspolitik im Fokus der Delegationsreisen des Ausschusses.

Bei der Reise einer Delegation nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete (Oktober/November 2011) konzentrierten sich die Gespräche auf Sicherheitsfragen. Die Abgeordneten informierten sich vor Ort über die deutsche Unterstützung beim Aufbau der palästinensischen zivilen Polizei und besuchten hierzu in Jericho die mit deutschen Finanzmitteln unterstützte Polizeiakademie und Polizeisimulationswache. Im Juni 2012 reiste eine Delegation nach Russland, um Gespräche zur Umsetzung des gemeinsamen Abkommens über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten von erheblicher Bedeutung zu führen. Auch fand ein Besuch der Visastelle in Moskau statt. Die Sicherheitsaspekte internationaler Zusammenarbeit sowie die Umsetzung der im Ausschuss federführend beratenen zwischenstaatlichen Sicherheitsabkommen waren ebenfalls Anlass einer Delegationsreise nach Saudi-Arabien, nach Katar und in die Vereinigten Arabischen Emirate (Oktober 2012). Dabei suchten die Abgeordneten auch die Grenzregion im Norden Saudi-Arabiens auf, um sich von der im Ausschuss politisch umstrittenen Ausbildungstätigkeit der Bundespolizei im Zusammenhang mit der dortigen Grenzsicherung ein Bild zu machen. Die Gesprächspartner in allen drei Staaten betonten ihr großes Interesse an der Zusammenarbeit mit Deutschland im Bereich der Sicherheit und brachten ihren

Wunsch nach Ausbau und Intensivierung der Beziehungen nicht nur auf diesem Gebiet deutlich zum Ausdruck. Im Mai 2013 fand ein Delegationsbesuch in der Türkei sowie in Griechenland statt, welcher der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik gewidmet war. An der türkisch-syrischen Grenze sowie in Griechenland verschafften sich die Abgeordneten durch den Besuch von Flüchtlings- bzw. Gewahrsamslagern einen Eindruck von der Flüchtlingssituation, um im Anschluss mit griechischen Regierungsvertretern über die Umsetzung der europäischen Asylvorschriften zu diskutieren.

Sportausschuss

Die Durchführung internationaler Sportgroßveranstaltungen und die Vergabeverfahren für deren Ausrichtung werden zunehmend kritisch diskutiert, insbesondere im Hinblick auf die Vertragsgestaltung durch die internationalen Verbände, die finanziellen Auswirkungen sowie die Fragen der Umweltverträglichkeit, der Nachhaltigkeit und der Einhaltung der Menschenrechte bei der Planung und Ausführung von Baumaßnahmen für internationale Sportereignisse.

Mit der Ausrichtung der FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft 2014 und den Olympischen Sommerspielen 2016 ist Brasilien in besonderer Weise von diesen Fragestellungen betroffen. Eine Delegation des Ausschusses verschaffte sich im November 2011 in Gesprächen mit verantwortlichen Vertretern aus Politik und Sport einen Überblick über die Planungen und den Realisierungsstand der Vorbereitungen auf diese Großveranstaltungen, einschließlich der Folgen für das Land und seine Bewohner. Zuvor entsprachen die Mitglieder des Ausschusses mit einem Kurzbesuch des chilenischen Sportausschusses und Gesprächen mit Regierungsvertretern einem lange bestehenden Wunsch Chiles nach einem sportpolitischen und sportfachlichen Austausch mit Deutschland.

Olympische Spiele sind ein einzigartiges Sportgroßereignis, in dem sich die deutschen Sportlerinnen und Sportler auf internationaler Ebene vergleichen können. Gleichzeitig sind sie auch Indikator für die Effizienz des Spitzensportfördersystems in Deutschland, dessen Finanzierung wesentlich von den durch den Deutschen Bundestag bereitgestellten Mitteln getragen wird. Eine Delegation des Sportausschusses konnte im August 2012 während der Sommerolympiade in London mit Athletinnen und Athleten sowie Funktionären eine offene und kritische Diskussion über die zukünftige Gestaltung und Optimierung der Sportförderung führen. In Gesprächen mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft wurden Herausforderungen und Chancen eines internationalen Sportgroßereignisses für das Gastgeberland erörtert. Ebenfalls konnten parlamentarische Kontakte zu Abgeordneten des Culture, Media and Sports Committee des britischen Unterhauses gepflegt werden. Da im Rahmen der Olympischen Spiele auch zahlreiche Vertreter internationaler Organisationen vor Ort waren, konnten zum Beispiel mit Vertretern der World Anti Doping Agency (WADA) und der Vereinten Nationen weitere zielführende Gespräche geführt werden.

Mit dem Besuch der Paralympischen Spiele Ende August/Anfang September 2012 in London folgte der Sportausschuss einer langjährigen Tradition und nutzte den Besuch für Gespräche mit vielen Akteuren, britischen Abgeordneten sowie mit Vertretern des britischen Behindertenrates und des Internationalen Paralympischen Komitees über Themen wie Barrierefreiheit, die soziale Situation von Menschen mit Behinderungen und Inklusion.

Rechtsausschuss

Die Reisen des Rechtsausschusses und seines Unterausschusses Europarecht widmeten sich im Berichtszeitraum rechtsstaatlichen und europarechtlichen Themen.

Eine Delegation des Rechtsausschusses hat sich auf Einladung des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China im Oktober 2011 in Peking im Rahmen des zwischen beiden Ländern vereinbarten Rechtsstaatsdialoges mit verfassungsrechtlichen und justizpolitischen Fragestellungen beschäftigt. Gespräche unter anderem mit der Rechtskommission des Nationalen Volkskongresses und mit der Leitung des staatlichen Rechtsamtes dienten dem Erfahrungsaustausch im Bereich der Gesetzgebung. Im Dialog mit den Spitzen des Obersten Volksgerichtshofs und der Obersten Volksstaatsanwaltschaft konnten der Stand und die weitere Entwicklung der Strafprozessordnung und rechtsstaatlicher Grundsätze sowie die unterschiedlichen Haltungen zur Todesstrafe erörtert werden. Zudem wurden aktuelle wirtschaftsrechtliche Aspekte mit in Peking ansässigen deutschen Institutionen, Wirtschaftsvertretern und Rechtsanwälten diskutiert.

In Tansania und Kenia werden die Verfassungen reformiert und das Justizsystem grundlegend überarbeitet. Nach Besuchen aus beiden Ländern beim Rechtsausschuss konnte sich eine Delegation im Oktober 2012 ein Bild vom Fortgang des Reformprozesses in beiden Ländern machen. In Gesprächen mit Rechtspolitikern aus Regierungs- und Oppositionsparteien, Richtern der obersten Gerichte sowie mit Vorsitzenden und Mitgliedern der Wahl- und Verfassungskommissionen wurden Erfahrungen mit Verfassungsrecht und Parlamentarismus ausgetauscht und der Stand der Justizreform in beiden Staaten auf ihrem Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erörtert.

Eine Delegation des Unterausschusses Europarecht besuchte im Januar 2012 den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg. Die Bundestagsabgeordneten wurden vom EGMR-Präsidenten sowie mehreren Richtern des EGMR empfangen. Gegenstand der Gespräche war insbesondere die Rechtsprechung des EGMR zu Fällen aus Deutschland. Die Delegation erörterte mit den Richtern mehrere Entscheidungen des EGMR zur Sicherungsverwahrung und deren Umsetzung im deutschen Recht. Überdies waren der vorgesehene Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und die Reform der Arbeitsweise des EGMR Gegenstand der Gespräche. Zu diesen beiden Themen führte die Delegation zudem Gespräche mit hohen Beamten des Europarates.

Der Schutz der Grundrechte in der Europäischen Union stand im Mittelpunkt eines Besuchs einer Delegation des Unterausschusses Europarecht bei der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte in Wien im Mai 2013.

Zu dem kontrovers diskutierten Vorschlag eines einheitlichen europäischen Kaufrechts lud der Rechtsausschuss im November 2012 Parlamentarier mehrerer EU-Mitgliedstaaten und Mitglieder des Europäischen Parlaments zu einer Konferenz nach Berlin ein und nutzte damit dieses neue Format der interparlamentarischen Zusammenarbeit.

Finanzausschuss

Die internationalen Aktivitäten des Finanzausschusses waren auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode durch die Bewältigung der immer noch festzustellenden Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Hier sind insbesondere die Staatsschuldenkrise im Euroraum und die Regulierung der Finanzmärkte zu erwähnen. In diesen Kontext gehören auch Themen wie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Bekämpfung der Steuerhinterziehung.

Bei der schon traditionellen Teilnahme an den Jahresversammlungen von IWF und Weltbank im Oktober 2012 – diesmal in Tokio – bestand die Möglichkeit, mit Vertretern der internationalen Finanzwelt die Reformschritte der nachhaltigen Vermeidung künftiger Krisen wie auch die Euro-Staatsschuldenkrise zu besprechen. Darüber hinaus bot sich die Gelegenheit, mit Mitgliedern des Finanzausschusses des japanischen Parlaments sowie Vertretern der japanischen Regierung und der Zentralbank die außergewöhnliche ökonomische und fiskalische Situation Japans zu erörtern.

Sehr unterschiedliche Sichtweisen zu den virulenten Fragestellungen bot eine Delegationsreise in die USA und nach Kanada im Mai/Juni 2012. Während die Finanzmarktkrise mit der Lehmann-Pleite in den USA ihren Ausgang nahm und massive Eingriffe zur Stützung des Bankensystems notwendig wurden, ist das kanadische Bankensystem eines der gesündesten der Welt, das auch weitgehend unbeschädigt aus den Turbulenzen der Finanzmarktkrise hervorgegangen ist. Kanada war auch 2010 das erste Land der G7, dessen Wirtschaftsleistung und Beschäftigungszahlen nach Ausbruch der Krise im Jahr 2008 wieder über dem Vorkrisenniveau lag.

Bei einem Delegationsbesuch im November 2011 in Luxemburg, das auch noch mit der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise beschäftigt ist, wurden Auffassungsunterschiede deutlich, was beispielsweise die Beteiligung des Bankensektors an den Krisenlasten oder die Bekämpfung der Steuerhinterziehung angeht. So steht Luxemburg der Einführung einer Finanztransaktionssteuer ebenso skeptisch gegenüber wie einem automatischen Informationsaustausch.

Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftsprobleme durch eine Expertenregierung unter Italiens Ministerpräsident Mario Monti stand im Mittelpunkt der Gespräche, die eine Delegation des Ausschusses im Oktober 2012 in

Rom führte. Dabei wurde von italienischer Seite wiederholt eine Stärkung der europäischen Institutionen gefordert und die Politik der Europäischen Zentralbank zur Krisenbewältigung unter ihrem Präsidenten Mario Draghi ausdrücklich gewürdigt.

Während des Besuchs Spaniens und Zyperns, den von der Eurokrise mit am stärksten betroffenen Ländern, im April 2013 bot sich die Möglichkeit, über die rein geld-, fiskal- und finanzmarktpolitischen Fragen hinaus auch die sozialen Folgen der Finanzkrise und die Fragen der gesellschaftspolitischen Machbarkeit der Sparbemühungen zu erörtern.

Im Gegenzug begrüßte der Finanzausschuss in Berlin Delegationen aus China, Vietnam, Indonesien, Rumänien, Italien, Finnland und Norwegen. Auch im Mittelpunkt dieser Gespräche standen Fragen der Euro-Schuldenkrise, der Finanzmarktregulierung, der Bankenrestrukturierung und der Steuerpolitik. Darüber hinaus hatte der Finanzausschuss die Möglichkeit, Gespräche mit Mario Draghi, Michel Barnier, dem EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, sowie Algirdas Šemeta, dem EU-Kommissar für Steuern und Zollunion, zu führen.

Haushaltsausschuss

Wegen seiner Zuständigkeiten für den Gesamtetat und für alle kostenwirksamen Einzelmaßnahmen ist der Ausschuss in sämtlichen Fachgebieten tätig, was sich auch in seiner Reisetätigkeit zu den verschiedensten Themen und Politikfeldern widerspiegelt.

Zwei Delegationsreisen nach Kuba leisteten einen spürbaren Beitrag zur Verbesserung der deutsch-kubanischen Beziehungen, die im Vergleich zu den bilateralen Beziehungen anderer EU-Staaten zu Kuba noch unterentwickelt sind. Im Januar 2012 konnten die Berichterstatter für den Etat des Auswärtigen Amtes nach mehreren vergeblichen Anläufen in das lateinamerikanische Land reisen. An diesen Besuch knüpfte konnte im Januar 2013 eine Delegation von Berichterstattern für die Bereiche Landwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit an. Angesichts der erheblichen Probleme der kubanischen Landwirtschaft bestehen dort viele Möglichkeiten für Kooperationen in beiderseitigem Interesse.

Die Bedeutung einer unabhängigen Rechnungsprüfung und die damit einhergehende Stellung der nationalen Rechnungshöfe im öffentlichen Finanzsystem unterstrichen die Mitglieder des Haushaltsausschusses bzw. seines Rechnungsprüfungsausschusses bei Reisen nach Kambodscha/Vietnam (Februar 2012) und Südafrika/Uganda (Februar 2013).

Die für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zuständigen Berichterstatter informierten sich im April 2012 in Japan und Südkorea über die Wirtschafts- und Haushaltslage nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima, über die dortige Sicht auf die Eurokrise sowie über die Chancen und Schwierigkeiten deutscher Unternehmen vor dem Hintergrund des am 1. Juli 2011 in Kraft getretenen EU-Südkorea-Freihandelsabkommens.

Die Berichterstatter für den Einzelplan Verkehr, Bau und Stadtentwicklung reisten im Mai 2012 nach Südafrika, wo sie mit südafrikanischen Regierungsvertretern die Möglichkeiten eines Ausbaus des Schienennetzes und des öffentlichen Personennahverkehrssystems mit den sich daraus ergebenden Chancen der deutschen Bahnindustrie erörterten. Insbesondere die in diesem Zusammenhang eventuell gewährten Bundesbürgschaften und -garantien spielten dabei eine wesentliche Rolle.

Um die Wirksamkeit des mit Bundesmitteln zunächst noch bis Ende des Jahres 2013 geförderten Rechtsstaatsdialogs mit der VR China zu überprüfen und dabei insbesondere die Thematik Schutz des geistigen Eigentums zu beleuchten, reisten die Berichterstatter für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz im Juli 2012 nach Peking.

Da der Haushaltsausschuss zudem über Hilfen aus dem Europäischen Rettungsschirm entscheidet, reiste eine Delegation des Ausschusses im September 2012 nach Portugal und Spanien, um sich vor Ort über die von den Parlamenten beider Länder beschlossenen Strukturreformen und Sparanstrengungen zu informieren.

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Die Beratungsschwerpunkte der 17. Wahlperiode in den Fragen der Wirtschafts-, Handels-, Energie-, Rohstoff- und Währungspolitik bildeten den Hintergrund für die internationalen Aktivitäten des Ausschusses im Berichtszeitraum.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung der Wachstumsregion Südamerika für Deutschland als Exportnation stand insbesondere die Rohstoff- und Handelspolitik im Mittelpunkt einer Delegationsreise nach Chile, Bolivien und Kolumbien im Februar 2012.

Im November 2012 reisten Abgeordnete des Ausschusses vor allem wegen der dortigen Diskussion über die Energiewende nach Marokko und Algerien. Bei ihren Gesprächen standen bilaterale Energiepartnerschaften, insbesondere für erneuerbare Energien, im Vordergrund. Zudem informierten sich die Ausschussmitglieder über den Stand der Umsetzung von Diversifizierungsmaßnahmen im Energiesektor in den beiden Ländern.

Eine Delegationsreise des Ausschusses nach Griechenland und Zypern im März 2013 fand vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise im Euroraum statt. Der Besuch in Griechenland diente dem Meinungsaustausch über die Perspektiven der Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Krise des Landes und über die Potenziale der deutsch-griechischen Zusammenarbeit. Der Besuch in Zypern erfolgte unmittelbar nach der Regierungsbildung, sodass die Bundestagsabgeordneten ein aktuelles Bild von der zyprischen Verhandlungsposition und der Reformbereitschaft der neuen Regierung gewinnen konnten.

Die letzte Delegationsreise des Ausschusses in der 17. Wahlperiode führte im Mai 2013 nach China und Japan. In China standen die dortigen Wirtschaftsstrukturformen im Mittelpunkt der Gespräche. In Japan ging es

um die aktuellen wirtschaftspolitischen Entwicklungen, die mit dem Begriff „Abenomics“ bezeichnet werden.

Am Sitz des Bundestages war der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie auch in diesem Berichtszeitraum wieder ein international gefragter Ansprechpartner. Unter anderem wurden Delegationen aus der Tschechischen Republik, Chile, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Kolumbien, der Volksrepublik China, Ungarn, Schweden, Tadschikistan, Kuwait, Irland, Norwegen, Schweiz, Estland, Lettland, Litauen und den USA zu Gesprächen mit Mitgliedern des Ausschusses empfangen.

Die europapolitische Verantwortung des Ausschusses zeigte sich insbesondere daran, dass sowohl Antonio Tajani (EU-Kommissar und Vizepräsident der EU-Kommission) als auch Günther Oettinger (EU-Kommissar) und Joaquin Almunia (EU-Kommissar und Vizepräsident der EU-Kommission) bei ihm zu Gast waren. Mit dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments führte der Ausschuss im Oktober 2011 eine Videokonferenz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen durch.

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ernährungssicherheit und – in engem Zusammenhang damit – sichere Lebensmittel waren im Berichtszeitraum wichtige Themen der Beratung für den Ausschuss und damit auch Schwerpunkte seiner internationalen Aktivitäten.

So war das Ziel einer Delegationsreise des Ausschusses im Oktober 2011 nach China vor allem die Erörterung von Themen zur weltweiten Nahrungssicherung und gesunden Ernährung. Ferner wurden angesichts des weltweiten Austauschs von Erzeugnissen der Agrar- und Ernährungswirtschaft Themen zur Sicherheit der Produkte angesprochen. Darüber führte der Ausschuss im Juni 2012 in Berlin auch mit einer Delegation aus Kasachstan einen intensiven Informations- und Meinungsaustausch und trug damit zu einer Stärkung der bereits bestehenden bilateralen Beziehungen bei. Im Februar 2013 reisten Abgeordnete des Ausschusses zur FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) in Rom, um aktuelle Herausforderungen der globalen Ernährungspolitik zu erörtern.

Auch die europäische Politik stand im Fokus der internationalen Aktivitäten des Ausschusses. So fand im Januar 2013 ein Berichterstattergespräch mit Abgeordneten der französischen Assemblée nationale in Berlin statt, um über die Gesetzgebung zur Agrarpolitik in der EU, insbesondere die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), zu sprechen. Auf einer Delegationsreise nach Finnland und ins Baltikum im April 2013 erörterten Ausschussmitglieder aktuelle Entwicklungen insbesondere im Bereich der nachhaltigen Holz- und Forstwirtschaft.

Der Ausschuss befasste sich außerdem mit vielen Aspekten der europäischen Verbraucherpolitik. Im Juni 2012 erörterten Ausschussmitglieder deshalb in Großbritannien

und Dänemark die aktuellen verbraucherpolitischen Entwicklungen in beiden Ländern. Insbesondere ging es dabei um den wirtschaftlichen, finanziellen und gesundheitlichen Verbraucherschutz. Im Gegenzug hierzu war der dänische Ombudsmann im Februar 2013 zu Gast in einer Ausschusssitzung, um über seine Arbeit zu berichten. Im September 2012 nahmen Abgeordnete des Ausschusses an der sogenannten Dorfkonferenz in Schweden teil. Im Zentrum der internationalen Tagung standen die Potenziale einer in Entscheidungsprozesse eingebundenen Zivilgesellschaft.

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Die Diskussion um einen Fachkräftemangel sowie damit zusammenhängende Konzepte zur Gewinnung von ausländischen Fachkräften bewogen den Ausschuss, im Oktober 2011 Kanada zu besuchen. Aufgrund der jahrzehntelangen Einwanderungserfahrung Kanadas sowie der praktizierten aktiven Einwanderungspolitik boten die Gespräche umfassende Informationen über eine Vielzahl von Aspekten einer Einwanderungspolitik. Kanada als multikulturelle Gesellschaft bot zudem die Möglichkeit, sich über Konzepte einer Integrationspolitik zu informieren.

Die Ratifikation der UN-Behindertenrechtskonvention sowie der Aktionsplan der Bundesregierung für Menschen mit Behinderungen waren Anlass für den Besuch einer Delegation in Norwegen im April 2012. Hier ging es darum, sich über sogenannte best practices in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu informieren, um eine auf Teilhabe und Inklusion basierende Behindertenpolitik zu gestalten. Norwegen ist in verschiedenen Bereichen wie Anti-Diskriminierungsgesetz, Ombudsman, Barrierefreiheit oder Universal Design führend.

Im Mittelpunkt dreier weiterer Informationsreisen im September 2012 nach Spanien, im April 2013 nach Frankreich sowie im Mai 2013 nach Österreich standen vor dem Hintergrund der Euro-Krise europaweit diskutierte Fragen der Reform der Arbeitsmärkte und der sozialen Sicherungssysteme. In Spanien ging es vor allem darum, welche Auswirkungen die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen auf die soziale Lage der Bevölkerung haben und welche Konzepte die spanische Regierung verfolgt, um die Arbeitslosigkeit, insbesondere die sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit, zu bekämpfen. Auch in Frankreich interessierten vorrangig die dort konzipierten Reformpakete in Bezug auf den Arbeitsmarkt sowie die Konsolidierung der Finanzen der sozialen Sicherungssysteme. Umgekehrt gab es ein starkes Interesse der französischen Seite an Informationen über die deutschen Arbeitsmarktreformen sowie die europäischen Bemühungen um eine Jugendgarantie. Letzteres war auch ein wichtiges Thema beim Treffen mit dem korrespondierenden Ausschuss des österreichischen Nationalrates. Da die Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme in beiden Ländern sehr ähnlich sind, ging es darum, sich über gemeinsame Interessen innerhalb des europäischen Diskussionsprozesses auszutauschen. Angesichts der in beiden Ländern im europäischen Vergleich besonders niedrigen Jugendarbeitslosigkeit

wurden die Vorzüge des in beiden Staaten praktizierten Systems der dualen Ausbildung hervorgehoben.

Im Berichtszeitraum empfing der Ausschuss Delegationen des griechischen, südafrikanischen, kanadischen, portugiesischen sowie bulgarischen Parlaments. Ein zentrales Thema aller Gespräche waren die Arbeitsmarktreformen in Deutschland sowie die Strategien zur Bewältigung der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Ebenfalls Arbeitsmarktfragen – hier aber vor allem der Aspekt der dualen Berufsausbildung – waren Gegenstand eines Gesprächs des Ausschusses mit der Arbeitsministerin der Republik Chile. Schließlich empfing der Ausschuss eine Delegation aus Mitgliedern des chinesischen Nationalen Volkskongresses sowie hoher Regierungsbeamter, die sich über spezifische Fragen des Rentenversicherungssystems informieren wollten.

Verteidigungsausschuss

Auch in der zweiten Hälfte der 17. Wahlperiode standen für den Verteidigungsausschuss die Besuche in den Einsatzgebieten der Bundeswehr im Vordergrund seiner internationalen Aktivitäten. Dabei ging es darum, sich vor Ort ein Bild über den Stand der Auftrags Erfüllung und die Einsatzbedingungen zu den vom Deutschen Bundestag erteilten und im Ausschuss wiederkehrend beratenen Mandaten zu verschaffen. Daneben stand im Mittelpunkt der Ausschusstätigkeit die Vertiefung der guten Kontakte zum französischen und polnischen Verteidigungsausschuss im Rahmen des Weimarer Dreiecks.

Bei insgesamt drei Reisen im Dezember 2011, Oktober 2012 und Dezember 2012, zum Teil als Begleitreisen der Bundesregierung, ergriffen Mitglieder des Verteidigungsausschusses die Gelegenheit, in Afghanistan erneut das Gespräch mit Regierungsvertretern zu suchen und sich bei den im Einsatz befindlichen Soldatinnen und Soldaten über die Einsatzbedingungen zu informieren. Ein mit einer der Reisen verbundener Besuch in Pakistan ermöglichte es, die Einschätzung der Sicherheitslage in Zentralasien aus pakistanischer Sicht zu erfahren. Im Mai 2012 informierte sich eine Delegation des Verteidigungsausschusses im Kosovo beim Besuch des deutschen Einsatzkontingents im Rahmen des KFOR-Mandats über die Lage und Einsatzbedingungen insbesondere im nördlichen Kosovo. Eine Reise in die Einsatzgebiete der Bundeswehr in Djibouti und im Südsudan im August 2012 eröffnete den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses die Möglichkeit, sich unmittelbar vor Ort über die Entwicklung der Situation am Horn von Afrika und in Zentralafrika zu informieren.

Die sicherheitspolitische Situation in Mali und das daraus resultierende neue Bundeswehrmandat standen Ende 2012/Anfang 2013 im Fokus der Beratungen des Verteidigungsausschusses. Eine Delegation des Ausschusses konnte den Bundesminister der Verteidigung in den Senegal und nach Mali im März 2013 begleiten, um sich unmittelbar nach Mandatserteilung über die Aufnahme der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zu informieren. Ebenfalls im März 2013 besuchte eine Delegation des Verteidigungsausschusses Washington und New York, um sich mit Parla-

mentariern und Regierungsvertretern des NATO-Partners über Fragen des zukünftigen Engagements in Afghanistan auszutauschen. Darüber hinaus hat sich die Delegation bei den Vereinten Nationen in New York über den Stand der aktuellen UN-Missionen informiert.

Auswärtige Sitzungen des Ausschusses in Warschau im April 2012 und in Paris im Dezember 2012 zusammen mit den jeweiligen Partnerausschüssen boten Gelegenheit, die im Juni 2011 in Berlin begonnenen Gespräche zur künftigen Ausrichtung der Sicherheitspolitik in Europa im Rahmen des Weimarer Dreiecks fortzuführen. Hierzu trugen auch ein Besuch des französischen Verteidigungsministers im November 2011 sowie mehrere Besuche französischer Abgeordneter im Verteidigungsausschuss bei.

Wie auch in der ersten Hälfte der 17. Wahlperiode begrüßte der Ausschuss eine Vielzahl internationaler Gäste. Hierzu zählten Delegationen aus europäischen Staaten wie Estland, Kosovo, Litauen, der Republik Makedonien, Montenegro, Norwegen und Rumänien, aber auch aus asiatischen Staaten wie Georgien, Indonesien, Pakistan, den Philippinen, Singapur, der Türkei und Tadschikistan. Vom afrikanischen Kontinent erfolgten Besuche von Delegationen zum Beispiel aus dem Kongo, Südafrika, dem Südsudan und verschiedenen arabischen Ländern.

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Frauenpolitische Fragen prägten die internationalen Aktivitäten des Ausschusses in der zweiten Hälfte der 17. Wahlperiode. So nahm jeweils eine Ausschussdelegation an der 56. und 57. Sitzung der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen (FRK) in New York teil. Mit ihrer Teilnahme an den Sitzungen wollten die Ausschussmitglieder auf internationaler Ebene deutlich machen, dass das deutsche Parlament der Stärkung von Frauen, der Betonung ihrer Rechte und ihrer gleichberechtigten Teilhabe an Politik, Gesellschaft und ökonomischen Ressourcen einen hohen Stellenwert beimisst.

Eine Delegationsreise des Ausschusses nach Lettland und Estland im November 2011 widmete sich dagegen jugendpolitischen Themen. Bei Gesprächen mit Parlamentariern, Regierungsmitgliedern und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen in beiden Ländern ging es vor allem um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, eine integrative Jugendpolitik und die Beteiligung Jugendlicher an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Zudem nahm in Estland das Thema Digitalisierung breiten Raum ein.

Im Vordergrund einer Delegationsreise nach Brüssel und Paris im Oktober 2012 standen Gespräche über gleichstellungs- und familienpolitische Themen. Die Abgeordneten diskutierten mit Europaabgeordneten, Vertretern der Europäischen Kommission und Verbänden über den Richtlinienvorschlag zur Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten sowie über den Stand der Arbeiten bei der Überarbeitung der Mutterschutz- und der Antidiskriminierungsrichtlinie. Im Zentrum der Gespräche mit belgischen Politikerinnen und Politikern sowie belgischen Be-

hörden, Verbänden und Organisationen standen die Themen Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt sowie die Situation bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beziehungsweise die politischen Maßnahmen zu ihrer Verbesserung. Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei der Lösung der offenen Fragen zu diesen Themen beherrschten auch die Gespräche mit Abgeordneten der Assemblée nationale und Mitgliedern der neuen französischen Regierung in Paris.

Der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ informierte sich bei einer Delegationsreise im Oktober 2012 über politische Strategien zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Zivilgesellschaft in Schweden, das im EU-Vergleich eine hohe Vereinsmitgliederdichte und Engagiertenzahl aufweist. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Vertretern von Regierung, Parlament und zivilgesellschaftlichen Organisationen standen aktuelle Bemühungen, das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat in Schweden weiterzuentwickeln und die Datenlage zur organisierten Zivilgesellschaft zu verbessern.

Ausschuss für Gesundheit

Die internationalen Aktivitäten des Ausschusses im Berichtszeitraum dienten dazu, sich vor dem Hintergrund der im deutschen Gesundheitswesen anstehenden politischen Entscheidungen über aktuelle Entwicklungen auf internationaler Ebene zu informieren und daraus Erkenntnisse zur Weiterentwicklung des deutschen Gesundheitswesens zu gewinnen. Die im Mittelpunkt der Beratungen des Ausschusses stehenden Themen Kostensteigerung im Gesundheitswesen, Arzneimittelkosten und -preise, Patientenrechte sowie Pflege und Versorgungsstrukturen standen auch im Fokus aller Delegationsreisen.

Während eines Aufenthalts in Schweden und Finnland im Oktober 2011 informierten sich die Abgeordneten in Gesprächen mit Fachleuten aus Politik, Wissenschaft sowie aus dem Gesundheitssektor über das schwedische Arzneimittelpreissfindungssystem. Die Preise für Patentarzneimittel liegen in Schweden bis zu 50 Prozent und für Generika bis zu 98 Prozent niedriger als in Deutschland. Von aktuellem Interesse waren auch die schwedischen Erfahrungen im Bereich Patientenrechte. Hier gilt das Prinzip der Beweislastumkehr, das in Deutschland politisch sehr umstritten ist. Ein weiterer Schwerpunkt der Ausschussarbeit im Berichtszeitraum war das Thema Prävention, ein zentraler Bestandteil des finnischen Gesundheitssystems. Gespräche mit Gemeindevertretern und Basisdienstleistern vermittelten der Delegation einen guten Einblick in ein System der Prävention, das bereits im Kindergarten ansetzt und bis in die Versorgungsstrukturen im Alter hineinreicht.

Bei einer Delegationsreise in die Niederlande im März 2013 lag der Schwerpunkt des Interesses neben den bereits benannten Themen und der Reform des niederländischen Gesundheitssystems auf dem Thema Drogenpolitik, mit dem sich der Ausschuss in zahlreichen Anhörungen und Expertengesprächen befasst hat. Der Besuch therapeutischer Einrichtungen und Gespräche mit Experten aus

Politik und Wissenschaft machten deutlich, dass der drogenpolitische Ansatz der Niederlande sich am Grundsatz der Schadensminimierung (harm reduction) orientiert und darauf abzielt, Kriminalität zu verhindern.

Ein weiteres Thema auf der Agenda des Ausschusses waren die Organtransplantation und Organspenden. Die Bereitschaft zur Organspende ist in Deutschland nach den Skandalen um Manipulationen bei der Organverteilung im Jahr 2012 auf den niedrigsten Stand seit 2002 gesunken. Vor diesem Hintergrund ließ sich eine Delegation des Ausschusses im Mai 2013 bei der Stiftung Eurotransplant im niederländischen Leiden das Verfahren der Zuteilung von Spenderorganen und die Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung Organtransplantation sowie den deutschen Transplantationszentren erläutern.

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Die Zusammenarbeit in Verkehrsfragen ist ein wichtiges Themenfeld bei internationalen Begegnungen dieses Ausschusses. Fragen der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, transnationale Verkehrsachsen und Möglichkeiten für eine Kooperation beim Bau und Betrieb von Verkehrsinfrastrukturen spielen hier eine wichtige Rolle.

So informierte sich eine Delegation des Ausschusses im Oktober 2011 in Brasilien unter anderem über Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den Bereichen Güterverkehr und Logistik sowie Luft- und Seeverkehr.

Im September/Oktober 2012 besuchten Abgeordnete des Ausschusses Singapur als internationales Verkehrs- und Logistikzentrum. Bei den Gesprächen konnten sie an den Dialog anknüpfen, der beim Besuch einer singapurischen Delegation im September 2011 in Berlin begonnen wurde. Ein zentrales Thema war hier der EU-Emissionshandel im Luftverkehr.

Im Rahmen einer Delegationsreise nach Slowenien, Kroatien und Griechenland im Juni 2012 informierte sich eine Ausschussdelegation über Fragen der weiteren Ausgestaltung der Korridore V und X im Rahmen der Revision von Projekten der Transeuropäischen Verkehrsnetze. Darüber hinaus ging es auf der Reise um Möglichkeiten, den Transportweg über den Suezkanal nach Nordeuropa über die Adria Häfen zu verkürzen sowie um die Zukunft von Autobahnprojekten in Griechenland. Die Bundestagsabgeordneten konnten hier auch Erfahrungen im Bereich Öffentlich-Private-Partnerschaften (Flughafen Athen, Autobahn-bau) austauschen.

Bei einer Reise nach Litauen, Lettland und Estland im Mai 2013 wurden unter anderem dort geplante Verkehrsinfrastrukturprojekte sowie Perspektiven für eine verstärkte Kooperation mit deutschen Häfen thematisiert. Ein zentrales Thema war zudem der geplante Bau einer Hochgeschwindigkeits-Bahnstrecke von Berlin über Warschau nach Tallinn bzw. Helsinki („Rail Baltica“).

Unter dem Aspekt der Kooperation innerhalb der EU wurden bei der bereits erwähnten Delegationsreise nach Kroatien verkehrliche Aspekte des Beitritts des Landes zur EU erörtert. In Litauen, Lettland und Estland ging es

unter anderem um die Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie und Erfahrungen bei der energetischen Gebäudesanierung.

Einen weiteren Schwerpunkt bei den internationalen Kontakten des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bildet der Dialog mit Nachbarstaaten über bilaterale Fragen im Verkehrsbereich. So ging es bei Gesprächen mit einer Besuchsdelegation der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates der Schweizerischen Eidgenossenschaft 2012 in Berlin vor allem um den Staatsvertrag über den Flughafen Zürich und die Neue Eisenbahn-Alpen-transversale (NEAT).

Einen städtebaulichen Schwerpunkt hatte im Frühjahr 2013 eine Delegationsreise nach Marokko, Tunesien und Algerien. Hier wurden unter anderem Fragen der städtischen Infrastruktur thematisiert und Kontakte im Bereich Stadtentwicklung, Infrastruktur und Energiewesen geknüpft.

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Auch in diesem Berichtszeitraum war der Klimaschutz ein wichtiges Thema für den Ausschuss. Da deutsches und europäisches Umweltrecht von den UN-Klimaverhandlungen beeinflusst werden, reiste eine Delegation des Ausschusses im Dezember 2011 zu den Verhandlungen ins südafrikanische Durban. Die Ausschussmitglieder führten zahlreiche Gespräche mit Abgeordneten und Regierungsvertretern anderer Delegationen sowie mit NGO-Vertretern insbesondere aus Entwicklungsländern. Das Ziel Deutschlands und der EU, einen Verhandlungsprozess für ein globales, verpflichtendes Klimaabkommen zu initiieren und ein Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll anzustreben, konnte bei dieser Klimakonferenz erreicht werden.

Das Ökosystem der Donau, das auch als Thema auf der Tagesordnung des Ausschusses in der zweiten Hälfte der 17. Wahlperiode stand, war Anlass einer Informationsreise im September 2012 nach Österreich und Rumänien. Das 1998 unterzeichnete Übereinkommen zum Schutz der Donau sowie die Europäische Wasserrahmenrichtlinie verpflichten die Anrainerstaaten, strenge Gewässerschutzvorschriften einzuhalten. Bei einem Besuch der International Commission for the Protection of the Danube River in Wien informierten sich die Ausschussmitglieder über die gegenwärtige Situation und die Herausforderungen bei der Verbesserung der Wasserqualität. Im Biosphärenreservat Donaudelta befasste sich die Delegation mit der drohenden Ausrottung des Störs in der Donau. Neben dem illegalen Avarhandel und der Gewässerverschmutzung ist dafür vor allem der Bau der Wasserkraftwerke Iron Gate I und II in Rumänien verantwortlich.

Im Mai 2013 informierte sich eine Delegation des Ausschusses über Schutzgebietskonzeptionen und Energieversorgung in Tansania. In dem afrikanischen Land nehmen großflächige Landkäufe oder -pachtungen zu. Die hiermit verbundene Rodung und die Anpflanzung von Monokulturen führen zur ökologischen Degradation. Zu-

dem wird durch wasserintensiven Anbau das knappe Wasser zusätzlich entzogen. Da inzwischen 40 Prozent Tansanias erklärte Schutzgebiete sind, spitzt sich der Konflikt mit der einheimischen Bevölkerung zu. Ihre Einbeziehung in die Nutzung und das Wassermanagement von Schutzgebieten ist daher notwendig. Die Problematik der Massai in der Ngorogoro Conservation Area wurde im Rahmen des Besuchs eines Abgeordneten und Vertreters der Massai im tansanischen Parlament im Juni 2013 in Berlin vertieft. Ein erfreuliches Ergebnis konnten die Bundestagsabgeordneten aus ihrem Gespräch mit dem tansanischen Energieminister mitnehmen, der Interesse an einem Anschluss an den vom Bundesumweltminister initiierten „Club der Erneuerbaren“ signalisierte. Vor dem Hintergrund, dass derzeit nur etwa ein Fünftel der 45 Millionen Einwohner Tansanias Zugang zu elektrischem Strom haben (in den ländlichen Regionen sind es sogar weniger als ein Zehntel), sagte die Delegation zu, sich für ein Schwerpunktprogramm zum Aufbau dezentraler Solar- und Windkraftwerke in Tansania einzusetzen.

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Auch in der zweiten Hälfte der 17. Wahlperiode hat der Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe seine Reisen in Zusammenhang mit den thematischen Schwerpunkten der Arbeit des Ausschusses (UN-Friedensmissionen, Religionsfreiheit) durchgeführt. Um die enge Verbundenheit mit der Menschenrechtsarbeit der Vereinten Nationen zu demonstrieren, ist der Ausschuss sowohl im Mai 2012 als auch im Mai 2013 nach Genf zum Menschenrechtsrat gefahren. Gerade bei der diesjährigen Reise wurden neben den aktuellen internationalen Menschenrechtsfragen auch – insbesondere mit Blick auf Syrien und Mali – die humanitäre Hilfe sowie Hilfsstrukturen und Unterstützungsmöglichkeiten durch Deutschland thematisiert. Im Juni 2012 reiste eine Delegation des Ausschusses nach Liberia und zur Elfenbeinküste, um sich von den dortigen UN-Friedensmissionen ein Bild zu machen. In beiden Ländern befassten sich die Abgeordneten mit dem Auftrag, der Durchführung und der Zukunftsperspektive der UN-Missionen.

Die beiden weiteren Delegationsreisen des Ausschusses im Jahr 2012 (April: Libanon/Jordanien; Juni: Vatikanstaat in Rom) erfolgten im Rahmen des Themas Religionsfreiheit. Im Libanon trafen sich die Abgeordneten mit Vertretern der Sunniten, Schiiten und Christen, um einen Einblick in die Strukturen in diesem stark von einem religiösen Proporz geprägtem Land zu bekommen. Der Aufenthalt sowohl im Libanon als auch in Jordanien war darüber hinaus von den Auseinandersetzungen im benachbarten Syrien und den daraus resultierenden Flüchtlingsströmen geprägt. In den Gesprächen in Rom mit Kardinälen und mit Justitia et Pax betonten die Gesprächspartner gegenüber der Ausschussdelegation, wie wichtig der Einsatz für das grundlegende Menschenrecht der Religionsfreiheit ist.

Zum Thema Menschenrechte unternahm der Ausschuss auch zwei Delegationsreisen in der zweiten Hälfte des Jahres 2011. In Honduras und El Salvador (Oktober

2011) ging es um die menschenrechtliche Situation in den beiden mittelamerikanischen Staaten und die Frage, wie das deutsche Parlament Hilfe leisten kann. Wie häufig bei Reisen dieses Ausschusses besuchten die Abgeordneten auch hier Gefängnisse, in diesem Fall ein Frauengefängnis in El Salvador und ein Männergefängnis in Honduras. Im Mittelpunkt der Delegationsreise nach Tadschikistan (Oktober/November 2011) standen die Bemühungen des zentralasiatischen Landes, 20 Jahre nach der Unabhängigkeit und 14 Jahre nach Beendigung des Bürgerkrieges die Menschen- und Bürgerrechte zu achten. Im April 2013 verschafften sich die Abgeordneten mit einer Reise nach Nepal einen Überblick über die menschenrechtlichen Probleme in diesem asiatischen Land. Sieben Jahre nach Beendigung des Bürgerkrieges geht es dort vor allem darum, die freie und faire Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung vorzubereiten sowie mit Hilfe einer Versöhnungs- und Wahrheitskommission die Verbrechen des Bürgerkrieges aufzuarbeiten.

Bei allen Delegationsreisen in der 17. Wahlperiode war es dem Ausschuss ein wichtiges Anliegen, sowohl mit Parlamentariern als auch mit Vertretern der jeweiligen Regierung, mit oppositionellen Kräften und Nichtregierungsorganisationen sowie mit sonstigen Vertretern der Zivilgesellschaft zu sprechen. Zur Abrundung des Gesamteindrucks gab es zudem in allen Ländern Gespräche mit den deutschen politischen Stiftungen.

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Der Faktor Wissen ist der entscheidende Motor für die Zukunft der Gesellschaft und die zentrale Voraussetzung, Wachstum, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit auch für unsere Nachkommen zu sichern. In einem Land, dessen Wohlstand maßgeblich von der Innovationskraft seiner Wirtschaft abhängt, ist Spitzenforschung unverzichtbar. Deutschland steht dabei in einem internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe und leistungsfähigsten Standorte. Zudem hat das deutsche System der dualen Ausbildung weltweit ein hohes Ansehen. Die Kommunikation sowohl des Forschungsstandortes Deutschland als auch die Vermittlung der Erfahrungen mit der dualen Berufsausbildung sind wesentliche Inhalte der Delegationsreisen.

Im Oktober 2011 bestand die Möglichkeit, im Rahmen einer Delegationsreise in die USA in New York und Washington zunächst das amerikanische Hochschulsystem, dessen Finanzierung und die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in der Praxis kennenzulernen. Darüber hinaus besuchten die Abgeordneten das erste Forschungszentrum der Max-Planck-Gesellschaft in den USA für biomedizinische Forschung in Florida sowie die amerikanische Spallationsneutronenquelle in Knoxville. Durch Gespräche mit Wissenschaftlern wurde dabei deutlich, dass die in der Wirtschafts- und Finanzkrise begründeten fiskalischen Beschränkungen zu schwerwiegenden Einschränkungen bei der Grundlagenforschung der USA führen können.

Schwerpunkt einer Informationsreise nach Italien im Juni 2012 waren die Besuche des Joint Research Centre (JRC) in Ispra, der Katholischen Universität Mailand sowie von Bosch Italia, einem Unternehmen, das in Italien erfolgreich ein Modell der betrieblichen Ausbildung betreibt. Die sehr facettenreiche Realität des Landes sowie die von der Mehrzahl der Gesprächspartner sehr offen und substantiiert geäußerte Unzufriedenheit mit der nationalen Bildungs- und Forschungspolitik gab den Ausschussmitgliedern einen tiefen Einblick in die aufgrund der Finanzkrise schwierige Lage der italienischen Forschung und insbesondere des akademischen Nachwuchses.

Im Rahmen des deutsch-südafrikanischen Wissenschaftsjahres konnte sich eine Delegation des Ausschusses im Oktober 2012 in Johannesburg und Kapstadt auf hochrangiger Ebene über die südafrikanische Bildungs- und Forschungssituation informieren. Zu den anerkannten Stärken Südafrikas im Forschungsbereich zählen die wissenschaftlichen Einrichtungen in einigen Fachdisziplinen wie Astronomie, Geo- und Biowissenschaften sowie Paläontologie. Den hochentwickelten Forschungsfeldern stehen teilweise extreme Defizite bei der Ausbildung von Fachkräften und der Förderung von Nachwuchswissenschaftlern gegenüber. Dies gilt insbesondere für ehemals benachteiligte Bevölkerungsgruppen sowie für Bildungseinrichtungen an bislang wenig beachteten, vornehmlich ländlichen Standorten. Die duale Ausbildung, die in Südafrika von deutscher Seite in Pilotprojekten dargestellt wird, stieß in diesem Kontext auf sehr großes Interesse.

Der Besuch beim CERN in Genf/Schweiz und bei den europäischen Wissenschaftseinrichtungen in Grenoble/Frankreich im Frühjahr 2013 zeigte die enge Vernetzung der europäischen und internationalen Spitzenforschung und die Relevanz einer aktiven deutschen Beteiligung. Die internationalen Forschungsk Kooperationen und insbesondere die deutsch-französische Partnerschaft helfen dabei, der im Laufe der Jahre gewachsenen Komplexität der Forschungsvorhaben, vor allem in den Bereichen Materialforschung, Biowissenschaften und Medizin, gerecht zu werden. Dabei trägt der deutsche Anteil an der internationalen Forschungsarbeit, der sich auf qualitativ höchstem Niveau präsentierte, in nicht unerheblichem Maße zum ausgezeichneten Ansehen des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Deutschland im Ausland bei.

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Die parlamentarische Kontrolle und Bewertung der Entwicklungspolitischen Zusammenarbeit (EZ) der Bundesregierung wäre ohne eine unmittelbare Überprüfung vor Ort durch Delegationen des Ausschusses unvollständig. Ein thematischer Schwerpunkt der Ausschussarbeit im Berichtszeitraum war die Frage der Gewinnung von Ernährungssouveränität, verbunden mit Fragen der Herausbildung von regionalen Wertschöpfungsketten und der Stabilisierung einer Region. Dazu reiste Ende Oktober 2011 eine Ausschussdelegation nach Mali und Niger und besichtigte Projekte der ländlichen Entwicklung. Ende

September 2012 informierten sich Abgeordnete des Ausschusses in Äthiopien und Kenia über die entsprechenden Regierungsprogramme und EZ-Projekte dort. Im Mai/Juni 2013 nahm eine Delegation in Tansania an mehreren Konferenzen teil, so auch an einer gesamtafrikanischen Wasserkonferenz.

Ein weiterer thematischer Schwerpunkt der Ausschussarbeit lag auf der Förderung von EZ-Vorhaben im Kontext des Klimawandels. In der Mongolei sah sich eine Delegation im Juni 2012 den Kohletagebau Baganuur und das Kohleabbaugebiet Nalaikh an. Hier wurden Fragen der umweltverträglichen Rohstoffgewinnung und -verwertung erörtert. Im August 2011 reiste eine Delegation nach Indonesien und auf die Philippinen, um sich über Entwicklungsprojekte zum Übergang in eine nonkarbone Energiewirtschaft und zur Bekämpfung illegaler Rodungen zu informieren. Darüber hinaus standen Fragen des Landrechts und einer nachhaltigen Landwirtschaft im Mittelpunkt der Termine.

Die Situation von Kleinbauern spielt bei der Ernährungssicherung eine zentrale Rolle. In diesem Zusammenhang fand im Dezember 2011 eine Delegationsreise nach Honduras statt, um entsprechende EZ-Vorhaben in Bajo Aguan zu besichtigen. Ein Lösungsansatz zur Verbesserung der Produktivität kleinbäuerlicher Landwirtschaft stellt das Genossenschaftswesen dar. Im August 2012 reiste eine Ausschussdelegation nach Uruguay, Paraguay und Südbrasilien mit dem Fokus auf Fragen der Landreform und des Genossenschaftswesens in Verbindung mit der Einführung einer sozialen Grundsicherung.

Der Ausschuss hatte sich in der zurückliegenden Wahlperiode aufgrund kriegerischer oder umweltbedingter Krisensituationen immer wieder mit der humanitären Lage von Flüchtlingen zu befassen. In Haiti, wo etwa 19 000 NGOs vor Ort sind, traf sich eine Delegation mit dem Premierminister des Landes und dem Leiter der UN-Stabilisierungsmission MINUSTAH, um Fragen der Koordinierung und Steuerung in staatlicher Eigenverantwortung zu erörtern. Ende September 2012 reiste eine Delegation nach Kenia ins Flüchtlingslager Dadaab, um sich über die bevorstehende Ablösung der GIZ-Projekte durch andere Auftragnehmer des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) zu informieren.

Ausschuss für Tourismus

Sowohl in Tunesien als auch in Ägypten hat der Tourismus stark unter den Folgen der umwälzenden politischen Entwicklungen zu leiden. Gleichzeitig ist der Tourismus in beiden Ländern ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und wichtig für ihre wirtschaftliche Stabilität.

Auf Einladung der tunesischen Regierung besuchte daher im Februar 2012 eine Delegation des Ausschusses das nordafrikanische Land, um in Gesprächen mit Vertretern der Regierung, zuständigen Behörden und Wirtschaftsverbänden Möglichkeiten für die Wiederbelebung des Tourismus zu erörtern. Tunesien strebt hier eine Neuausrichtung an und setzt anstelle eines vorwiegend Billig-Strand-Tourismus auf ein differenziertes Angebot ein-

schließlich Kultur-, Sport- und Öko-Tourismus. Im März 2013 schloss sich ein Besuch in Ägypten und Jordanien an. Bei den Gesprächen mit Vertretern der ägyptischen Regierung sowie des Shurarates ging es um die Stabilisierung des Tourismus, die allgemeine Sicherheitslage sowie den Stand der verkehrlichen und touristischen Infrastruktur. Der Kurzbesuch in Jordanien sollte die Rolle des Landes als Stabilitätsfaktor im Nahen Osten unterstreichen.

Die Beziehungen Deutschlands zu Lateinamerika sind aufgrund gemeinsamer Werte und Interessen sowie historisch gewachsener enger kultureller Verbundenheit im Gefüge der internationalen Staatenbeziehungen von besonderer Bedeutung. In den letzten Jahren und Jahrzehnten hat Südamerika insgesamt nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch an Gewicht gewonnen. Um diesem Wandel Rechnung zu tragen und die traditionellen Gemeinsamkeiten und Bindungen im deutsch-lateinamerikanischen Verhältnis zu garantieren, legte die Bundesregierung in dieser Wahlperiode ein besonderes Augenmerk auf Südamerika. Vor diesem Hintergrund sowie angesichts der wachsenden Bedeutung des Tourismus in vielen südamerikanischen Ländern einerseits und der zunehmenden Anzahl insbesondere brasilianischer Urlauber in Deutschland andererseits unternahm der Ausschuss zwei Delegationsreisen nach Südamerika.

Zu den thematischen Schwerpunkten der Gespräche der Abgeordneten in Peru und Bolivien im April 2012 zählten die nachhaltige Tourismusedwicklung in beiden lateinamerikanischen Ländern, der Stellenwert des Tourismus für die Wirtschaft, insbesondere die Bedeutung des Tourismus für die Armutsbekämpfung, die Teilhabe der indigenen Bevölkerung am Tourismus, der Schutz und die Erhaltung der UNESCO-Welterbestätten, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie die Wechselwirkungen zwischen Tourismus und Umweltschutz. Im Zentrum der Delegationsreise im Mai 2013 nach Brasilien standen die vielen Veranstaltungen und Begegnungen im Rahmen des Deutschlandjahres „Deutschland und Brasilien 2013 bis 2014“, die sich u. a. positiv auf den Tourismus nach Deutschland auswirken sollen. Die Mitglieder des Ausschusses erörterten auch die Möglichkeit eines bilateralen Tourismusabkommens mit dem einzigen Land in Lateinamerika, mit dem Deutschland durch eine sogenannte strategische Partnerschaft verbunden ist.

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Der Ausschuss ist für Fragen der EU-Erweiterung federführend zuständig und besuchte deshalb im April 2013 gemeinsam mit Mitgliedern des Europaausschusses des französischen Parlamentes Belgrad. Zur Vorbereitung der Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen und zu weiteren Themen fanden im Berichtszeitraum in Berlin zahlreiche Treffen mit Abgeordneten und Regierungsvertretern aus den Kandidatenstaaten sowie mit dem für Erweiterungsfragen zuständigen Mitglied der Europäischen Kommission statt. Die europäische Perspektive der Staaten des westlichen Balkans war auch Thema einer Delegationsreise im Oktober 2011 nach Den

Haag. Gespräche über die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), die Modernisierungspartnerschaft mit Russland und ein Gesetzgebungsvorhaben zum Status von Nichtregierungsorganisationen führten eine Ausschussdelegation im September 2012 nach Moskau.

Die Entwicklungen in der Eurozone, Maßnahmen zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise, damit verbundene institutionelle Fragen sowie die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen für die EU (MFR) blieben die Beratungsschwerpunkte des Ausschusses. Eine Delegation besuchte im November 2011 Athen. Im Dezember 2011 beriet der Ausschuss in Brüssel über diese und weitere Themen und erwiderte damit gleichzeitig Besuche von Mitgliedern der Kommission und Abgeordneten des Europäischen Parlamentes in Berlin. Im Juni 2012 reiste eine Delegation zum Gedankenaustausch nach Rom.

Zu Beratungen über die Schwerpunkte der Ratspräsidentenschaften besuchten Ausschussmitglieder die Parlamente in Kopenhagen, Nikosia, Dublin und Vilnius, wo sie ebenfalls an den halbjährlichen Konferenzen der Mitglieder der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (COSAC) teilnahmen, bei denen es auch um die Konzepte zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion und die Rolle der nationalen Parlamente nach dem Vertrag von Lissabon ging. Die europapolitische Ausrichtung Großbritanniens war Gegenstand von Gesprächen in London im Januar 2013.

Der Ausschuss nahm an gemeinsamen Sitzungen mit dem Europaausschuss der französischen Assemblée nationale und trilateralen Treffen von Parlamentariern aus Deutschland, Frankreich und Polen im Format des Weimarer Dreiecks in Berlin, Paris und Danzig teil, bei denen u. a. die Verhandlungen zum MFR und die östliche Dimension der ENP beraten wurden. Seine Mitglieder empfingen in Berlin Delegationen anderer nationaler Parlamente und zahlreiche Regierungsvertreter und Gäste aus europäischen Staaten zu Beratungen. Dabei galt das Interesse der Gäste auch den zuletzt im Juli 2013 überarbeiteten Bestimmungen, die die Beteiligung des Deutschen Bundestages in EU-Angelegenheiten regeln.

Ausschuss für Kultur und Medien

Eckpunkte der Kulturpolitik sind der Schutz des kulturellen Erbes auf der einen und die Förderung einer vielfältigen, lebendigen Kulturlandschaft auf der anderen Seite. Der Ausschuss für Kultur und Medien hat im Rahmen von Reisen nach Indien (Oktober 2011) sowie nach Nordafrika (September 2012) diese Themen aufgegriffen. Unter anderem erkundete er, wie die von der UNESCO anerkannten Weltkulturerbestätten geschützt und touristisches Interesse mit konservatorischen Ansprüchen in Einklang gebracht werden können. Außerdem ging er der Frage nach, wie die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in multiethnischen und multireligiösen Staaten gefördert und die Freiheit der Kunst in Zeiten des politischen Umbruchs gewährleistet wird. In Nordafrika loteten die Abgeordneten aus, ob und welche Hilfe aus Deutschland

willkommen ist. Dort ging es beispielsweise um Kooperationen in der Archäologie oder bei der Digitalisierung von Kulturgut.

Als kulturelles Erbe, das zurückgegeben werden muss, betrachtet Deutschland jenes Kulturgut, das sich als Folge des Zweiten Weltkriegs bis heute in Russland befindet. Eine Delegation, die im November 2012 Moskau und St. Petersburg besuchte, erkundete daher in Gesprächen die Chancen, diese Kulturgüter zurückzuholen.

Als fortdauernde Aufgabe versteht es der Ausschuss, gute Rahmenbedingungen für den Qualitätsjournalismus zu sichern. Staatliche Restriktionen und die vielerorts prekäre wirtschaftliche Basis eines aufklärenden Journalismus, der zur unabhängigen Meinungsbildung unverzichtbar ist, aber auch neue Formen journalistischer Tätigkeit über Blogs und soziale Netzwerke standen bei den Reisen im Berichtszeitraum im Fokus und dienten als Spiegel politischer Handlungsoptionen im Inland. Der Unterausschuss Neue Medien des Ausschusses für Kultur und Medien widmet sich der Entwicklung der Informationsgesellschaft. Eine Delegation dieses Gremiums besuchte im Februar 2012 die USA, um mit Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft über Datensicherheit, Datenschutz oder Urheberrechte und damit über Kernthemen seiner Ausschussarbeit zu diskutieren.

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Im Oktober 2011 führte der Parlamentarische Beirat mit der internationalen Parlamentarierversammlung GLOBE Europe erstmals eine gemeinsame Jahreskonferenz in Berlin durch. Daraufhin lud GLOBE International im Juni 2012 zu einem World Summit of Legislators nach Rio de Janeiro ein, um Anstöße aus Sicht der Parlamente für die sich am selben Ort unmittelbar anschließende Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung zu geben. Die Delegation des Beirats stellte die Vorschläge vor, die der Deutsche Bundestag mit dem interfraktionellen Antrag „VN-Konferenz Rio plus 20: Nachhaltigkeit global umsetzen“ angenommen hatte, und konnte sich an der Positionierung der Parlamente beteiligen. Im Rahmen der UN-Konferenz führte die Delegation zahlreiche Gespräche mit Abgeordneten und Regierungsvertretern anderer Delegationen (u. a. aus Bangladesh und Ecuador) sowie mit verschiedenen Vertretern von Nichtregierungsorganisationen.

Eine der zentralen Aufgaben des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung ist die parlamentarische Begleitung der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie. Unter diesem Gesichtspunkt führte der Beirat im Oktober 2012 eine eintägige auswärtige Sitzung in Brüssel durch. Anlass war die Veröffentlichung des Monitoringberichts des Statistischen Amtes der Europäischen Union. Der Beirat führte Gespräche mit Vertretern der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments, um die geplante Verzahnung der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie mit der Strategie Europa 2020 zu beraten.

4 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen

Der Deutsche Bundestag entsendet Abgeordnetendelegationen zu Konferenzen und (Ausschuss-)Sitzungen der Interparlamentarischen Union (IPU), der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PV ER), der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV), der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (OSZE PV), der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC), der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM) und der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP). Der Bundestagspräsident vertritt den Deutschen Bundestag auf den verschiedenen Parlamentspräsidentenkonferenzen. Der Bundestag ist zudem Beobachter bei der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (PABSEC).

Mit Ausnahme der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die regelmäßig am Sitz der Versammlung in Straßburg tagt, finden die Konferenzen und Sitzungen der übrigen internationalen parlamentarischen Versammlungen an unterschiedlichen Orten auf Einladung der jeweiligen Mitgliedsparlamente statt. Sitzungen und Konferenzen dieser internationalen parlamentarischen Versammlungen bzw. ihrer Organe werden dementsprechend auch in Deutschland abgehalten.

Die Mitglieder der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates werden zu Beginn jeder Wahlperiode aufgrund des Gesetzes über die Wahl der deutschen Vertreter zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom Deutschen Bundestag gewählt. Die Mitglieder der deutschen Delegationen aller übrigen internationalen parlamentarischen Versammlungen werden von den Fraktionen nach dem Verhältnis ihrer Stärke benannt. In zahlreichen internationalen parlamentarischen Versammlungen bzw. deren Ausschüssen und Gremien haben Mitglieder des Deutschen Bundestages Funktionen übernommen, zum Beispiel als Präsident oder Vizepräsident einer Versammlung, Ausschussvorsitzende oder Berichterstatter. Die durch die Mitarbeit in den interparlamentarischen Gremien gewonnenen Informationen und Erfahrungen fließen in die parlamentarische Arbeit des Deutschen Bundestages ein.

Über alle regulären Konferenzen und Jahrestagungen internationaler parlamentarischer Versammlungen werden amtliche Unterrichtungen erstellt, die als Bundestagsdrucksachen verteilt und in den zuständigen Ausschüssen beraten werden.

Interparlamentarische Union (IPU)

Der IPU gehören 162 nationale Parlamente sowie zehn assoziierte parlamentarische Versammlungen an. Seit 2002 hat die IPU einen Beobachterstatus bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Der Deutsche Bundestag ist seit 1951 Mitglied der IPU. Die zu den Versammlungen der IPU entsandte deutsche

Delegation besteht aus acht Abgeordneten, die sich in der 17. Wahlperiode im Verhältnis 3:2:1:1:1 auf die Fraktionen verteilen. Delegationsleiter ist der Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU). Die IPU kommt zweimal jährlich zu Versammlungen zusammen, in der ersten Jahreshälfte auf Einladung verschiedener Parlamente der Welt, in der zweiten Jahreshälfte in der Regel am Sitz des internationalen Sekretariats in Genf. Zu den zentralen Themen gehören die Förderung der Demokratie, die Hilfe beim Aufbau demokratischer Institutionen, die Terrorismusbekämpfung, die Herausforderungen des globalen Klimawandels, die Sicherung der internationalen Energieressourcen und die Zusammenarbeit zwischen der IPU und den Vereinten Nationen.

Im Berichtszeitraum haben folgende Versammlungen stattgefunden: Oktober 2011 in Bern (125.), März 2012 in Kampala (126.), Oktober 2012 in Quebec City (127.) und März 2013 in Quito (128.).

Deutsche Abgeordnete haben in verschiedenen Gremien Funktionen inne. Josef Philip Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist Mitglied im zentralen Lenkungsgremium der IPU, dem fünfzehnköpfigen Exekutiv Ausschuss. Weiterhin gehört er dem Ausschuss der IPU für Nahostfragen an. Angelika Krüger-Leißner (SPD) ist stellvertretendes Mitglied im Koordinierungsausschuss der Parlamentarierinnen und Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU) gehört dem Lenkungsausschuss der geopolitischen Gruppe der Zwölf Plus an.

Abgeordnete des Deutschen Bundestages haben neben den Versammlungen der IPU an der jährlichen parlamentarischen Konferenz zur Welthandelsorganisation, an den Sitzungen ihres Lenkungsausschusses sowie an einzelnen parlamentarischen Anhörungen bei den Vereinten Nationen teilgenommen.

Parallel zu den Versammlungen der IPU tagt die Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (Association of Secretaries General of Parliaments – ASGP). Seit Oktober 2011 ist der stellvertretende Direktor beim Deutschen Bundestag, Prof. Dr. Ulrich Schöler, Vizepräsident der ASGP.

Parlamentarische Versammlung des Europarates (PV ER)

Ziele des Europarates sind der Schutz und die Stärkung der pluralistischen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Organe des Europarates sind das Ministerkomitee, dem die Außenminister der Mitgliedstaaten angehören, und die Parlamentarische Versammlung, die sich aus Delegationen der nationalen Parlamente der Mitgliedsländer zusammensetzt.

Der 1949 gegründete Europarat hat seinen Sitz in Straßburg. Ihm gehören 47 Mitgliedstaaten, darunter alle Mitglieder der EU, an. Zur Verwirklichung seiner Ziele entwickelt er Normen und Standards, deren Umsetzung er durch die Mitgliedstaaten fördert. Dabei handelt es sich insbesondere um völkerrechtliche Verträge (Konventionen). Die bekanntesten sind die Europäische Menschenrechts-

konvention (EMRK) von 1950 und ihre Zusatzprotokolle, deren Überwachung dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) obliegt. Die Richter des EGMR werden von der PV ER gewählt. Daneben wählt die PV ER den Menschenrechtskommissar (Nils Muiznieks, Lettland) und den Generalsekretär des Europarates (Thorbjorn Jagland, Norwegen).

Der Deutsche Bundestag entsendet 18 ordentliche Mitglieder in die PV ER, die sich in der 17. Wahlperiode nach dem Schlüssel 7:4:3:2:2 auf die Fraktionen verteilen. Die deutsche Delegation stellt mit ihrem Delegationsleiter, Joachim Hörster (CDU/CSU), zugleich einen der insgesamt 20 Vizepräsidenten der PV ER. Marina Schuster (FDP) ist stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Menschenrechte. Marlene Rupperecht (SPD) war bis April 2013 Generalberichterstatterin für Belange der Kinder.

Die Mitglieder der deutschen Delegation übernehmen regelmäßig Funktionen als Berichterstatter für die nach einer Reform der Versammlungsstruktur im Jahre 2012 von zehn auf nunmehr acht reduzierte Zahl der Ausschüsse. Auf der Grundlage der dort erarbeiteten Berichte berät und verabschiedet die PV ER viermal jährlich während ihrer Plenartagungen Entschlüsse oder Stellungnahmen, die u. a. an die Parlamente der Mitgliedstaaten gerichtet sind, sowie Empfehlungen an das Ministerkomitee. Daneben finden alle vier bis sechs Wochen Ausschusssitzungen in Straßburg und Paris sowie in den Mitgliedstaaten des Europarates statt.

Die PV ER setzt sich mit zentralen europäischen Problemen und Fragen auseinander. Im Berichtszeitraum wurde u. a. eine Definition des umstrittenen Begriffs „politischer Gefangener“ verabschiedet. Ferner standen der Schutz von Frauen- und Kinderrechten sowie der Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität im Mittelpunkt der Beratungen. Weitere Themen waren die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie Fragen des interkulturellen bzw. interreligiösen Dialogs.

Ein weiteres wichtiges Instrument der PV ER ist das Monitoringverfahren, durch das die Versammlung die Einhaltung der gemeinsam beschlossenen Standards in den Mitgliedstaaten überprüft. Mitglieder der deutschen Delegation nehmen auch regelmäßig an den von der PV ER durchgeführten Wahlbeobachtungen teil. Im Berichtszeitraum waren dies Wahlen in Kasachstan, Kirgisistan, Marokko, Monaco, Russische Föderation, Tunesien und Ukraine.

Parlamentarische Versammlung der NATO (NATO PV)

Aufgabe dieser parlamentarischen Versammlung ist es, den Diskussions- und Transformationsprozess des nordatlantischen Bündnisses parlamentarisch zu begleiten. Die Versammlung versteht sich als Bindeglied zwischen den Parlamenten der 28 Mitgliedstaaten der NATO und dem Nordatlantikrat. Durch langjährige persönliche Beziehungen und das dadurch gewachsene Vertrauen kön-

nen Meinungsverschiedenheiten offener angesprochen werden als zwischen Regierungsvertretern.

Die deutsche Delegation in der NATO PV besteht aus zwölf Mitgliedern des Deutschen Bundestages und sechs Mitgliedern des Bundesrates. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages verteilen sich nach dem Schlüssel 5:3:2:1:1 auf die Fraktionen. Regelmäßig übernehmen deutsche Mitglieder herausgehobene Funktionen in der NATO PV. So wurde Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers (CDU/CSU) im November 2011 für eine weitere einjährige Amtszeit als Präsident der Versammlung bestätigt. Im November 2012 wurde er zum Vizepräsidenten gewählt und ist damit nach wie vor Mitglied im Präsidium der Versammlung. Mit Ulla Schmidt (SPD) als Berichterstatterin im Ausschuss „Zivile Dimension der Sicherheit“ und Uwe Beckmeyer (SPD) als Berichterstatter im Unterausschuss „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit“ bekleiden zwei deutsche Delegationsmitglieder seit Oktober 2011 weitere wichtige Ämter der Versammlung.

Die NATO PV tritt jährlich zu einer Frühjahrstagung und zu einer Jahrestagung zusammen, die jeweils in einem der Mitgliedstaaten stattfinden. So tagte die Versammlung im November 2011 in Bukarest, im Mai 2012 in Tallinn und im November 2012 in Prag. In 2013 wurde die Frühjahrstagung in Luxemburg abgehalten.

Die fünf Fachausschüsse der NATO PV und deren Unterausschüsse tagen jeweils drei- bis viermal jährlich in NATO-Mitglieds- oder Partnerstaaten. So besuchten die Unterausschüsse „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ und „Transatlantische Beziehungen“ im September 2012 Berlin, Ramstein und Stuttgart. Im Juni 2013 tagte der Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ in Berlin und München. Die Ausschüsse erarbeiten Berichte und Entschlüsse zu aktuellen bündnispolitischen Themen, die jeweils vorab im Jahresarbeitsprogramm der Versammlung festgelegt werden. Entschlüsse werden während der Jahrestagungen von der Versammlung verabschiedet und richten sich an die Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten und an den Nordatlantikrat. Sondergremien der NATO PV wie die Sondergruppe Mittelmeer und Naher Osten, der Parlamentarische NATO-Russland-Ausschuss und der Interparlamentarische Ukraine-NATO-Rat treten in der Regel zweimal jährlich zusammen. Zwischen den Plenartagungen tagt der Ständige Ausschuss, um über die laufenden Geschäfte der Versammlung zu beraten. Das sogenannte Rose-Roth-Programm unterstützt Staaten in demokratischen Transformationsprozessen. Es wurde nach Ende des Kalten Krieges für die ost- und mitteleuropäischen Staaten ins Leben gerufen und bietet heute ein Forum zum Austausch mit zahlreichen Mitgliedstaaten, die nicht Mitglied der NATO sind.

Inhaltlich beschäftigt sich die Versammlung mit allen Themen, die auch die NATO bearbeitet. Im Berichtszeitraum stand etwa das Thema Afghanistan nach Abzug der ISAF (International Security Assistance Force) im Jahr 2014 im Mittelpunkt. Die Befassung mit der Entwicklung der Lage vor Ort und die Frage, ob die Afghan National Security Forces (ANSF) die Sicherheit des Landes ab

2014 zu garantieren vermögen, war ein Schwerpunkt der Debatten. Immer wieder Gegenstand von Diskussionen ist auch die Umsetzung der Smart Defence Strategie gewesen. Sie soll durch Priorisierung von Fähigkeiten, multifunktionale Beschaffung und komplementäre Spezialisierung verhindern, dass reduzierte Verteidigungshaushalte ein Weniger an Sicherheit nach sich ziehen. Die Versammlung setzte sich darüber hinaus mit Krisenherden wie dem Bürgerkrieg in Syrien und den Konflikten in Mali sowie der Sahelzone auseinander. Auch der Bedeutungszuwachs Asiens und die Folgen für das transatlantische Verhältnis waren wiederholt Thema der Debatten. Schließlich beschäftigt sich die Versammlung seit Beginn der politischen Veränderungen in vielen Staaten des Mittelmeerraums Anfang 2011 mit den Entwicklungen in diesen Ländern und möglichen Auswirkungen auf die transatlantische Sicherheit.

Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE PV)

Unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges beschlossen die Staats- und Regierungschefs in der Charta von Paris (1990), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine parlamentarische Versammlung hinzuzufügen. In der Erklärung von Madrid (1991) wurden die Grundzüge der Geschäftsordnung, die Arbeitsmethoden, die Größe (zurzeit 323 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 57 OSZE-Teilnehmerstaaten), das Mandat und die Stimmenverteilung festgelegt. Die OSZE PV hat sich zur Aufgabe gemacht, den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE-Mitgliedstaaten zu unterstützen, an der Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE mitzuwirken und Mechanismen zur Konfliktverhütung und zur Konfliktbewältigung zu entwickeln. Der Deutsche Bundestag ist von Beginn an Mitglied und entsendet 13 Abgeordnete, die sich in der 17. Wahlperiode im Verhältnis 5:3:2:2:1 auf die Fraktionen verteilen. Leiterin der deutschen Delegation ist Doris Barnett (SPD). Sie ist zudem seit Juli 2013 Vizepräsidentin der OSZE PV. Uta Zapf (SPD) leitet die Ad-hoc-Arbeitsgruppe Belarus.

Die Jahrestagungen der OSZE PV finden abwechselnd auf Einladung des Parlaments in einem Teilnehmerstaat statt. Im Berichtszeitraum waren dies jeweils im Juli die Tagungen in Monaco (2012) sowie in Istanbul (2013). Seit 2001 hält die Versammlung eine jährliche Wintertagung in Wien ab, die insbesondere dem Gedankenaustausch mit den Vertretern der Regierungen bei der OSZE dient. Eine weitere Tagung hat sich jeweils im Herbst etabliert, die neben der Sitzung des Ständigen Ausschusses das „Forum Mittelmeer“ umfasst. Im Berichtszeitraum waren Dubrovnik (2011) und Tirana (2012) Tagungsorte.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der OSZE PV ist die Wahlbeobachtung. Wahlbeobachtung gehört zu den Kerninstrumenten der Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Wahlbeobachtungsmissionen leisten einen wichtigen Beitrag, um das öffentliche Vertrauen in den Wahlprozess zu stärken und etwaige Unregelmäßigkeiten offenzulegen. Regelmäßig nehmen

Abgeordnete des Deutschen Bundestages an den Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE PV teil, so im Berichtszeitraum an der Beobachtung der Wahlen in Kirgisistan, Kasachstan, der Russischen Föderation, Armenien, Belarus, der Ukraine, in den USA und in Bulgarien.

Ostseeparlamentarierkonferenz

Die Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC) ist das parlamentarische Forum der Ostseeregion. Sie verfolgt das Ziel, die gemeinsame Identität des Ostseeraums durch eine enge Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Parlamenten zu stärken. Die BSPC soll politische Aktivitäten in der Region initiieren und leiten, die demokratischen Institutionen in den Teilnehmerstaaten unterstützen und stärken sowie den Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und Zivilgesellschaften verbessern.

Jedes Mitgliedsparlament kann vier bzw. fünf Delegierte stellen. Die Delegation des Deutschen Bundestages wird in der 17. Wahlperiode von Franz Thönnies (SPD) geleitet. Neben dem Bundestag entsenden auch die Parlamente der Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen Delegationen in die BSPC. Die Plenarversammlung findet seit 1991 abwechselnd auf Einladung eines der Mitgliedsparlamente einmal jährlich statt. Das Sekretariat der BSPC befindet sich in Kopenhagen.

Das Lenkungsorgan der Konferenz, der Ständige Ausschuss, tritt drei- bis viermal im Jahr zusammen. Seit 2005 richtet die Konferenz Arbeitsgruppen ein, die die Funktion von Ausschüssen wahrnehmen. Sie beschäftigen sich für die Dauer von zwei Jahren mit speziellen Fragen des Ostseeraumes. Die von ihnen verfassten Abschlussberichte und die darin enthaltenen Empfehlungen werden der Konferenz zur Verabschiedung vorgelegt. 2011 wurde die Arbeitsgruppe „Grünes Wachstum und Energieeffizienz“ eingerichtet, in der Torsten Staffeldt (FDP) die Delegation des Deutschen Bundestages vertritt.

Die von der Konferenz angenommenen Resolutionen und deren Empfehlungen richten sich an die Parlamente und Regierungen der Mitgliedsländer. Im Deutschen Bundestag findet regelmäßig eine Debatte über Ostseefragen statt, in welche auch die Berichte und Empfehlungen der Ostseeparlamentarierkonferenz einfließen.

Die 21. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz fand im August 2012 im russischen St. Petersburg statt. Generalthema der Konferenz war die Verbesserung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Im Hinblick auf die Verbesserung des Zustands der Ostsee wurden verschiedene Projekte, zum Beispiel die Schaffung emissionsfreier Zonen, neue Schifftreibstoffe und die technische und umweltgerechte Verbesserung von Hafenanlagen, erörtert. Als zukunftsweisend für die Ostseeregion wurden Projekte des grünen Wachstums gesehen, für deren rasche und umfassende Umsetzung sich die Delegierten einstimmig aussprachen.

Die 22. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz im August 2013 in Pärnu (Estland) war dem Gene-

ralthema „Nachhaltige Innovation für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft der Region“ gewidmet. Darüber hinaus befassten sich die Delegierten mit der Umsetzung des Ostseeaktionsplans im Rahmen der Helsinki-Kommission für den Schutz der Meeresumwelt im Ostseeraum. Beim Thema Wirtschaftswachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion wurde das große Potential der Ostseeregion und ihre Rolle als Modellregion in Europa betont. Im Sitzungsabschnitt Grünes Wachstum und Energieeffizienz wurden zwar zahlreiche Initiativen und Erfolge hervorgehoben, jedoch noch erhebliche Defizite bei der Energieeffizienz in manchen Regionen und Bereichen festgestellt.

Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM)

Der Barcelona-Prozess der Europäischen Union zur Stärkung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit im Mittelmeerraum wurde im Jahre 2008 mit der Gründung der Union für den Mittelmeerraum institutionalisiert und gestärkt. Die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer benannte sich zwei Jahre später entsprechend in Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM) um. Sie brachte damit zum Ausdruck, dass sie sich als fester parlamentarischer Bestandteil dieses neuen institutionellen Gefüges im Mittelmeerraum versteht. In 2013 hat die Versammlung durch die Schaffung eines eigenen Haushaltes und die Einrichtung eines Sekretariates eine weitere institutionalisierte Stärkung erfahren.

Der Versammlung gehören 280 Parlamentarier aus den nationalen Parlamenten aller EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und aus weiteren Mittelmeeranrainerstaaten an. Die Delegiertensitze sind im Sinne einer Nord-Süd-Parität verteilt. Danach entfallen 140 Sitze auf die Parlamente aus den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten und 140 Sitze auf Abgeordnete aus nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und aus nördlichen Mittelmeeranrainerstaaten, die nicht Mitglied in der EU sind. Die deutsche Delegation in der PV-UfM besteht aus drei Mitgliedern und wird von Roderich Kiesewetter (CDU/CSU) geleitet.

Die Versammlung beschäftigt sich, wie auch die Union für den Mittelmeerraum, mit einer Vielzahl von Themen, in denen sich die Mitglieder um Kooperation bemühen. So bearbeiten die fünf Fachausschüsse der Versammlung Themen in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Soziales, Mittelstandsförderung und Energie/Umwelt. Im Mittelpunkt stehen konkrete Projekte wie etwa der Mittelmeersolarplan, die Mediterrane Job-Initiative oder der Trans-Maghreb-Motorway. Auf ihrer einmal jährlich stattfindenden Plenartagung erarbeiten die Parlamentarier Berichte zu aktuellen Themen und verabschieden Empfehlungen, die sich an die Regierungen der Mitgliedstaaten der Union für den Mittelmeerraum richten. Die Plenartagungen finden jeweils in dem Land statt, dessen Parlament die Präsidentschaft in der PV-UfM innehat. Im

Berichtszeitraum tagte die Versammlung im März 2012 in Rabat und im April 2013 – aufgrund der Präsidentschaft des Europäischen Parlamentes – in Brüssel.

Seit Beginn der politischen Veränderungen in mehreren Staaten des südlichen Mittelmeerraums Anfang 2011 widmet sich die Versammlung verstärkt den politischen Umwälzungen in der Region. Da die Parlamente mehrerer betroffener Staaten Mitglied in der PV-UfM sind und daher mit den Parlamentariern aus diesen Staaten ein ständiger unmittelbarer Austausch erfolgt, ist die Versammlung gerade in dieser Transformationsphase ein wichtiges parlamentarisches Forum.

Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP)

Die Interparlamentarische Konferenz (Interparliamentary Conference) für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments „im Geiste der neuen parlamentarischen Dimension des Vertrags von Lissabon“ eingesetzt. Diese sieht vor, dass die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament gemeinsam über diese Politikfelder beraten, die in der Europäischen Union zur intergouvernementalen Zusammenarbeit und nicht zu den vergemeinschafteten Politikbereichen gehören. Die IPC hat dementsprechend keine eigenen Entscheidungskompetenzen in der Außen-, Sicherheits- oder Verteidigungspolitik, sondern bietet ein Forum für den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen nationalen und europäischen Abgeordneten. Die Konferenz tagt zweimal jährlich in einem Mitgliedstaat der EU. Die Möglichkeit zur interparlamentarischen Zusammenarbeit stärkt auch das Europäische Parlament, das in diesen Politikbereichen nur begrenzte Befugnisse hat.

Während der Konferenzen treffen die Abgeordneten mit der EU-Ratspräsidentschaft, der Hohen Repräsentantin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertretern der EU-Exekutive zusammen. Die Konferenz kann im Anschluss an ihre Beratungen Schlussfolgerungen verabschieden. Während der drei bisherigen Tagungen in Zypern (September 2012), Irland (März 2013) und Litauen (September 2013) standen die Stärkung der zivilen und militärischen Kapazitäten für die GSVP sowie die Evaluierung des Europäischen Auswärtigen Dienstes im Mittelpunkt der Beratungen. Ferner berieten die Abgeordneten die Partnerschaft der EU zu ihren östlichen Nachbarländern, die Situation im Nahen Osten und in Nordafrika.

Für den Deutschen Bundestag können bis zu sechs Abgeordnete an der Konferenz teilnehmen. Leiter der deutschen Delegation ist Johannes Pflug (SPD).

Parlamentspräsidentenkonferenzen

Die Parlamentspräsidenten der Mitgliedstaaten der EU und die Parlamentspräsidenten der G8-Staaten treffen sich jährlich, die Parlamentspräsidenten der Mitgliedstaaten des Europarates alle zwei Jahre zum Meinungs- und Informationsaustausch über parlamentspezifische Fragen. An diesen Konferenzen nimmt auch der Präsident des Europäischen Parlaments teil. Seit dem Jahr 2000 finden zudem alle fünf Jahre Weltparlamentspräsidentenkonferenzen statt.

Im Mittelpunkt der Konferenzen der Parlamentspräsidenten der EU-Mitgliedstaaten (EU-PPK) stand im Berichtszeitraum die Ausgestaltung der parlamentarischen Begleitung zweier Politikfelder der Europäischen Union: zum einen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zum anderen der Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion.

Nach schwierigen Beratungen im April 2011 in Brüssel konnte unter dem Vorsitz der Präsidentin des Sejm und des Präsidenten des Senats der Republik Polen im Rahmen der EU-PPK im April 2012 Einigung über die konkrete Ausgestaltung der parlamentarischen Begleitung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU erzielt werden.

Im September 2012 traten die Parlamentspräsidenten der 47 Mitgliedstaaten des Europarates in Straßburg zu ihrer alle zwei Jahre stattfindenden Konferenz zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und die Möglichkeiten der Parlamente, seine Arbeit zu unterstützen sowie die Herausforderungen und Chancen, die mit der Arabischen Revolution verbunden sein könnten.

Im Jahr 2013 stand Artikel 13 des Vertrages über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) im Zentrum der Aufmerksamkeit der EU-Parlamentspräsidenten. Bereits im Januar 2013 lud der luxemburgische Parlamentspräsident seine Kollegen aus den Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft und dem Europäischen Parlament zu einem Meinungsaustausch über die interparlamentarische Zusammenarbeit und die demokratische Kontrolle der Wirtschafts- und Währungsunion nach Luxemburg ein. Im April 2013 gelang es dann den Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten aus den EU-Mitgliedstaaten und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, sich auf die Ausgestaltung einer parlamentarischen Konferenz zu einigen, wie sie in Artikel 13 des Fiskalvertrages vorgesehen ist. Zur ersten Konferenz dieser Art hat das litauische Parlament für Oktober 2013 nach Wilna eingeladen.

Weiteres Thema der EU-PPK 2013 in Zyperns Hauptstadt Nikosia war die Rolle der Parlamente bei der Stärkung von Demokratie- und Menschenrechten in Drittländern mit Schwerpunkt auf der Mittelmeerregion. Eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitglieder der EU mit den südlichen Mittelmeeranrainern war auch das Ziel des Prä-

sidenten des Europäischen Parlaments, der in seiner Funktion als Präsident der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum Anfang April 2013 zu einem Gipfeltreffen nach Marseille eingeladen hatte.

Parallel zu den Gastgeberländern der G8-Regierungsgipfeltreffen fanden die G8-Parlamentspräsidentenkonferenzen im Jahr 2012 auf Einladung des Repräsentantenhauses des Kongresses der USA und im Jahr 2013 auf Einladung des Unterhauses des britischen Parlaments statt. In Washington D.C. standen im September 2012 der demographische Wandel und seine Auswirkungen auf die Politik auf der Tagesordnung. Außerdem diskutierten die Parlamentspräsidenten nach einem einführenden Vortrag von Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert das Thema Wirtschaft und Verschuldung. Im September 2013 erörterten die Parlamentspräsidenten der G8-Staaten in London die direkte Demokratie im Verhältnis zur repräsentativen Demokratie und die Frage, auf welche Weise insbesondere junge Menschen dafür begeistert werden können, für einen Sitz im Parlament zu kandidieren. Der Präsident des Deutschen Bundestages nahm an allen genannten Konferenzen der Parlamentspräsidenten teil.

5 Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche

Der Deutsche Bundestag unterhält internationale Beziehungen auch durch seine aus Abgeordneten bestehenden Parlamentariergruppen, die in Verbindung mit einem oder mehreren Staaten stehen. In der 17. Wahlperiode sind 54 Parlamentariergruppen eingesetzt worden (35 bilaterale und 19 multilaterale). Hinzu kommt ein Länderbeauftragter für Moldau.

Die Reisen und Besuche im Rahmen dieser bilateralen und multilateralen Parlamentariergruppen dienen dem kontinuierlichen Kontakt zu Abgeordneten der Partnerstaaten und dem fortlaufenden Dialog über die für sie wichtigen und politisch aktuellen Themen. Daneben treffen sich die Abgeordneten der Parlamentariergruppen mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Medien, um über die politische und gesellschaftliche Lage in den Partnerstaaten informiert zu sein. Durch ihre besondere Sachkenntnis über den Partnerstaat beziehungsweise die Partnerregion sind die Parlamentariergruppen ein Ansprechpartner für ausländische Besuchsdelegationen mit unterschiedlichsten Interessen und Zielsetzungen.

Im Folgenden wird eine Kurzübersicht über die Reisen und Gegenbesuche der Parlamentariergruppen in alphabetischer Reihenfolge gegeben. Trotz vielfältiger anderweitiger Aktivitäten sind einige Parlamentariergruppen nicht genannt, da deren Reisen oder Gegenbesuche durch ausländische Delegationen in der ersten Hälfte der Legislaturperiode stattgefunden haben.

Deutsch-Ägyptische Parlamentariergruppe

Der Schwerpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe lag in der Unterstützung des Transformations- und

Demokratisierungsprozesses des Partnerlandes. Bei einer Delegationsreise nach Kairo und Luxor im April/Mai 2012 informierten sich die Bundestagsabgeordneten über die aktuelle Lage in Ägypten. Dabei standen die Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung durch das Verfassungsgericht und die Schließung des Büros einer der deutschen politischen Stiftungen im Mittelpunkt des Interesses. Außerdem wurden Grundsätze einer für alle Bürger zugänglichen Gesundheitsversorgung, die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie Investitionen in die Ausbildung für handwerkliche und technische Berufe erörtert. Angesprochen wurde darüber hinaus auch die Notwendigkeit der Schaffung von Instrumenten für eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Im Goethe-Institut wurde den Bundestagsabgeordneten die Arbeit der dortigen Tahrir-Lounge vorgestellt und deren Bedeutung für die sich entwickelnde Zivilgesellschaft in Ägypten erläutert. Der Aufenthalt in Luxor diente unter anderem dazu, die Auswirkungen der Politik der Zentralregierung auf die Kommunen und Regionen kennenzulernen. Die Delegation besuchte dort zudem eine staatliche Berufsschule, in der ein Berufsbildungsprojekt für Elektriker und Metallhandwerker in Zusammenarbeit mit dem Amt des Gouverneurs von Luxor und dem Ausbildungsverbund Esslingen in Baden-Württemberg durchgeführt werden soll.

Parlamentariergruppe Arabischsprachige Staaten des Nahen Ostens

(Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Saudi-Arabien, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate, Arbeitsgruppe Palästina)

Im Berichtszeitraum waren die Auswirkungen des Syrien-Konflikts sowie die Auswirkungen der politischen Veränderungen in Nordafrika auf die arabischen Staaten immer wieder Themen, mit denen sich diese Parlamentariergruppe beschäftigte. Auch wurden Menschenrechtsfragen und die Stellung der Frauen in der arabischen Welt diskutiert. Ziel einer Delegationsreise in die Libanesischen Republik, das Sultanat Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate im Februar 2012 war es, sich über die aktuelle Lage der besuchten Länder im Rahmen von Gesprächen mit Vertretern der nationalen Volksvertretungen sowie mit Repräsentanten der Regierungen und der Zivilgesellschaften zu informieren. Im Libanon standen Fragen der Sicherheitspolitik, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklungen im Nachbarland Syrien und die Rolle der Hisbollah, im Vordergrund des Interesses. Auch wurde die UN-Beobachtermission UNIFIL im Süden des Landes angesprochen. Die Vertreter der drei besuchten Länder betonten, eine Politik der Nichteinmischung in den syrischen Konflikt zu verfolgen. Mit ihren zahlreichen Gesprächspartnern erörterten die Bundestagsabgeordneten darüber hinaus neben den jeweiligen bilateralen Beziehungen auch wirtschafts-, gesundheits- und bildungspolitische Fragen. Im Hinblick auf mögliche wirtschaftliche Kooperationen standen insbesondere erneuerbare Energien sowie der Ausbau der Infrastrukturbereiche im Vordergrund.

Parlamentariergruppe ASEAN

(Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam)

Im Berichtszeitraum beschäftigte sich die Parlamentariergruppe vor allem mit Fragen, die mit der weiteren Integration der ASEAN-Staatenfamilie zusammenhängen. Insofern stand dieses Thema auch bei einer Delegationsreise im Februar 2012 nach Thailand, Myanmar und Singapur im Mittelpunkt des Interesses, verknüpft mit der Frage, ob man hierfür eventuell Lehren aus der Entwicklung der Europäischen Union ziehen könnte. Der Aufenthalt in Thailand diente zudem der Verstärkung der anlässlich einer Delegationsreise im Jahr 2011 geknüpften Kontakte. Neben außenpolitischen Themen standen die politisch umstrittene Verfassungsreform und die zukünftige Rolle der Monarchie und des Militärs im Zentrum des Interesses der Mitglieder der Parlamentariergruppe. Bei einem Treffen mit der Nichtregierungsorganisation SWING informierte sich die Delegation über die Situation von Beschäftigten im Sex-Gewerbe in Bangkok. Einen Höhepunkt des Aufenthaltes in Myanmar stellte das Gespräch mit Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi dar, die die Vorstellungen der National League for Democracy zur zukünftigen Gestaltung des Landes schilderte. Verschiedene Mitglieder des Unterhauses und Myanmars Außenminister wiesen auf das nicht spannungsfreie Verhältnis zur Volksrepublik China hin. Beim Besuch zweier lokaler Projekte zum Schutz und zur Förderung von vernachlässigten Kindern wurde deutlich, wie groß die Herausforderungen sind, die die Regierung von Myanmar in den Bereichen Bildung und Armutsbekämpfung zu bewältigen hat. Während des Aufenthaltes in Singapur informierte sich die Delegation über die Situation von deutschen Unternehmen, die sich dort niedergelassen haben, und über Kooperationsmöglichkeiten in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Energieversorgung. Mitglieder der Singapore-Europe Parliamentary Group baten ebenso wie schon vorher thailändische und burmesische Gesprächspartner um eine Einschätzung der weiteren Entwicklung der Euro-Zone. Durch die Teilnahme an einer „Meet-the-People“-Veranstaltung im Wahlkreis eines singapurischen Abgeordneten konnten sich die Delegationsmitglieder einen lebhaften Eindruck von der Wahlkreisarbeit dort und der Struktur der Regierungspartei People's Action Party verschaffen.

In Berlin empfing die Parlamentariergruppe zahlreiche hochrangige thailändische Gäste, unter anderem den Außenminister und die Ministerpräsidentin. Ein Delegationsbesuch burmesischer Abgeordneter im Juni 2013 diente der weiteren Vertiefung der bilateralen parlamentarischen Kontakte.

Deutsch-Australisch-Neuseeländische Parlamentariergruppe

Ungeachtet der großen geographischen Entfernung ist es das besondere Anliegen der Parlamentariergruppe, die Beziehungen zu den Parlamenten der beiden Partnerstaaten zu pflegen und zu intensivieren. Diesem Ziel diente insbesondere auch eine Delegationsreise im Februar

2012, die vom australischen Westen über Queensland nach Wellington und Auckland in Neuseeland verlief, um Gespräche mit australischen und neuseeländischen Abgeordneten zu führen und sich über ausgewählte Projekte aus ganz unterschiedlichen Politikfeldern zu informieren. So besichtigte die Delegation unter wirtschafts- und umweltpolitischen Fragestellungen eine Kupfer- und Goldmine sowie eine ebenfalls in Westaustralien gelegene Wellenkraft-Versuchsanlage zur Gewinnung von Energie. Ebenso eindrucksvoll für die Abgeordneten war der Informationsbesuch in einem der sich weltweit am längsten in Betrieb befindlichen Geothermiekraftwerke auf der Nordinsel Neuseelands. In den Gesprächen der Delegation ging es neben außenpolitischen und bilateralen Themen um die Krise der Euro-Region, die Wirtschaftspolitik im asiatischen Raum sowie um erneuerbare Energien und den Rohstoffabbau, der vor allem in Australien von Interesse war. Ebenso wurden arbeitsmarkt- und sozialpolitische Fragen erörtert, insbesondere mit dem Fokus auf der Migrationspolitik in beiden Ländern und der Frage des Umgangs mit den indigenen Bevölkerungen. Sowohl in Australien als auch in Neuseeland wurden die Bundestagsabgeordneten von hochrangigen Gesprächspartnern empfangen.

Deutsch-Baltische Parlamentariergruppe

(Estland, Lettland, Litauen)

Die Parlamentariergruppe pflegt enge Kontakte zu den Parlamenten der drei baltischen Länder und trifft regelmäßig in Berlin mit deren Botschaftern sowie Besuchern aus Politik und Zivilgesellschaft zusammen. Einen festen Bestandteil der Kontakte bilden auch die Treffen mit den Teilnehmern am Internationalen Parlamentsstipendium des Bundestages aus Estland, Lettland und Litauen und deren Einbeziehung in die Aktivitäten der Parlamentariergruppe. Von besonderer Herzlichkeit waren die Begegnungen mit den jeweiligen Partnergruppen geprägt: sowohl bei den beiden Delegationsreisen im September 2012 nach Lettland und Estland sowie im Mai 2013 nach Litauen als auch beim Besuch einer Delegation der Lettisch-Deutschen Parlamentariergruppe im April 2013 in Deutschland. Wiederkehrende Gesprächsthemen sind in erster Linie der erfolgreiche Integrationsprozess in die Europäische Union sowie der Bereich Energieversorgung und Energiesicherheit. Alle drei baltischen Länder leiden ferner unter der Abwanderung junger, zumeist gut ausgebildeter Menschen und befassen sich mit der Frage, wie diese Entwicklung gestoppt beziehungsweise rückgängig gemacht werden könnte. Sowohl bei den Gesprächen der Bundestagsdelegation in Riga als auch im Rahmen des Besuchs der lettischen Parlamentarier in Berlin ging es außerdem um die Erholung der lettischen Wirtschaft, nachdem es 2009 beinahe zur Zahlungsunfähigkeit gekommen wäre. Die lettische Seite verwies darauf, dass das Land nun alle Konvergenzkriterien erfülle und somit für den 1. Januar 2014 den Beitritt zur Eurozone plane. Großes Interesse zeigten die lettischen Abgeordneten an der Funktions- und Wirkungsweise parlamentarischer Kontrolle im Hinblick auf die Europapolitik der Bundesregierung und an der frühzeitigen Information des Bun-

destages über Rechtsetzungsvorhaben der Europäischen Union. In diesem Zusammenhang sprachen sie mit Mitgliedern des Europaausschusses des Bundestages sowie mit den Zuständigen der Bundestagsverwaltung. Die Delegationsreise der Parlamentariergruppe im Mai 2013 nach Vilnius stand ganz im Zeichen der Vorbereitung der erstmaligen Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Litauen.

Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Parlamentariergruppe

Eine Delegationsreise dieser Parlamentariergruppe im Februar 2013 ins Partnerland Belgien fand im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise in den Staaten der Eurozone statt. Die Abgeordneten erörterten neben wirtschafts- und energiepolitischen Themen auch die Entwicklung des belgischen Föderalstaates und diskutierten, inwieweit das deutsche duale Ausbildungssystem für den europäischen Nachbarstaat Modellcharakter haben könnte. Das Thema des „Eisernen Rheins“ (der grenzüberschreitenden Schienenverbindung zwischen dem Hafen von Antwerpen und dem Ruhrgebiet) kam ebenso zur Sprache wie Belgiens Vorbereitungen der Veranstaltungen zum Gedenken der Opfer des Ersten Weltkrieges in den kommenden Jahren 2014 bis 2018.

Parlamentariergruppe Bosnien und Herzegowina

Die Parlamentariergruppe verfolgte im Berichtszeitraum auch weiterhin das Ziel, Bosnien und Herzegowina auf dem Weg der Annäherung an die Europäische Union zu begleiten und zu unterstützen. Während einer Delegationsreise der Parlamentariergruppe im Mai 2012 nach Sarajewo hatten die Bundestagsabgeordneten Gelegenheit, in zahlreichen Gesprächen mit Mitgliedern des dortigen Parlaments und der Regierung den Stand der EU-Integration zu erörtern. In diesem Zusammenhang wurden auch die Themen wirtschaftliche Entwicklung, Reformprozesse und Korruptionsbekämpfung angesprochen. Trotz eines klaren Bekenntnisses der bosnischen Gesprächspartner zur EU-Integration zeigten sich in den recht offen geführten Gesprächen die bekannten unterschiedlichen Auffassungen der einzelnen Volksgruppen im Hinblick auf eine einheitliche innere Struktur des Gesamtstaates Bosnien und Herzegowina. In diesem Zusammenhang machten die Bundestagsabgeordneten erneut sehr deutlich, dass die Europäische Union nur mit einem Gesamtstaat Bosnien und Herzegowina, nicht aber mit unterschiedlichen Entitäten verhandeln werde.

Eine bosnische Parlamentarierdelegation nutzte ihren Gegenbesuch im November 2012 in Deutschland, die in Sarajewo begonnenen Gespräche zu Fragen der EU-Integration fortzuführen. Sie informierte sich zudem über das deutsche parlamentarische Regierungssystem, demokratische Institutionen und parlamentarische Verfahren. Von besonderem Interesse waren unter anderem das föderale System der Bundesrepublik Deutschland, das Justizwesen, der Aufbau der Polizei sowie das Zusammenwirken von Politik und Gewerkschaften. Die bosnischen Abgeordneten führten hierzu Gespräche mit dem Präsidenten

des Landtags von Brandenburg sowie der Bevollmächtigten des Landes Brandenburg, Vertretern des Bundesrats, des Justiz- und des Innenministeriums, mit dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses und Vertretern des Innenausschusses des Deutschen Bundestages.

Deutsch-Britische Parlamentariergruppe

Während einer Delegationsreise der Parlamentariergruppe im März 2012 nach Edinburgh und London hatten die Bundestagsabgeordneten in der schottischen Hauptstadt zahlreiche Gespräche mit Mitgliedern des dortigen Parlaments und der Regierung über das für 2014 geplante Referendum zu einer möglichen Unabhängigkeit Schottlands von Großbritannien und die damit verbundenen Chancen und Risiken. Sowohl Befürworter als auch Kritiker der Unabhängigkeit verdeutlichten, der schottische Nationalstolz sei keineswegs aggressiv, vielmehr im Grundtenor europafreundlich. Im Parlament des Vereinigten Königreichs und bei weiteren Gesprächen in London sowie bei der 62. Königswinter Konferenz in Oxford wurden durchaus die fundamental unterschiedlichen Sichtweisen der Rolle der Europäischen Union deutlich. Statt einer weiteren Vertiefung und Integration der EU wurde von britischer Seite ihre Funktion als Garant eines europäischen Binnenmarktes betont.

Deutsch-Bulgarische Parlamentariergruppe

Das besondere Augenmerk dieser Parlamentariergruppe lag im Berichtszeitraum auf der Entwicklung des Partnerlandes seit seinem Beitritt zur Europäischen Union. So standen während einer Delegationsreise nach Bulgarien im März 2012 vor allem Fragen nach der Erfüllung der EU-Vorgaben in den Bereichen Justizreform, Bekämpfung der Korruption und der Organisierten Kriminalität im Mittelpunkt der Gespräche. Dabei ging es insbesondere um den aktuellen Zwischenbericht der EU vom Februar 2012 sowie um den geplanten Beitritt Bulgariens zum Schengen-Verbund. Zwar würdigten die deutschen Abgeordneten die Leistungen der Regierung Bulgariens bei der Implementierung der Schengen-Bedingungen, zeigten sich jedoch skeptisch im Hinblick auf den Stand des Reformprozesses. Der Mechanismus für Kooperation und Verifikation müsse fortgesetzt, das Gerichtswesen weiter reformiert werden, lautete ein Fazit der Delegationsmitglieder.

Auch während des Gegenbesuchs von bulgarischen Abgeordneten im November 2012 in Deutschland wurde das Thema des angestrebten Beitritts Bulgariens zum Schengen-Abkommen ausführlich erörtert. Die deutschen Gesprächspartner signalisierten Verständnis für die Bedeutung dieses Themas auf bulgarischer Seite, brachten aber ihre „kritische Solidarität“ deutlich zum Ausdruck. Ein weiteres Themenfeld bildeten die jüngsten EU-Verhandlungen zum Haushaltsrahmen 2014 bis 2020. Der Besuch im Wahlkreis des Vorsitzenden der Parlamentariergruppe stand hingegen im Zeichen der Energiewirtschaft. Die bulgarische Delegation besichtigte im Braunkohlekraftwerk Schwarze Pumpe die Pilotanlage zur CO₂-Abscheidung, ein Verbrennungsverfahren für Braun- und Stein-

kohle zur Anwendung in Großkraftwerken. Ferner informierte man sich über eine innovative Windenergielösung in Lauchhammer.

Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe

Im Berichtszeitraum reiste eine Delegation dieser Parlamentariergruppe im Juni/Juli 2013 in ihr Partnerland. Im Mittelpunkt der Gespräche dort standen die großen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen, vor denen China steht. Die Delegation informierte sich in Peking, Yichang und Chongqing über die Strategie der Urbanisierung, mit der es gelingen soll, immer mehr Menschen „ein Leben in bescheidenem Reichtum“ zu ermöglichen. Gleichzeitig ist es Ziel der Partei- und Staatsführung, die Binnennachfrage zu stärken, um so die Gefahr einer einseitigen Exportorientierung der Wirtschaft zu verringern. Bei Gesprächen mit Bürgerrechtsanwälten, Vertretern der Nichtregierungsorganisation „Little Bird“ und mit Vertretern der deutschen politischen Stiftungen wurde deutlich, dass viele Wanderarbeiter nach wie vor unter oft menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten und leben. Beim Besuch des Drei-Schluchten-Damms wurde auf der einen Seite dessen große Bedeutung bei der Flutkontrolle des Yangtze-Flusses und bei der Energieversorgung des Landes deutlich, andererseits thematisierte die Bundestagsdelegation das Schicksal der unzähligen Menschen, die wegen des Staudammprojektes umgesiedelt wurden. Die Abgeordneten informierten sich in Peking über die Pläne der chinesischen Partei- und Staatsführung zur Konvertierbarkeit des Renminbi, der Währung der Volksrepublik China. Sowohl in Peking als auch in einer Reihe von Gesprächsterminen in Berlin unterstrich die chinesische Seite das Interesse der Volksrepublik an einer Stabilisierung der Entwicklung des Euro-Raumes und würdigte die Rolle der Bundesregierung bei diesem Thema.

Parlamentariergruppe Englisch- und Portugiesischsprachige Staaten West- und Zentralafrikas

(Gambia, Ghana, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Nigeria, Sierra Leone)

Mit ihrer Reise nach Nigeria und Liberia im März 2013 verfolgte die Delegation das Ziel, sich von Fortschritten beim Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen und einer für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung notwendigen Infrastruktur zu überzeugen. Sowohl in dem noch von den Folgen eines Bürgerkrieges geprägten Liberia als auch in dem nach einer langen Phase autoritärer Militärherrschaft weiterhin instabilen Nigeria bestehen im Bereich Rechtsstaatlichkeit ebenso wie bei der Grundversorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern noch große Herausforderungen. Die weitverbreitete Korruption behindert eine positive Entwicklung beider Länder. In Lagos, einer der bevölkerungsreichsten Städte der Welt, sprachen die Mitglieder der Parlamentariergruppe mit Selbsthilfeinitiativen von Slum-Bewohnern, die nicht nur die Notlage der Armen, sondern auch ihre erfolgreiche Strategie zur schrittweisen Verbesserung der Lebensverhältnisse schilderten. Die staatlichen Institutio-

nen seien weder willens noch in der Lage, die Lebensbedingungen der Slum-Bewohner grundlegend zu verbessern. Auch wurde während des gesamten Aufenthaltes in Nigeria deutlich, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung von den erheblichen Erträgen aus der Erdölförderung und aus dem Export anderer Rohstoffe profitiert.

Nach dem von 1989 bis 2003 andauernden Bürgerkrieg musste in Liberia das gesamte politische, ökonomische und soziale Gefüge neu aufgebaut werden. Der Bürgerkrieg wurde seinerzeit auch durch den noch andauernden Einsatz der UN-Mission in Liberia beendet. Vertreter der Vereinten Nationen und von Nichtregierungsorganisationen berichteten der Delegation von Fortschritten bei der Befriedung des Landes. Die Mitglieder der Parlamentariergruppe gewannen auch in Liberia den Eindruck, dass der Ressourcenreichtum des Landes nicht in angemessener Weise zum Aufbau staatlicher Infrastruktur und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Gesamtbevölkerung genutzt wird.

Der Besuch einer Delegation Kap Verdischer Abgeordneter war den thematischen Schwerpunkten maritime Wirtschaft, Auswirkungen des Klimawandels auf Inselstaaten und Förderung des Tourismus gewidmet. In zahlreichen Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten, Vertretern von Bundesministerien, anderen Experten und dem Managing Director der Hamburg Port Authority konnte die Delegation wertvolle Kontakte knüpfen und konkrete Anregungen für die Gestaltung des Tourismus sowie zur Stärkung der Hafен- und Schifffahrtsstruktur von Kap Verde mit nach Hause nehmen.

Deutsch-Französische Parlamentariergruppe

Die Parlamentariergruppe ist ein wichtiges Bindeglied in den besonders intensiven und vielschichtigen Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Französischen Nationalversammlung. Ziel der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe ist es, durch den offenen Meinungsaustausch zu politisch relevanten Themen und in persönlichen Kontakten das Verständnis für die Positionen des Partnerlandes zu vertiefen. Dabei spielt das Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung Deutschlands und Frankreichs für die Entwicklung der Europäischen Union eine maßgebliche Rolle. In dieser Rahmensezung und mit Blick auf die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise in den Euro-Staaten haben die Freundschaftsgruppen des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale im Berichtszeitraum Fragen der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten gestellt.

Ihre Mitglieder führten im Dezember 2011 in Frankfurt/Main gemeinsam Gespräche mit Vertretern der Deutschen Bundesbank, der Europäischen Zentralbank, der Deutschen Bank und dem Präsidenten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht über die Koordinierung der Haushalts- und Finanzpolitiken in der Europäischen Union, die Möglichkeiten einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik und der Haushaltskonsolidierung der Mitgliedstaaten der EU.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Arbeitslosigkeit in Frankreich und in der EU, von der Jugendliche in besonderem Maße betroffen sind, kam eine Delegation der Französisch-Deutschen Parlamentariergruppe im Mai 2013 zu Gesprächen über arbeitsmarktpolitische Themen nach Nürnberg und Bamberg. Bei einem Treffen mit dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit informierten sich die französischen Abgeordneten gemeinsam mit ihren Kollegen aus dem Bundestag über den Reformprozess der staatlichen Arbeitsvermittlung und arbeitsmarktpolitische Instrumente in Deutschland. Bei Besuchen in der Industrie- und Handelskammer und im Berufsbildungszentrum Nürnberg sowie in Ausbildungsbetrieben in Bamberg stand das System der dualen Berufsausbildung im Mittelpunkt des Interesses. Die französischen Abgeordneten zeigten sich insbesondere beeindruckt von den vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten, die sich Jugendlichen nach dem erfolgreichen Abschluss einer betrieblichen Berufsausbildung bieten.

Parlamentariergruppe Französischsprachige Staaten West- und Zentralafrikas

(Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gabun, Guinea, Kamerun, Republik Kongo, Mali, Niger, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik)

Im Mittelpunkt der Tätigkeit dieser Parlamentariergruppe stand der intensive persönliche Austausch von Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit Parlamentariern ihrer Partnerländer. So reiste eine Delegation der Parlamentariergruppe im Oktober 2011 zur Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire) und in die Republik Kongo, die zuletzt vor über zwanzig Jahren Ziel einer deutschen parlamentarischen Delegation gewesen war. Entsprechend hochrangig war der Empfang in Brazaville und groß das Interesse, auf welches die Bundestagsabgeordneten stießen. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Mitgliedern der Legislative, der Exekutive sowie diversen Nichtregierungsorganisationen und Oppositionspolitikern standen die aktuelle politische Situation und die wirtschaftliche Lage des Landes sowie der Stand des Demokratisierungsprozesses. Wiederholt wurde von den Gastgebern in den Gesprächen für eine Vertiefung der Beziehungen zu Deutschland geworben; insbesondere wünschten die kongolesischen Gesprächspartner ein stärkeres wirtschaftliches Engagement. Nachhaltigen Eindruck hinterließen sowohl der Besuch eines der größten Krankenhäuser sowie eines der größten Gefängnisse in Brazaville. Im Gegensatz zur Republik Kongo, die als stabiles, wenn auch wirtschaftlich nicht prosperierendes Land in dieser Region Afrikas gilt, wird in der Côte d'Ivoire nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte unter Premierminister Soro der Wiederaufbau mit hohem Tempo vorangetrieben. Schwerpunkte der Unterredungen der Delegation, die auch hier hochrangig wahrgenommen wurde, waren der politische und wirtschaftliche Neuanfang nach Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen im Land und nach der internationalen Anerkennung von Alassane Quattara als Präsidenten der Côte d'Ivoire.

Vorrangiges Ziel einer Delegationsreise der Parlamentariergruppe nach Gabun im Februar 2013 war es, in Be-

gegnungen mit Parlamentariern, hochrangigen Regierungsvertretern sowie Vertretern von internationalen und nationalen Organisationen Fragen zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Gabuns zu erörtern. Gabun gilt als politisch stabil und ist eines der reichsten Länder Afrikas südlich der Sahara; jedoch lebt ungefähr ein Drittel der Bevölkerung in extremer Armut. Die Delegationsmitglieder fragten ihre Gesprächspartner aus Parlament, Exekutive, Wirtschaft und Gesellschaft insbesondere danach, worin sie die Ursachen für diese Entwicklung Gabuns sehen. Darüber hinaus informierten sich die Bundestagsabgeordneten über den Umgang mit den Ressourcen des Landes, welches als eines der rohstoffreichsten der Region gilt und zudem einer der größten Tropenholzexporteure Afrikas ist.

Ein bedeutendes Thema während des Besuchs einer Delegation malischer Abgeordneter in Deutschland im Juni 2013 war die sicherheitspolitische Lage kurz vor den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen am 28. Juli 2013. Vor allem die Situation der von einer Rebellengruppe besetzten Stadt Kidal und die abweichenden Positionen Malis und Frankreichs zum Umgang damit wurden intensiv erörtert. Zudem ging es in einer Reihe von Gesprächen um die wirtschaftliche Situation Malis, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Zusammenarbeit mit Deutschland.

Deutsch-Griechische Parlamentariergruppe

Während des Besuchs einer griechischen Parlamentarierdelegation im November 2011 in Berlin wurde in zahlreichen Gesprächen unterstrichen, wie wichtig gerade in Krisenzeiten die Fortführung des Dialogs auf allen Ebenen ist. Man war sich einig, dass sich der gute Kontakt zwischen den Parlamenten während der griechischen Finanzkrise und der Euro-Krise in besonderem Maße bewährt. Es wurde angeregt, den Jugend- und Studentenaustausch trotz der aktuellen finanzpolitischen Schwierigkeiten nicht zu vernachlässigen. Gleiches galt für Kooperationen im Freiwilligenbereich wie etwa im Katastrophenschutz. Es wurde deutlich, dass eine kurzfristige Lösung der griechischen Finanzkrise und die Umsetzung der erforderlichen Strukturreformen nicht zu erwarten ist. Sowohl deutsche als auch griechische Gesprächspartner gingen von einer etwa zehnjährigen Übergangsphase aus.

Deutsch-Italienische Parlamentariergruppe

Bei einer Delegationsreise nach Mailand und Rom im April 2012 standen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage Italiens, insbesondere die beunruhigend hohe Jugendarbeitslosigkeit, im Mittelpunkt des Interesses. Die politischen Konzepte der Bundesregierung zur Bewältigung der Euro-Schuldenkrise wurden – je nach politischer Richtung – von den italienischen Gesprächspartnern sehr unterschiedlich bewertet. Der Aufenthalt in Mailand diente unter anderem dazu, sich über die Situation deutscher Unternehmen in Italien und über regionale Spannungen zwischen wohlhabenden und ärmeren Regionen Italiens zu informieren. In Gesprächen mit Abgeordneten der Camera dei deputati informierten sich die

deutschen Abgeordneten über die in einem dynamischen Wandel befindliche Parteienlandschaft Italiens. Das Thema deutsch-italienische Kooperation im Rahmen des Kampfes gegen Organisierte Kriminalität spielte nicht nur bei Gesprächen in Rom, sondern auch immer wieder bei bilateralen Treffen in Berlin eine wichtige Rolle. Bei einem Besuch der in den Abruzzen gelegenen Ortschaften L'Aquila und Onna, die 2009 von einem verheerenden Erdbeben betroffen waren, hatte die Delegation die Möglichkeit, sich vom Vorankommen der auch von Deutschland unterstützten Wiederaufbauarbeiten zu überzeugen.

Deutsch-Iranische Parlamentariergruppe

Eine Delegation dieser Parlamentariergruppe reiste im Oktober 2012 nach Teheran und Isfahan zu Gesprächen über die Themen Einhaltung der Menschenrechte, internationale Sanktionen, bilaterale Kooperation zwischen Hochschulen sowie Rechte der religiösen Minderheiten im Iran. Über diese Themen sprach die Delegation mit Abgeordneten aus dem iranischen Parlament – darunter Mitglieder der Iranisch-Deutschen Freundschaftsgruppe, Vertreter für die religiösen Minderheiten, ein oppositioneller Abgeordneter aus der Arbeiterbewegung sowie die Vorsitzenden des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Nationale Sicherheit und Auswärtige Angelegenheiten – und mit Vertretern des iranischen Außenministeriums. Mit der Leitung der Universität Isfahan wurden Möglichkeiten zum Ausbau der universitären Kooperation erörtert.

Deutsch-Koreanische Parlamentariergruppe

Eine Delegation dieser Parlamentariergruppe besuchte im Oktober 2012 die koreanische Halbinsel. In den offiziellen Gesprächen in Nordkorea wurde den Abgeordneten ein von den realen Lebensbedingungen in Nordkorea stark abweichendes Bild der Lage vermittelt. Die Ursachen für nicht zu leugnende Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung wurden ausschließlich der destruktiven Politik Südkoreas und der USA zugeschrieben. Bei der Vorbereitung des Aufenthaltes in Nordkorea hatte die Deutsch-Koreanische Parlamentariergruppe großen Wert darauf gelegt, von Deutschland geförderte Projekte außerhalb der Hauptstadt Pjöngjang und ein regionales Krankenhaus zu besuchen. Der Besuch des Krankenhauses, eines Fluthilfeprojektes und einer Initiative zur Verbesserung der Nahrungsmittelsituation der Deutschen Welthungerhilfe ermöglichten es, ein der Realität angenähertes Verständnis des Lebens der überwiegenden Zahl der Menschen in Nordkorea zu gewinnen, die nicht der privilegierten politischen Nomenklatur angehören. Bei Gesprächen mit Abgeordneten der Südkoreanischen Nationalversammlung in Seoul zeigten diese starkes Interesse am Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands, wie die Mitglieder der Parlamentariergruppe dies auch von ihren Zusammentreffen mit südkoreanischen Gästen in Berlin kennen. Es wurde jedoch immer wieder deutlich, dass die historischen und politischen Bedingungen einer eventuellen Wiedervereinigung Süd- und Nordkoreas nicht mit denen der deutschen Wiedervereinigung

vergleichbar sind. Bei Treffen mit Vertretern von Think Tanks und politischen Stiftungen wurden in Südkorea Fragen der perspektivischen Entwicklung der koreanischen Halbinsel und der instabilen Lage in Südostasien erörtert. Besondere Beachtung fand hierbei die Rolle der Volksrepublik China. Die Teilnahme am 11. Deutsch-Koreanischen Forum im südkoreanischen Goseong nahe der Demarkationslinie trug zur Intensivierung der bilateralen politischen Beziehungen bei.

Deutsch-Kroatische Parlamentariergruppe

Der Schwerpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe im Berichtszeitraum lag in der Unterstützung der Reformprozesse in Kroatien im Hinblick auf die Integration des Landes in die Europäische Union. In den zahlreichen Gesprächsterminen der Abgeordneten in Berlin erfolgte ein ständiger Austausch über die Fortschritte der Annäherung, aber auch über die Vor- und Nachteile der Aufnahme von neuen Mitgliedstaaten. Die EU-Erweiterung war auch Thema einer Delegationsreise der Parlamentariergruppe nach Zagreb im April 2013. Den in Kroatien aufgrund einiger deutscher Medienberichte entstandene Eindruck, die Ratifizierung des Beitrittsvertrages könne in Deutschland in Frage gestellt werden, konnten die Bundestagsabgeordneten in ihren Gesprächen mit Vertretern des kroatischen Parlaments und der Regierung ausräumen. Die Delegationsmitglieder bekräftigten, dass es eine breite Mehrheit im Deutschen Bundestag für den kroatischen Beitritt gibt. Darüber hinaus erfolgte ein Gedankenaustausch über wirtschafts- und kulturpolitische Fragestellungen.

Parlamentariergruppe Maghreb-Staaten

(Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien, Tunesien)

Im Rahmen einer Delegationsreise nach Tunesien im März 2013 informierten sich Mitglieder dieser Parlamentariergruppe über die Fortschritte des Transformationsprozesses nach den Ereignissen des sogenannten Arabischen Frühlings. In zahlreichen Gesprächen mit Parlamentariern und Regierungsvertretern wurde die innen- und wirtschaftspolitische Lage des Landes erörtert. Auch war es möglich, sich über Menschenrechtsfragen und die Situation der Übergangsjustiz auszutauschen. In Gesprächen mit Vertretern der tunesischen Parteien wurden darüber hinaus die unterschiedlichen Positionen zur derzeitigen Situation deutlich.

Während des Besuchs einer Delegation des Abgeordnetenhauses des Königreichs Marokko in Deutschland im April 2013 wurden aktuelle innen- und außenpolitische Themen mit Abgeordneten verschiedener Bundestagsausschüsse sowie mit Vertretern von Ministerien und Nichtregierungsorganisationen erörtert. Darüber hinaus wurden Themen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, unter anderem im Bereich erneuerbarer Energien, sowie tourismusrelevante Aspekte angesprochen. Aufgrund verschiedener Reformvorhaben in Marokko, die zur Stärkung der Regionen führen sollen, hatte die Delegation besonderes Interesse am föderalen System der Bundesrepublik

Deutschland. Dazu trafen die marokkanischen Gäste Vertreter des Bundesrates sowie des brandenburgischen Landtages.

Deutsch-Mexikanische Parlamentariergruppe

Die Delegationsreise dieser Parlamentariergruppe in ihr Partnerland im Oktober 2011 war bereits vom Vorwahlkampf der allgemeinen Wahlen für das Amt des Staatspräsidenten, des Senats und der Abgeordnetenkammer am 1. Juli 2012 geprägt. Die politische Debatte drehte sich um die möglichen Kandidaten der drei großen Parteien. Neben dem Hauptstadtdistrikt besuchte die Delegation die Bundesstaaten Guerrero, Oaxaca sowie den Bundesstaat Mexiko und sprach unter anderem mit den dortigen Gouverneuren, denen im politischen System Mexikos eine herausragende Stellung zukommt. In Guerrero trafen sich die Bundestagsabgeordneten zudem mit dem Preisträger des Amnesty International Menschenrechtspreises, Abel Barrera Hernández, der sich in seinem Bundesstaat für die Rechte der indigenen Bevölkerung einsetzt und den die Parlamentariergruppe bereits von Begegnungen in Berlin her kannte. Die angespannte Sicherheitslage und der Kampf gegen die Drogenkartelle und die Organisierte Kriminalität, für den seit 2006 auch die Streitkräfte im Innern eingesetzt werden, sowie die in diesem Zusammenhang immer wieder erhobenen Vorwürfe von Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung waren weitere Themen der Reise. Vertreter deutscher Unternehmen zeigten sich zufrieden mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Mexiko und blickten optimistisch in die Zukunft.

Deutsch-Niederländische Parlamentariergruppe

Diese Parlamentariergruppe konzentriert sich auf den Meinungsaustausch zwischen den Abgeordneten beider Länder und stellt dabei Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Im März 2012 führte eine Delegation der Deutsch-Niederländischen Parlamentariergruppe in Amsterdam, Den Haag und Rotterdam Gespräche über energie- und verkehrspolitische Themen sowie den Kulturaustausch und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern. Die steigende Zahl deutscher Studenten in den Niederlanden war Anlass, ihre Situation bei einem Treffen mit dem Präsidenten, Professoren und Studenten der Universität Groningen zu beleuchten.

Beim Berlin-Besuch einer Delegation der Kontaktgruppe Deutschland der Zweiten Kammer des Niederländischen Parlaments im Juni 2013 informierten sich die niederländischen Abgeordneten in Gesprächen im Deutschen Bundestag, im Bundespräsidialamt und im Auswärtigen Amt über das Zusammenspiel der verschiedenen Verfassungsorgane im Bereich der Außen- und Europapolitik. Im Gespräch mit Mitgliedern der Deutsch-Niederländischen Parlamentariergruppe diskutierten sie mit Blick auf eine engere Abstimmung der nationalen Parlamente bei Entscheidungsprozessen auf EU-Ebene die europapolitischen Kompetenzen des Bundestages.

Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe*(Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden)*

Auch in diesem Berichtszeitraum pflegte die Parlamentariergruppe einen regelmäßigen und intensiven persönlichen Informationsaustausch mit den Mitgliedern der befreundeten Parlamente. Neben den alljährlichen Treffen aller Botschafter der Nordischen Staaten mit Mitgliedern der Parlamentariergruppe in Berlin gehörte eine Delegationsreise auf die zum Königreich Dänemark gehörenden Färöer-Inseln und nach Norwegen im Juni 2012 zu den Höhepunkten der Arbeit der Parlamentariergruppe. Die Bundestagsabgeordneten wollten sich mit dieser Reise über die rechtliche Stellung der Färöer-Inseln, die eine autonome Politik innerhalb der dänischen „Reichsgemeinschaft“ betreiben, im Vergleich zum übrigen Dänemark und innerhalb der Europäischen Union informieren und sich einen Eindruck von der die Wirtschaft dominierenden Fischereiproduktion verschaffen.

In Norwegen interessierte sich die Delegation in Gesprächen mit Mitgliedern des Parlaments und der Regierung in erster Linie dafür, wie die norwegische Gesellschaft die Anschläge vom 22. Juli 2011 verarbeitet hat. Darüber hinaus ging es um die Frage, welche Strategien Norwegen beim Einsatz erneuerbarer Energien verfolgt. Zudem stand das Thema der Förderung von Frauen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Mittelpunkt des Interesses.

Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe

Bei allen Gesprächen und Kontakten der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe spielen die besonderen Belastungen der bilateralen Beziehungen seit der Zeit des Zweiten Weltkrieges eine gewichtige Rolle. Gleichzeitig wird das Bemühen fast aller Gesprächspartner deutlich, bei der Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen zukunftsorientiert zu agieren, ohne die Vergangenheit aus dem Bewusstsein zu verlieren. Bei Gesprächen im polnischen Parlament, dem Sejm der Republik Polen, während einer Delegationsreise im Juli 2012 betonte die polnische Seite, das nicht dem Euro-Raum angehörende Polen unterstütze die Rolle der Bundesrepublik bei der Stabilisierung des Euro und beim Ziel der sparsamen Haushaltsführung. Eindringlich warnten Abgeordnete des polnischen Parlaments vor einem Auseinanderdriften der Staaten des Euro-Raumes und derjenigen Länder, die dem Euro bisher nicht beigetreten sind, und sprachen von einer Scharnierfunktion Polens zwischen diesen beiden Staatengruppen.

Im Rahmen der Delegationsreise, die auch nach Olsztyn (Allenstein) und Białystok führte, konnten sich die Bundestagsabgeordneten in der strukturschwachen Woiwodschaft Ermland-Masuren davon überzeugen, dass Mittel aus dem Kohäsionsfonds der Europäischen Union für nachhaltige und die wirtschaftliche Entwicklung fördernde Projekte eingesetzt werden. Die Energiepolitik erwies sich nicht nur während der Delegationsreise, sondern auch in zahlreichen Gesprächen in Berlin als dasjenige Themenfeld, auf dem es die größten Differen-

zen gibt. Die starke Fokussierung auf Energiesicherheit und das Erreichen einer von ausländischen Lieferanten unabhängigen Energieversorgung fördern in Polen sowohl die Idee des Baus weiterer Atomkraftwerke als auch des Fracking zur Erschließung heimischer Schiefergasvorkommen. Wegen des hohen Anteils von Energie, die durch die Verstromung heimischer Kohle in häufig nicht dem neuesten Stand der Technik entsprechenden Kraftwerken gewonnen wird, steht Polen der Festlegung ambitionierter Vorgaben zur Verminderung des CO₂-Ausstoßes durch die Europäische Union kritisch gegenüber.

Deutsch-Österreichische Parlamentariergruppe

Die engen Verflechtungen und die kulturelle Nähe zwischen Deutschland und Österreich prägen das Verhältnis der Mitglieder dieser Parlamentariergruppe zu ihrer österreichischen Partnergruppe. Im September 2012 reiste eine Delegation der Parlamentarischen Gruppe Österreich-Deutschland zu Gesprächen nach Deutschland. Die österreichischen Abgeordneten informierten sich in Pirna, Dresden und Berlin über die Abgrenzung der Kompetenzen der Gebietskörperschaften und über den Stand der Umsetzung der Energiewende. Daneben wurden verkehrspolitische Fragen von bilateralem Interesse mit Mitgliedern des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages und mit Vertretern der Deutschen Bahn AG diskutiert.

Parlamentariergruppe Östliches Afrika*(Äthiopien, Burundi, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Ruanda, Somalia, Sudan, Uganda)*

Im Mittelpunkt der Tätigkeit dieser Parlamentariergruppe steht die beständige Begleitung demokratischer Prozesse in der Region, die auch im Berichtszeitraum Schauplatz diverser ethnischer und nationaler Konflikte war. Um sich einen eigenen Eindruck von den Unabhängigkeitsbestrebungen der Republik Südsudan zu verschaffen, reiste eine Delegation der Parlamentariergruppe im Mai 2012 in den Sudan sowie zum Sitz der Ostafrikanischen Gemeinschaft nach Arusha in Tansania.

In ihren Gesprächen mit Parlamentariern, Vertretern der Regierung sowie diverser Nichtregierungsorganisationen ging es vor allem um die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Sudan und dem Südsudan. Insbesondere wurden die Differenzen um die Ölleitungen und der Zugang zu den Ölquellen erörtert. Die Bundestagsabgeordneten informierten sich im Südsudan über den Aufbau des Staatswesens und erhielten einen Eindruck von dem ausgeprägten Potenzial der dortigen Landwirtschaft.

In Tansania führte die Delegation Gespräche mit den Repräsentanten der Ostafrikanischen Gemeinschaft. Ihr wurde die Gelegenheit gegeben, die East African Legislative Assembly sowie den Gerichtshof zu besuchen. Gegenstand der Gespräche hier war insbesondere, welche Rolle die einzelnen Mitgliedstaaten bei der weiteren Entwicklung der Ostafrikanischen Gemeinschaft spielen.

Deutsch-Portugiesische Parlamentariergruppe

Die schwerwiegende Wirtschaftskrise in Portugal, der angestoßene Reformprozess und die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt beherrschten die Gespräche sowohl bei der Delegationsreise der Deutsch-Portugiesischen Parlamentariergruppe im April 2012 nach Lissabon und Porto als auch den Besuch einer Delegation der Portugiesisch-Deutschen Parlamentariergruppe in Baden-Württemberg und Berlin im März 2013. Dabei wurden der über Parteigrenzen hinausgehende Konsens und die Entschlossenheit der verschiedenen Akteure von Regierung, Opposition sowie Gewerkschaften zur Zusammenarbeit deutlich. Begegnungen mit Vertretern verschiedener Unternehmen aus dem Bereich der Automobil- und Zuliefererindustrie zeigten vielversprechende Ansätze für eine wirtschaftliche Erholung auf. Beim Besuch der portugiesischen Delegation stand das Thema der dualen beruflichen Ausbildung im Mittelpunkt. Dazu wurden eine gewerbliche Schule und unterschiedliche Ausbildungsbetriebe aufgesucht. Das Thema wurde durch Gespräche mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Bundestag, Vertretern des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie von Verbänden und Gewerkschaften vertieft. Daneben ging es bei Begegnungen mit dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und dem für die EU zuständigen Staatsminister um Fragen der künftigen Entwicklung der EU.

Deutsch-Rumänische Parlamentariergruppe

Vor allem der weiteren Vertiefung der freundschaftlichen und engen Beziehungen zwischen den beiden Parlamenten diente eine Delegationsreise im Juni 2012 nach Rumänien unmittelbar nach dem Amtsantritt der dortigen sozialdemokratischen Regierung. In den Gesprächen der Bundestagsabgeordneten, die sie mit Abgeordneten der Rumänisch-Deutschen Freundschaftsgruppe, dem Senatspräsidenten, dem Staatspräsidenten, dem Ministerpräsidenten und weiteren Regierungsmitgliedern führen konnten, ging es vor allem um die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise in Rumänien und den Prozess der EU-Integration Rumäniens. Zudem wurden Fragen der Automobilindustrie, der Verkehrsinfrastruktur sowie Aspekte des sozialen Sektors erörtert. Schließlich besuchte die Delegation u. a. auch die Schutzburg der Tabaluga-Stiftung für traumatisierte Kinder und Jugendliche in Rodes.

Parlamentariergruppe SADC-Staaten

(Angola, Botswana, Demokratische Republik Kongo, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Seychellen, Simbabwe, Südafrika, Swasiland, Tansania)

Seit Beginn der 17. Wahlperiode verfolgte diese Parlamentariergruppe mit besonderem Interesse die Entwicklung in Simbabwe. Das Land war daher im April 2012 erneut – nach einem Aufenthalt im vorangegangenen Berichtszeitraum – Ziel einer Delegationsreise, um sich einen unmittelbaren Eindruck von den Fortschritten des Reformprozesses zu verschaffen und an die zuvor begon-

nenen Gespräche mit Abgeordneten, Vertretern der Regierung und der Zivilgesellschaft anzuknüpfen. Zudem informierte sich die Delegation über den Stand der Vorbereitungen zur Abhaltung freier und fairerer Wahlen, mit denen in absehbarer Zukunft gerechnet wurde. Den Mitgliedern der Delegation war es ein wichtiges Anliegen, den simbabwischen Gesprächspartnern das anhaltende Interesse der Parlamentariergruppe an dem Demokratisierungsprozess deutlich zu machen. Darüber hinaus besuchten die Bundestagsabgeordneten Sambia, wo nach den Wahlen 2011 ein Beispiel für einen gelungenen Regierungsübergang auf dem afrikanischen Kontinent zu beobachten war. Die Delegation konnte nun einen eigenen Einblick in die Entwicklungen und Veränderungen des politischen und gesellschaftlichen Umfelds seit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen erhalten.

Der Besuch einer Delegation namibischer Abgeordneter in Deutschland im März 2013 diente dem Ausbau der bilateralen Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Parlament in Windhuk. Die Aufarbeitung der deutsch-namibischen Vergangenheit – insbesondere die Ermordung von Angehörigen der Völker der Herero und Nama unter der Kolonialherrschaft des Deutschen Kaiserreiches 1904/1905 – stand im Mittelpunkt einer ganzen Reihe von Gesprächen, die in offener und freundlicher Atmosphäre geführt wurden. Während ihres Aufenthalts in Berlin erfuhren die namibischen Abgeordneten davon, dass der lang gehegte Wunsch Namibias nach einem Ausbau des Goethe Zentrums in Windhuk zu einem Goethe Institut im Rahmen einer Plenardebatte von der Mehrheit des Bundestages unterstützt worden war.

Deutsch-Slowenische Parlamentariergruppe

Bei einer Delegationsreise nach Ljubljana und Maribor im Oktober 2012 standen die Agrarsubventionspolitik der Europäischen Union sowie die Nachbarschaftspolitik Sloweniens – insbesondere im Hinblick auf die Beziehungen zu Kroatien und die Ratifizierung des kroatischen EU-Beitrittsvertrages – im Mittelpunkt des Interesses. Die Bundestagsabgeordneten hatten ferner Gelegenheit, sich über die wirtschaftliche Lage sowie über beabsichtigte Reformen des Rentensystems, der Justiz und der Regelungen für ein Referendum zu informieren. Von Vertretern deutscher Unternehmen wurde die Delegation zum einen auf Defizite im Ausbildungssystem hingewiesen, zum anderen darauf, dass sich aufgrund schlechter Reputation in der Bevölkerung Jugendliche nur ungern für handwerkliche Berufsausbildungen entscheiden. Der Besuch in Maribor diente unter anderem dazu, sich über die wirtschaftliche Situation eines slowenischen Unternehmens zu informieren.

Deutsch-Spanische Parlamentariergruppe

Die Delegationsreise dieser Parlamentariergruppe in ihr Partnerland im Oktober 2012 fand in einer für Spanien sehr schwierigen Zeit statt: Zum einen hatte das Land mit den Auswirkungen der schweren Finanzkrise zu kämpfen; zum anderen hatte der seit langer Zeit schwelende Konflikt zwischen dem Zentralstaat und den Autonomen

Gemeinschaften an neuer Dynamik und Schärfe gewonnen, seit am 11. September 2012 in Barcelona rund eine Million Menschen an einer Protestkundgebung teilgenommen hatten. Dadurch hatte sich der Ministerpräsident der Autonomen Gemeinschaft Katalonien gezwungen gesehen, das Regionalparlament aufzulösen und für November 2012 vorgezogene Neuwahlen anzusetzen. In Madrid und Barcelona kam die Bundestagsdelegation zu Gesprächen mit Parlamentariern und Regierungsvertretern zusammen. Deutsche wie spanische Abgeordnete zeigten sich betroffen von dem Bild, das manche deutsche und spanische Medien von der jeweils anderen Seite zeichnen. Sie sprachen sich dafür aus, das Versäumnis bald nachzuholen, sich mit der Euro-Einführung nicht gleichzeitig auf eine Fiskal- und Wirtschaftsunion verständigt zu haben. Von spanischer Seite wurden wiederholt die vergleichsweise hohen Finanzierungskosten als Hemmnis für die wirtschaftliche Erholung angeführt. Die deutsche Seite warb für einen verstärkten Dialog zwischen den beiden großen politischen Lagern in Spanien. Bei Gesprächen mit den politischen Vertretern Kataloniens (unter anderem mit der Parlamentspräsidentin und dem Ministerpräsidenten) ging es in erster Linie um die Forderung nach der Unabhängigkeit Kataloniens und um die Haltung der Europäischen Union in dieser Frage.

Deutsch-Südamerikanische Parlamentariergruppe

(Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Paraguay, Peru, Suriname, Uruguay, Venezuela)

Die elf Partnerstaaten dieser Parlamentariergruppe verfügen zwar alle über wichtige Rohstoffvorkommen und einen großen Reichtum an Artenvielfalt, werden jedoch von höchst unterschiedlichen politischen und auch geographischen Bedingungen geprägt. Die Wirtschaften fast aller südamerikanischen Länder, die von der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise weniger stark betroffen waren, weisen ein stetiges Wachstum auf. Das Thema Energie nimmt in der Arbeit der Deutsch-Südamerikanischen Parlamentariergruppe eine zunehmend wichtige Rolle ein. So waren es auch Fragen der nachhaltigen Energieerzeugung, die sowohl bei einer Delegationsreise nach Venezuela, Chile und Argentinien im April 2012 als auch bei Deutschlandbesuchen einer uruguayischen Parlamentarierdelegation im Dezember 2011 sowie einer chilenischen Parlamentarierdelegation im November 2012 im Mittelpunkt standen. Das Besuchsprogramm für die chilenischen Parlamentarier beinhaltete Gespräche mit den Mitgliedern des Umweltausschusses des Bundestages, Verbandsvertretern, Wissenschaftlern und Firmen, die im Bereich Speichertechnik für Solarstrom tätig sind. Besonders eindrucksvoll war der Besuch eines sogenannten Bürgerwindrades in Ingersheim bei Ludwigsburg. Die Abgeordneten aus Uruguay hatten sich vor allem Zeit für das Thema Tagebergbau genommen, um sich über Möglichkeiten einer gerechten und umweltverträglichen Ausbeutung von Eisenerzvorkommen im eigenen Land zu informieren.

Weitere Themen bei der Delegationsreise der Parlamentariergruppe im Frühjahr 2012 waren die demokratische Entwicklung in den besuchten Ländern, Teilhabe an be-

ziehungsweise Zugang zu Bildung sowie Zusammenarbeit im wissenschaftlich-technischen Bereich. In vielen Ländern Südamerikas besteht darüber hinaus großes Interesse am dualen Ausbildungssystem in Deutschland. Es werden Überlegungen angestellt, wie dieses System den eigenen Bedürfnissen angepasst werden kann, um dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel der im Wachstum begriffenen Volkswirtschaften begegnen zu können.

Deutsch-Südasiatische Parlamentariergruppe

(Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Pakistan, Sri Lanka)

Themen wie Demokratiepoltik und Menschenrechte stehen regelmäßig im Mittelpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe. In den beiden Partnerländern Republik Malediven und Königreich Bhutan entwickelten sich in den vergangenen Jahren Demokratisierungsprozesse, die im Jahr 2008 in beiden Ländern zu den ersten freien Mehrparteienwahlen führten. Eine maledivische Parlamentarierdelegation nutzte daher ihren Besuch in Deutschland im September 2012, um sich über das deutsche parlamentarische Regierungssystem, den Föderalismus, demokratische Institutionen und parlamentarische Verfahren zu informieren. Einen weiteren thematischen Schwerpunkt des Besuchsprogramms bildeten Fragen der Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen zum Schutz vor Folgen des Klimawandels und der Verringerung der Abhängigkeit von Energieimporten. Die maledivischen Abgeordneten führten dazu in Berlin Gespräche mit der Vorsitzenden des Umweltausschusses des Bundestages, mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesumweltministerium sowie mit Forschungseinrichtungen und Solarunternehmen in Baden-Württemberg.

Während einer Delegationsreise der Deutsch-Südasiatischen Parlamentariergruppe im Februar 2013 nach Bhutan konnten die deutschen Abgeordneten über parlamentarische Abläufe, politische Bildung sowie über das Thema Parteienfinanzierung informieren. Die Delegation lernte ihrerseits den Ansatz der bhutanischen Regierung kennen, den Fortschritt des Landes nicht in Wirtschaftsindikatoren, sondern über das sogenannte „Bruttonationalglück“ zu erfassen, das insbesondere Aspekte der Nachhaltigkeit einbezieht. Bei der Weiterreise nach Bangladesch beschäftigte sich die Delegation vor allem mit der Situation der Rohingya-Flüchtlinge, einer aus Myanmar stammenden, muslimischen Volksgruppe. Die Bundestagsabgeordneten besuchten ein UNHCR-Flüchtlingslager, in dem ein Teil der rund 300 000 Flüchtlinge lebt. Daneben war für die Delegation die Textilwirtschaft in Bangladesch ein Thema, die durch sich häufende verheerende Unglücke in Textilfabriken zunehmend auch in den Fokus der deutschen Öffentlichkeit gerückt ist. Die Delegation suchte unterschiedliche Textilfabriken auf, sprach dort mit Textilarbeiterinnen sowie mit Vertretern der Behörden und des einflussreichen Textilunternehmerverbandes. Die innenpolitische Lage vor den im Winter 2013 anstehenden Parlamentswahlen wurde sowohl mit der Premierministerin und der Führerin der Opposition als auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft und politischen Think Tanks erörtert.

Deutsch-Südosteuropäische Parlamentariergruppe*(Albanien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien)*

Der Schwerpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe liegt in der Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in der Region sowie ihrer europäischen Einbindung. Während einer Delegationsreise in die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sowie nach Serbien im Oktober/November 2011 konnte sich eine Delegation der Parlamentariergruppe ein Bild von der dortigen politischen Lage machen. In Mazedonien war der Namensstreit mit Griechenland erneut ein zentrales Thema. In diesem Zusammenhang wurde deutlich darauf hingewiesen, dass zur weiteren EU- und NATO-Integration eine Lösung gefunden werden muss. Weitere Themen für die Bundestagsdelegation waren die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes, die zu Armut insbesondere in den ländlichen Regionen führt, sowie die ethnischen Konflikte zwischen der albanischen und der mazedonischen Bevölkerung. In Serbien war der bevorstehende Beginn der Verhandlungen mit der Europäischen Union zum Kandidatenstatus wichtigstes Gesprächsthema. Die Bundestagsabgeordneten erhielten einen Einblick in die Fortschritte des Demokratisierungsprozesses, erfuhren aber auch, dass die Haltung zum künftigen Status des Kosovo weiterhin ungeklärt ist.

Auch während einer Delegationsreise nach Montenegro, Albanien und in den Kosovo im Mai/Juni 2012 wurde deutlich auf die Notwendigkeit einer positiven Lösung der Kosovo-Frage hingewiesen. Im Hinblick auf die weitere EU-Integration der besuchten Länder wurde ersichtlich, dass der Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen, der Kampf gegen Korruption und Organisierte Kriminalität sowie die Sicherstellung der Medienfreiheit auch weiterhin vorangebracht werden müssen. Der Besuch im Kosovo stand unter dem Eindruck von Unruhen im Norden des Landes, die während der Beseitigung serbischer Barrikaden durch Kfor-Soldaten in der Nähe von Mitrovica ausgebrochen waren und in deren Verlauf zwei deutsche Soldaten durch Schüsse verletzt wurden. Die Abgeordneten besuchten daraufhin das deutsche Feldlager in Prizren, um sich über die aktuelle Lage zu informieren. Zudem ließ sich die Delegation in einer Kfor-Grenzstation, die unter italienischem Kommando steht, über die Situation vor Ort unterrichten.

Deutsch-Tschechische Parlamentariergruppe

Die Parlamentariergruppe pflegt einen intensiven Informations- und Meinungsaustausch mit ihren tschechischen Partnern zu allen bilateralen Fragen, aber auch zu einer ganzen Reihe von fachspezifischen Themen in der Europa-, Außen-, Innen-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltpolitik. Während einer Delegationsreise nach Prag im März 2013 standen energiepolitische Themen im Mittelpunkt des Interesses, wobei vor allem die unterschiedlichen Ansätze in der Energieversorgung diskutiert wurden. In den zahlreichen Gesprächsterminen ging es außerdem um den Ausbau der Verkehrswege (insbesondere der Schienenwege sowie der Elbe) und um Umweltthemen. Hier wurden etwa die geplante grenznahe Instal-

lation von Windrädern in Moldava und Mníšek sowie die Geruchsbelastungen durch das Chemiewerk Zálužki in der Gegend von Most erörtert. Die Delegationsmitglieder informierten sich ferner über den aktuellen Stand des Rahmenabkommens beider Länder über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst. Im Hinblick auf das wirtschaftliche Engagement deutscher Investoren wurde auf die Bedeutung der Förderung der deutschen Sprache in der Tschechischen Republik und in diesem Zusammenhang auf die deutsch-österreichische Sprachkampagne „Šprechtíme“ hingewiesen.

Deutsch-Ukrainische Parlamentariergruppe

Die Delegationsreise dieser Parlamentariergruppe im Oktober 2011 in das Partnerland stand ganz im Zeichen der Vertiefung der bilateralen Beziehungen. Vor dem Hintergrund der Verurteilung der Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko durch die ukrainische Justiz erörterten die deutschen Abgeordneten mit ihren ukrainischen Kollegen die möglichen Auswirkungen auf den geplanten Abschluss des Assoziierungsabkommens sowie des Freihandelsabkommens der Ukraine mit der EU. Ferner ging es in den Gesprächen mit den ukrainischen Parlamentariern um die Themen Jugendaustausch, Pressefreiheit und kommunale Partnerschaften. In Charkow, der zweitgrößten Stadt im Nordosten der Ukraine, erörterte die Delegation mit hochrangigen Regionalpolitikern Fragen des wirtschaftlichen Austausches, der Energiepolitik, Wissenschaft und Bildung.

Deutsch-Ungarische Parlamentariergruppe

Aus Anlass des 20. Jahrestages des Deutsch-Ungarischen Freundschaftsvertrages am 22. Mai 2012 kamen Mitglieder der ungarischen Freundschaftsgruppe gemeinsam mit einer Delegation des ungarischen Parlamentspräsidenten nach Berlin. Doch nicht nur der Rückblick auf eine gelungene Zusammenarbeit, sondern auch ein Ausblick auf die aktuellen Herausforderungen standen im Mittelpunkt des eintägigen Besuchs. Die Vorsitzenden beider Parlamentariergruppen waren sich einig, dass die parlamentarischen Kontakte selbst in außenpolitischen Krisenzeiten dazu beitragen, zwischenstaatliche Beziehungen stabil zu erhalten. Die Themen, über die sich die Parlamentarier austauschten, reichten von der Gesundheits- bis zur Tourismuspolitik. Eine wichtige Rolle spielte die Förderung von Städtepartnerschaften, ebenso die Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Donauraum-Strategie. Sie zielt darauf ab, die Politik und die gesellschaftlichen Akteure in den vierzehn Anrainerstaaten der Donau besser zu koordinieren.

Parlamentariergruppe USA

US-Kongressabgeordnete und Bundestagsabgeordnete treffen sich seit mehr als 25 Jahren jährlich wechselnd in den USA und in Deutschland zum Congress-Bundestag Seminar und stehen dadurch in einem kontinuierlichen Prozess des Meinungsaustausches, an dem neben Abgeordneten auch Wissenschaftler, Politikberater und Vertreter verschiedenster gesellschaftlicher Akteure beteiligt

sind. Im Berichtszeitraum fand das 29. Congress-Bundestag Seminar im April 2012 in Washington und Atlanta statt. Dort standen ebenso wie beim 30. Congress-Bundestag-Seminar im März 2013 in München und Berlin die Rolle Deutschlands bei der Bewältigung der Euro-Schuldenkrise und das Potential der ökonomischen Beziehungen zwischen Deutschland/der Europäischen Union und den USA im Mittelpunkt des Interesses. Zudem wurden außenpolitische Fragen wie die Lage im Nahen und Mittleren Osten sowie die Rolle Russlands und der Volksrepublik China in der internationalen Arena diskutiert. Im Rahmen der beiden Congress-Bundestag Seminare und bei anderen Gesprächsgelegenheiten mit Gästen aus den USA in Berlin wurde deutlich, dass Struktur, Arbeitsweise und Ziele der Europäischen Union von der anderen Seite des Atlantiks aus nicht immer leicht nachvollziehbar sind. Ebenso rief die deutsche Energiepolitik bei Kongressabgeordneten sowohl Fragen als auch Zweifel hervor. Der in den USA verbreitete Optimismus bezüglich der Gewinnung von Erdgas und Erdöl durch Fracking wurde dagegen von einigen Mitgliedern der Parlamentariergruppe kritisch hinterfragt.

Deutsch-Zentralasiatische Parlamentariergruppe

(Albanien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien)

Eine Delegation des tadschikischen Parlaments nutzte ihren Besuch in Deutschland im September 2012, um sich über die Arbeits- und Funktionsweise des Deutschen Bundestages, das deutsche Wahlrecht sowie über den Föderalismus zu informieren. Einen weiteren thematischen Schwerpunkt des Besuchsprogramms bildeten kommunalpolitische Themen. Die tadschikischen Abgeordneten führten dazu Gespräche in Märkisch-Oderland, wo sie sich besonders für die Arbeit der Kommunalvertretung und der Bürgermeisterin interessierten.

Eine Delegationsreise der Parlamentariergruppe im Oktober 2012 nach Kirgisistan und Turkmenistan diente vor allem der Intensivierung der parlamentarischen Beziehungen. Darüber hinaus waren die Lage der Menschenrechte und der Demokratieentwicklung in den beiden Ländern von besonderem Interesse, aber auch Fragen zur sozialen und wirtschaftlichen Situation. Es wurde deutlich, dass die relativ jungen zentralasiatischen Staaten noch sehr mit der Suche nach ihrer eigenen nationalen Identität beschäftigt sind. Die Umsetzung der EU-Zentralasienstrategie (ZAS) mit ihrem jeweiligen regionalen Ansatz wurde von den Gesprächspartnern als überwiegend richtig beurteilt. Man fand, dass insbesondere die Probleme im Bereich des Wassermanagements nur durch multilaterale Absprachen gelöst werden können. Die Gespräche der Bundestagsabgeordneten zeigten jedoch, dass sich die regionale Zusammenarbeit bisher kaum in die Praxis umsetzen ließ, da sich die Staaten in der Region nicht als Teil eines Ganzen, sondern vielmehr als Einzelstaaten sehen. Kritisiert wurde auch, dass die ZAS Rechtsstaatlichkeits- und Menschenrechtsstandards fordert, die einen Demokratisierungsstand voraussetzen, der bisher von keinem der zentralasiatischen Länder erreicht worden ist. Gleichwohl wurde das europäische Interesse

an der Region als Gegenpol zu Russland und der Volksrepublik China begrüßt.

Deutsch-Zyprische Parlamentariergruppe

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise der Euro-Staaten stand die wirtschaftliche Lage Zyperns im Mittelpunkt der Gespräche bei der Delegationsreise der Deutsch-Zyprischen Parlamentariergruppe im Oktober 2011. Die problematische Situation aufgrund des ausgeprägten Engagements zyprischer Banken in Griechenland und der hohen Staatsverschuldung des Landes wurde im Juni 2011 durch eine Explosionskatastrophe verschärft, in deren Folge die Energieversorgung und dadurch auch die Wirtschaftsleistung der Insel erheblich beeinträchtigt worden waren. Die zyprischen Gesprächspartner aus Parlament und Regierung unterstrichen ihre Entschlossenheit, das Haushaltsdefizit mit umfassenden Sparmaßnahmen zurückzuführen. Der weiterhin ungelöste Konflikt um die seit 1974 unter türkischem Einfluss abgetrennte Nordhälfte der Insel, die Zusammenarbeit zwischen deutschen und zyprischen Forschungseinrichtungen sowie die EU-Ratspräsidentschaft Zyperns im zweiten Halbjahr 2012 waren weitere Gesprächsthemen. Zufrieden äußerte sich die zyprische Seite über die nach zwölfjähriger Schließung im Juni 2011 erfolgte Wiedereröffnung des Goethe-Instituts in Nicosia.

6 Einzeldienstreisen der Abgeordneten

Wie die Delegationsreisen sind auch die Einzeldienstreisen der Abgeordneten als Mitglieder ihrer jeweiligen Ausschüsse vorrangig auf die Informationsgewinnung sowie den Erfahrungs- und Meinungsaustausch gerichtet. Diese Reisen dienen außerdem der Stärkung der Wahrnehmung der Kontrollfunktion gegenüber der Regierung durch die Abgeordneten. Denn eine unmittelbare und möglichst wenig gefilterte Informationsgewinnung zur politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Lage in den jeweiligen Staaten und Regionen ist häufig nur auf diese Weise erreichbar.

Die im Berichtszeitraum von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages durchgeführten Einzeldienstreisen sind angesichts der Themen, mit denen sich die Abgeordneten im Rahmen ihrer Mandatsausübung befassen, vielfältig und weit gefasst. Zunehmend bilden die Einladungen zu Kolloquien und Konferenzen zu einer Vielzahl von Themen den Anlass für Einzeldienstreisen von Abgeordneten. Zudem haben Abgeordnete immer wieder Gelegenheit, Reisen des Bundespräsidenten sowie der Bundeskanzlerin und anderer Mitglieder der Regierung zu begleiten.

Aufgrund der Vielzahl und der großen Themenbreite werden die Einzeldienstreisen des Berichtszeitraums im Folgenden nur exemplarisch und nach regionalen Aspekten grob gegliedert dargestellt.

Europa

Der Sitz der Europäischen Union in Brüssel war – wie bereits in der ersten Hälfte der 17. Wahlperiode – erneut das

Ziel zahlreicher Einzeldienstreisen von Abgeordneten. Mitglieder fast aller Ausschüsse des Deutschen Bundestages reisten in die belgische Hauptstadt, um Gespräche mit Vertretern von Institutionen der Europäischen Union zu führen oder an interparlamentarischen Treffen, Konferenzen und Gesprächsforen teilzunehmen. Dabei wurden im Wesentlichen Themen der Europa-, Wirtschafts-, Finanz-, Kultur- und Energiepolitik erörtert. Dass vor allem die Euro-Krise immer wieder Gegenstand der Gespräche war, erklärt sich von selbst. Neben dem Besuch von europäischen Institutionen reisten Abgeordnete aber auch aus anderen Anlässen nach Belgien. So hat unter anderem ein Abgeordneter auf Einladung einer politischen Stiftung an einem Gesprächs- und Diskussionsprogramm zu verteidigungspolitischen Themen teilgenommen. Ein anderer Abgeordneter wirkte als Referent am Brussels Think Tank Dialogue 2013 mit.

Vielfältige politische Themen führten Mitglieder des Bundestages in die französische Hauptstadt Paris. In einer von den Präsidenten des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale initiierten deutsch-französischen Arbeitsgruppe diskutierten französische und deutsche Parlamentarier über Fragen der Europäischen Union. Andere Abgeordnete nahmen an einer gemeinsamen Sitzung der Präsidien der französischen Nationalversammlung und des Deutschen Bundestages zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Jubiläum des Elysée-Vertrages teil. Neben aktuellen Fragen der bilateralen Beziehungen und europapolitischer Entwicklungen gingen Abgeordnete auf ihren Reisen zum Beispiel auch sicherheitspolitischen und wehrtechnischen Fragestellungen nach. Eine vom Deutschen Bundestag in die Organe der Filmförderungsanstalt entsandte Abgeordnete reiste nach Paris, um als Vorsitzende der Deutsch-Französischen Abkommenskommission an deren Sitzungen teilzunehmen.

Wie bereits in der ersten Hälfte der 17. Wahlperiode reisten auch in diesem Berichtszeitraum eine Reihe von Abgeordneten nach Großbritannien, um dort an Konferenzen und Diskussionsveranstaltungen teilzunehmen sowie fachpolitische Gespräche zu führen. Die Themenpalette reichte von außen-, verteidigungs- und haushaltspolitischen Fragestellungen bis zu umwelt- und kulturpolitischen Gesprächsinhalten. Die Vorsitzende des Sportausschusses begleitete den Bundespräsidenten bei seinem Besuch der Paralympischen Spiele im August 2012 in London. Die Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales nahm im April 2013 in Dublin an dem im Rahmen der irischen EU-Ratspräsidentschaft veranstalteten interparlamentarischen Treffen der Ausschussvorsitzenden der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten teil. Es stand ganz im Zeichen der Finanzkrise in der EU, der in vielen Ländern notwendigen Sparmaßnahmen und der teilweise dramatischen Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte.

Ein Abgeordneter aus dem Ausschuss für die Angelegenheiten der EU informierte sich in Polen über die innenpolitischen Verhältnisse nach den Wahlen im Oktober 2011. Über aktuelle Entwicklungen im bilateralen Verhältnis und die weitere gemeinsame grenzübergreifende Zusammenarbeit diskutierte ein Abgeordneter mit Vertre-

tern der polnischen Regierung. Ein Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit nahm an einer Anhörung des Sejm über die Umsetzung der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie der Europäischen Union in polnisches Recht teil und erläuterte bei dieser Gelegenheit die deutsche Energiewende.

Mit großem Interesse verfolgten die deutschen Parlamentarier weiterhin die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Russland. Vor dem Hintergrund der Parlamentswahlen und den anstehenden Präsidentschaftswahlen führten Mitglieder aller im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen Anfang 2012 Gespräche mit Vertretern der Regierung und der Opposition zur aktuellen innenpolitischen Situation Russlands. Nach der Präsidentschaftswahl informierten sich deutsche Abgeordnete über den Stand der deutsch-russischen Beziehungen. Eine Abgeordnete aus dem Auswärtigen Ausschuss verfolgte in Moskau die Urteilsverkündung im Prozess gegen die Musikerinnen der Frauenrockgruppe „Pussy Riot“ und besuchte in der Strafkolonie der Stadt Segescha Michail Chodorkowski, den dort inhaftierten ehemaligen Vorstandsvorsitzenden des russischen Ölkonzerns Yukos. Anlässe für Einzeldienstreisen von Abgeordneten nach Russland waren auch Konferenzen und Gesprächsforen, die in einem thematischen Zusammenhang mit aktuellen Beratungsgegenständen der Bundestagsgremien standen.

In Italien vertrat die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung die Interessen des Deutschen Bundestages in den Kuratoriumssitzungen des Deutsch-Italienischen Zentrums Villa Vigoni e.V., dem von der deutschen und italienischen Regierung gemeinsam getragenen Verein zur Förderung der deutsch-italienischen Zusammenarbeit, insbesondere auf den Gebieten Kultur, Kunst und Wissenschaft. Andere Mitglieder des Bundestages besuchten die Goethe-Institute in Rom und Neapel und führten Gespräche mit dem deutschen Botschafter und dem Kulturreferenten der Botschaft. Ein Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe diskutierte im Vatikan über die menschenrechtliche Lage der Christen als Minderheit in Ägypten sowie über Fragen mit Bezug auf den Dialog zwischen Christentum und Islam auf dem Balkan.

Bei Einzeldienstreisen von Mitgliedern des Finanz- und des Haushaltsausschusses nach Spanien stand die Euro- und Bankenkrise im Zusammenhang mit der aktuellen wirtschafts- und haushaltspolitischen Situation des Landes im Mittelpunkt ihrer Gesprächstermine.

„Fortschritt sozial-ökologisch gestalten“ war das Thema einer Konferenz der Arbeiterkammer Oberösterreich, an der ein Mitglied der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität teilnahm und einen eigenen Vortrag hielt. Andere Abgeordnete diskutierten auf Konferenzen in Wien über Themen wie „Gute Politik für Menschen mit Behinderungen“ und „Das Recht auf Arbeit: Innovative Gesetze und Best Practice für Menschen mit Behinderung“. Darüber hinaus fanden regelmäßig Gespräche mit Vertretern der österreichischen Regierung und des Parlamentes statt.

Um Rechtspolitik und Justizreformen in Kroatien ging es auf einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung, zu der ein Mitglied des Rechtsausschusses nach Dubrovnik reiste.

Die aktuellen Entwicklungen in Bosnien und Herzegowina – insbesondere eine neue Initiative für eine Verfassungsreform – standen im Vordergrund der Gespräche, die eine Abgeordnete aus dem Auswärtigen Ausschuss mit Vertretern der Regierung, des Parlamentes und der Zivilgesellschaft in Sarajevo führte.

Über die politische Entwicklung und die Sicherheitslage im Kosovo informierten sich Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses im Jahr 2012 in politischen Gesprächen, durch die Teilnahme an der Westbalkankonferenz sowie an einem Workshop. In diesem Zusammenhang wurden auch Gespräche zu Minderheitenfragen und über eine Annäherung an die Europäische Union geführt.

Ein Abgeordneter des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union führte in Serbien Gespräche über die Annäherung des Landes an die EU. Der Besuch einer internationalen Tourismus-Messe sowie Gespräche mit Vertretern der Deutschen Zentrale für Tourismus zur Donaustrategie (einer Strategie der Europäischen Kommission, die auf eine engere Zusammenarbeit der Staaten entlang der Donau abzielt) und zum Tourismus im Hinblick auf den Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union waren Anlass für eine Einzeldienstreise eines Mitgliedes des Ausschusses für Tourismus nach Belgrad.

Im Mittelpunkt der Gespräche, die deutsche Parlamentarier in Griechenland führten, standen die Euro-Krise, die wirtschafts- und haushaltspolitische Situation des Landes sowie die Umsetzung und Auswirkungen der Reformen und Sparmaßnahmen. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise besuchte eine Abgeordnete des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe Flüchtlingslager und diskutierte über Hilfsprojekte für verarmte Menschen und Flüchtlinge. Darüber hinaus führten unter anderem ein interparlamentarisches Treffen des Forums für Erneuerbare Energien sowie politische Gespräche über anstehende Reformen in der Gesundheitspolitik Mitglieder des Bundestages nach Griechenland.

Der Stand der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union, die energiepolitische Rolle der Türkei in Europa sowie die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit Deutschland im Bereich der Energiepolitik wurden mit Vertretern von Regierung und relevanten Institutionen in der Türkei erörtert. Ein Bundestagsabgeordneter besuchte inhaftierte Abgeordnete der türkischen Nationalversammlung, um sich über die Lage der Gefangenen zu informieren. Der Vorsitzende des 2. Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode führte Gespräche mit türkischen Parlamentariern und Journalisten zur Aufarbeitung der Verbrechen der rechtsextremen Terrorgruppe NSU in Deutschland.

Die Vorsitzenden des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, des Finanzausschusses und des Ausschusses für Arbeit und Soziales reisten nach Zypern, um an den im Rahmen der zyprischen EU-Rats-

präsidentschaft veranstalteten interparlamentarischen Treffen der Ausschussvorsitzenden der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes teilzunehmen. Vor dem Hintergrund des vom Gouverneursrat des Europäischen Stabilitätsmechanismus für Zypern beschlossenen Kredithilfepaktes informierte sich ein Abgeordneter über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen sowie den Umsetzungsstand des Anpassungsprogramms und über die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Friedensprozess.

Afrika

Die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung sowie die gegenwärtige menschenrechtliche Situation auf dem afrikanischen Kontinent standen auch in der zweiten Hälfte der 17. Wahlperiode im Vordergrund des Interesses der Abgeordneten, die Einzeldienstreisen nach Afrika unternahmen.

So informierten sich zwei für Außenpolitik zuständige Abgeordnete in Ägypten Anfang 2012 in Gesprächen mit Abgeordneten und Regierungsvertretern über den politischen Übergangsprozess. Ein Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie diskutierte auf einer Energiekonferenz in Kairo über eine internationale Kooperation zum Aufbau von Wüstenprojekten für die Energiegewinnung. Eine Bildungspolitikerin besuchte in der ägyptischen Hauptstadt die Außenstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes. Um die zweckentsprechende Verwendung von Mitteln des Bundeshaushaltes ging es anderen Abgeordneten bei ihren Besuchen der deutschen Schulen in Kairo und Alexandria, der deutschen politischen Stiftungen, des Deutschen Archäologischen Instituts und des Goethe-Instituts.

Nach dem Sturz des libyschen Herrschers Gaddafi reiste ein Bundestagsabgeordneter nach Tripolis und Bengasi, um einen Eindruck von der aktuellen Situation in Libyen zu gewinnen.

Auf Einladung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung begleiteten Abgeordnete ihn auf seiner Reise nach Marokko. Vor dem Hintergrund des „arabischen Frühlings“ informierte sich ein Mitglied des Bundestages über politische Entwicklungen und wirtschaftliche Potentiale des Landes sowie über Kooperationsmöglichkeiten mit Deutschland in Bezug auf Erneuerbare Energien und Tourismus.

Um den Demokratisierungsprozess nach Ende des Bürgerkrieges, den Schutz der Biodiversität, das Zusammenleben von Christen und Moslems sowie die Notwendigkeiten und Möglichkeiten humanitärer Hilfe und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit ging es in Gesprächen, die zwei Mitglieder des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in der Republik Elfenbeinküste mit Vertretern der neu gewählten Regierung, der Opposition, der Administration und der Zivilgesellschaft führten.

Eine Abgeordnete reiste auf Einladung der Exposure- und Dialogprogramme e.V. nach Malawi, um an einem Programm zum Thema „Soziale Impulse durch Handel mit

Baumwolle“ teilzunehmen. Ziel der Exposure- und Dialogprogramme ist es, den in Familien des Gastgeberlandes untergebrachten Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft die Probleme der Armut und der Armutsbekämpfung in der Dritten Welt durch direkte Erfahrungen vor Ort zu vermitteln.

Ein Haushaltsexperte diskutierte in Kapstadt auf einem Parlamentariertreffen anlässlich des 62. Internationalen Astronautischen Kongresses über Fragen der Raumfahrt und über Möglichkeiten der Kooperation zwischen Afrika und Europa in der Weltraumforschung. Ein Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wurde von der Premierministerin der Provinz Westkap nach Kapstadt eingeladen, um vor südafrikanischen Parlamentariern über die deutsche Politik zum Thema Erneuerbare Energien zu referieren. Bei der Vergabe der World Transplant Games 2015 (Weltspiele der Organtransplantierten) durch den Weltverband World Transplant Games Federation in Durban wurde der Deutsche Bundestag durch die Vorsitzende des Sportausschusses vertreten. Die Ausschussvorsitzende nahm darüber hinaus die Gelegenheit wahr, ihren Aufenthalt in Südafrika zu einem Besuch des Isithumba Sportgarden in Durban, einer Einrichtung zur Unterstützung und Förderung von Kindern und Jugendlichen in ihrem Interesse an Sport und Bewegung, und zu sportpolitischen Gesprächen in Kapstadt zu nutzen.

Nordamerika

Auch in der zweiten Hälfte der 17. Wahlperiode fanden aus ganz unterschiedlichen Anlässen zahlreiche Einzeldienstreisen von Mitgliedern des Bundestages in die USA statt. Wie in der Vergangenheit stand bei vielen Reisen die weitere Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen im Mittelpunkt der Gespräche mit Vertretern von Parlament und amerikanischer Regierung. Neben den bilateralen Beziehungen wurden auf den USA-Reisen aber auch weitere Themen aus den Bereichen Auswärtige Angelegenheiten, Innenpolitik, Verteidigung, Haushalt und Finanzen, Menschenrechte, Umwelt, Kultur und Bildung behandelt. So informierte sich ein Mitglied des Verteidigungsausschusses im Herbst 2011 auf einer Reise nach Washington D.C. und New York über die aktuelle Situation und über die Probleme des Einsatzes der internationalen Streitkräfte in Afghanistan und den geplanten Truppenabzug. Die gewonnenen Informationen wurden auf einer weiteren Dienstreise nach Tampa in Florida zum Central Command und Special Operation Command vertieft. Eine Abgeordnete des Haushaltsausschusses diskutierte mit Vertretern des Internationalen Währungsfonds, des amerikanischen Finanzministeriums sowie mit Vertretern deutscher Geschäftsbanken über die haushalts- und finanzpolitische Situation in Europa. Die Themen Innere Sicherheit, Terrorismusbekämpfung sowie Migration und Integration behandelte ein Mitglied des Innenausschusses bei seinen Gesprächen mit Regierungsvertretern und Vertretern gesellschaftlicher Organisationen in Washington D.C., New York und Chicago. Gespräche mit Vertretern des Kongresses unter anderem zu Fragen der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle standen auf

dem Programm einer Abgeordneten, die sich im Deutschen Bundestag vor allem mit Abrüstungspolitik beschäftigt. Um die Zukunft der bundeseigenen Liegenschaft an der 5th Avenue ging es auf einer Einzeldienstreise eines Mitglieds des Haushaltsausschusses nach New York.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe erörterte ebenfalls in New York mit hochrangigen Vertretern der Vereinten Nation und dem deutschen Botschafter bei den Vereinten Nationen die Frage, wie die Bundesrepublik Deutschland zur Weiterentwicklung und Umsetzung der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) beitragen kann. Er nahm die Gelegenheit wahr, sich außerdem über deutsche Beiträge zur Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung der Vereinten Nationen und die aktuelle Lage in Syrien, Mali und Afghanistan zu informieren.

Mittel- und Südamerika

Aktuelle Menschenrechtsverletzungen, die politische Situation sowie der Ausbau von bereits bestehenden Kontakten zu Vertretern von Menschenrechtsorganisationen führten ein Mitglied des zuständigen Ausschusses nach Kolumbien. Auf einem Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Kolumbien wurde der Deutsche Bundestag durch die Vorsitzende der Deutsch-Südamerikanischen Parlamentariergruppe vertreten.

Die Situation der Menschenrechte in Guatemala stand auch bei einem Besuch des Vorsitzenden des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Februar 2012 im Vordergrund seiner Gespräche.

Das 60jährige Jubiläum der Deutschen Schule Alexander von Humboldt in Lima nahm ein Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien zum Anlass, nach Peru zu reisen und bei dieser Gelegenheit weitere deutsche Auslandsschulen zu besuchen.

Neue Erkenntnisse für seine Arbeit im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie wollte ein Mitglied des Bundestages durch seinen Besuch der internationalen Bergbaumesse „Expomin“ in Santiago de Chile und die vorbereitenden Gespräche über eine eventuelle Rohstoffpartnerschaft Deutschlands mit Chile gewinnen. Zwei Abgeordnete nahmen an einem Parlamentarierseminar der OECD zum Thema „Bestmögliche Ausübung der Regierungsgewalt – die Rolle der Parlamente“ in Santiago de Chile teil.

Zwei für Gesundheitspolitik zuständige Abgeordnete begleiteten den Bundesminister für Gesundheit auf seiner Reise nach Brasilien. Über Formen der internationalen Solidarität für Palästina diskutierte eine Expertin für Menschenrechtsfragen auf dem Weltsozialforum „Free Palestine“ in Porto Alegre.

Ein Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung nahm im Oktober 2011 an der Eröffnung des Max-Planck-Instituts für biomedizinische Grundlagenforschung in Buenos Aires teil und führte auf Einladung der Deutsch-Argentinischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technik ein Gespräch über die Förderung des Deutsch-Argentinischen Hochschulzentrums, an dessen Eröffnung er im November 2012 teilnahm.

Asien und Naher Osten

Abgeordnete mit den Arbeitsschwerpunkten in der Außen-, Europa- und Haushaltspolitik besuchten auch in diesem Berichtszeitraum Israel und die Palästinensischen Gebiete. Mit Parlamentariern, Regierungsmitgliedern sowie Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und Think Tanks erörterten die Bundestagsabgeordneten aktuelle Entwicklungen, die Sicherheitslage in der Region sowie die zunehmenden Spannungen zwischen Israel und dem Iran. Mit aktuellen sicherheitspolitischen Themen (Rolle des Iran, Islamismus, Bürgerkrieg in Syrien, Nahost-Friedensprozess) beschäftigte sich auch die 13. Herzliya-Konferenz, an der zwei Mitglieder des Bundestages teilnahmen. Über den deutsch-israelischen Jugendaustausch, die Situation von gegenseitigen Austauschaufenthalten deutscher und palästinensischer junger Menschen, die sinnvolle und zweckentsprechende Verwendung der Haushaltsmittel für die Initiative „Zukunft für Palästina“ und die besonderen deutsch-israelischen Beziehungen diskutierte ein Haushaltspolitiker mit Angehörigen der Regierung, Vertretern der Opposition sowie mit relevanten Institutionen und Journalisten in Israel und Palästina.

Im Vorfeld des Eurovision Song Contests 2012 in Aserbaidschan informierte die internationale Konferenz „Sing for Democracy“ die Öffentlichkeit über die dortige kritische Menschenrechtslage. Zwei Mitglieder des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe reisten nach Baku, um an dieser Konferenz teilzunehmen.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe reiste Anfang 2012 in den Iran, um einen wegen Apostasie (Abfall vom Glauben) zum Tode verurteilten Pastor und einen inhaftierten Menschenrechtsverteidiger zu besuchen. Dieses Vorhaben konnte er vor Ort nicht realisieren. Er nahm jedoch die Gelegenheit wahr, mit der Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses des iranischen Parlamentes sowie mit Regierungsvertretern über die Rolle der Frau in der iranischen Gesellschaft, den Schutz der Minderheiten und den Umgang mit Drogen im Iran zu sprechen.

Die deutschen Parlamentarier beobachteten weiterhin die aktuelle Situation und die Sicherheitslage der deutschen Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan. Zu diesem Zweck besuchten zuständige Fachpolitiker des Verteidigungsausschusses das deutsche Einsatzkontingent ISAF. Abgeordnete aus ganz unterschiedlichen Ausschüssen nahmen das fortbestehende Angebot der Bundeswehr wahr, Soldatinnen und Soldaten aus ihrem Wahlkreis in Afghanistan zu besuchen.

Zu Gesprächen mit hochrangigen Vertretern der Parteien, der Zivilgesellschaft sowie der religiösen und ethnischen Minderheiten reiste eine Abgeordnete aus dem Auswärtigen Ausschuss in den Irak. Auf dem Reiseprogramm standen auch die dortigen Aktivitäten der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands. Im Februar 2013 begleitete die Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung den Bun-

desminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bei seinem Besuch im Irak.

Die 11. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über Biodiversität in Hyderabad führte einen Umweltpolitiker im Herbst 2012 nach Indien. Zudem sprach er mit Vertretern indischer Regierungsstellen und von Nichtregierungsorganisationen über den Naturschutz.

In der Mongolei führte ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses eine Reihe politischer Gespräche, um Bedarf und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit Deutschland auszuloten. Diese ergaben sich insbesondere in den Bereichen Demokratisierung, klassische Entwicklungshilfe, Rohstoffsicherheit und Umweltschutz.

Aufmerksam beobachteten die deutschen Parlamentarier auch in diesem Berichtszeitraum die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Volksrepublik China. Mitglieder der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen nahmen die Gelegenheit wahr, die Bundeskanzlerin bei ihrem Besuch in dem Land zu begleiten. Im Rahmen einer anderen Reise führte ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses in Peking politische Gespräche mit den neuen Regierungsvertretern nach dem Generationswechsel in Partei- und Staatsführung. In Shanghai und Hangzhou erörterten zwei Außenpolitiker im Rahmen des Deutsch-Chinesischen Gesprächsforums bilaterale Themen mit chinesischen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. Eine Abgeordnete aus dem Ausschuss für Arbeit und Soziales informierte sich in China über die bisherigen Arbeiten für den Aufbau eines sozialen Sicherungssystems.

7 Internationale Austauschprogramme

Auch auf der Ebene der Verwaltung arbeitet der Deutsche Bundestag eng mit anderen Parlamenten zusammen und hat im Berichtszeitraum seine Aktivitäten in diesem Bereich verstärkt und systematisiert. So sind die zuvor unter der Bezeichnung „Interparlamentarische Ausbildungshilfe“ (IPAH) laufenden Aktivitäten, Expertenentsendungen und die Beteiligung an Projekten der Parlamentsverwaltungsberatung unter dem Begriff „Internationale Parlaments-Kooperation“ (IPK) zusammengefasst und fortentwickelt worden.

In diesem Zusammenhang hat der Deutsche Bundestag im September 2013 zu einem Workshop „Internationale Parlamentsberatung“ nach Berlin eingeladen. Teilnehmer waren internationale und nationale Organisationen bzw. Akteure, die in diesem Bereich tätig sind, die deutschen politischen Stiftungen, Vertreter der Verwaltung des Europäischen Parlaments und nationaler europäischer Parlamente. Ziele des Workshops waren der Informations- und Gedankenaustausch über laufende Projekte sowie die Erörterung von Möglichkeiten einer vertieften Koordination und Kooperation bei künftigen Projekten. Auf diese Weise sollte der Workshop auch einen Beitrag dazu leisten, dass auf dem Gebiet der Beratung und Unterstützung von Parlamentsverwaltungen in Transformationsstaaten zukünftig Doppelarbeit vermieden und Synergieeffekte erzielt werden können.

Seine traditionellen IPAH-Programme führt der Deutsche Bundestag – jetzt unter der neuen Bezeichnung – fort. Sie richten sich an die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter afrikanischer, asiatischer, lateinamerikanischer und ost- bzw. südosteuropäischer Parlamente und zielen darauf ab, Parlamentsbeschäftigte aus Ländern, die sich in einer Phase des demokratischen Neuaufbaus oder der Umstrukturierung befinden, bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu unterstützen. In der Regel werden je zwei Mitarbeiter von drei Parlamenten zu einem einwöchigen Seminar eingeladen und über Struktur und Arbeitsweise der Bundestagsverwaltung sowie über Stellung und Aufgaben des Parlaments in einer modernen parlamentarischen Demokratie informiert. Inhaltliche Wünsche der eingeladenen Parlamente werden berücksichtigt, um den Gästen praxisnahe Anregungen für die Ausgestaltung ihrer parlamentarischen Arbeit geben zu können. Im Berichtszeitraum haben Parlamentsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter aus Albanien, Bahrain, Bosnien und Herzegowina, Côte d'Ivoire, El Salvador, Georgien, Ghana, Indonesien, Irak, Jordanien, Kambodscha, Katar, Kroatien, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Myanmar, Nepal, Niger, Oman, Panama, Rumänien, Sambia, dem Königreich Saudi Arabien, Senegal, Tansania, Tunesien, Uganda, Uruguay und den Vereinigten Arabischen Emiraten an Informationsprogrammen des Deutschen Bundestages in Berlin teilgenommen.

Vereinzelt werden solche Programme – bei entsprechendem Wunsch – auch zugunsten von Mitarbeitern der Parlamente europäischer oder außereuropäischer Staaten mit bewährtem politischen System angeboten. Im Berichtszeitraum galt dies für Frankreich, Italien und Japan.

Des Weiteren unterstützt der Deutsche Bundestag ausländische, noch in der Entwicklung stehende Parlamente durch die Entsendung von Verwaltungsmitarbeitern, die als Kurzzeitexperten in Projekten der Parlamentsberatung eingesetzt werden. Im Berichtszeitraum wurden die Parlamente von Ägypten, Bangladesch, Bosnien und Herzegowina, Kirgisistan, Laos, Moldau, Myanmar, Türkei und Vietnam durch Verwaltungsmitarbeiter des Deutschen Bundestages beraten.

Hinzu kommen insgesamt sieben Mitarbeiteraustauschprogramme (MAT), von denen sechs im jährlichen Wechsel und ausschließlich auf der Verwaltungsebene durchgeführt werden. Im Berichtszeitraum erhielten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsverwaltungen Frankreichs, Großbritanniens, Irlands, Israels und Polens die Gelegenheit, sich über Struktur und Arbeitsweise der Verwaltung des Deutschen Bundestages zu informieren. Im Gegenzug besuchten Angehörige der Bundestagsverwaltung die Parlamente von Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien und Polen. Der erweiterte Austausch zwischen dem US-Kongress, dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat wurde auch im Berichtszeitraum fortgeführt. An dem jährlich in beide Richtungen stattfindende zehntägigen „Congress Bundestag Bundesrat Staff Exchange“ (CBBSX) nehmen auf amerikanischer und deutscher Seite jeweils zehn Personen teil: zum einen acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kongressabgeordneten oder

Senatoren sowie zwei Angehörige des Congressional Research Service, zum anderen sieben Mitarbeiter der Fraktionen, zwei Angehörige der Bundestagsverwaltung und ein Angehöriger der Verwaltung des Bundesrates. Die bei den Mitarbeiteraustauschprogrammen entstehenden persönlichen Kontakte festigen nachhaltig die Arbeitsbeziehungen zwischen den Parlamenten.

Eine wichtige Rolle spielen auch die zwei Austauschprogramme, die der Deutsche Bundestag für junge Menschen anbietet: das Internationale Parlaments-Stipendium (IPS) – seit September 2012 ergänzt um ein Sonderprogramm für die arabischen Staaten – und das Parlamentarische Partnerschafts-Programm (PPP).

Das IPS wurde 1986 zum ersten Mal für Hochschulabsolventen aus den USA und Frankreich angeboten. In den frühen 1990er Jahren nach Ende des Kalten Krieges wurde es für Teilnehmer aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa geöffnet, um den Demokratieaufbau in dieser Region zu fördern. Bis heute nahmen am IPS etwa 1 900 Stipendiatinnen und Stipendiaten aus 28 Ländern (Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Frankreich, Georgien, Israel, Kasachstan, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine, Ungarn, USA) teil.

Die Bewerberinnen und Bewerber müssen über ausgezeichnete Deutschkenntnisse verfügen und den Willen haben, die demokratische Zukunft ihres Landes aktiv mitzugestalten. Sie werden in ihrem Heimatland durch eine mit einem Mitglied des Deutschen Bundestages, einem Präsidiumsmitglied der drei am Programm beteiligten Berliner Universitäten und einem Vertreter der Bundestagsverwaltung besetzte Kommission ausgewählt, die die Reise auch zu Gesprächen mit Parlamentariern, IPS-Alumni und sonstigen für das Programm wichtigen Akteuren nutzt.

Jährlich erhalten bis zu 120 hochqualifizierte, politisch interessierte und engagierte Hochschulabsolventinnen und -absolventen durch das IPS die Gelegenheit, das parlamentarische System Deutschlands sowie Entscheidungsinhalte und -prozesse deutscher Politik kennenzulernen. Ziel des Programms, das unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Deutschen Bundestages steht, ist es ferner, die Beziehungen Deutschlands zu den teilnehmenden Ländern zu fördern und zu festigen.

Das IPS dauert vom 1. März bis zum 31. Juli eines Jahres. Kernstück ist eine 15-wöchige Tätigkeit bei einem Mitglied des Deutschen Bundestages. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten werden dabei aktiv in die Arbeit eines Abgeordnetenbüros eingebunden. Sie begleiten die Abgeordneten unter anderem zu Sitzungen der Ausschüsse, Fraktionen und anderer Gremien und gewinnen dadurch Einblicke in die internen Funktionsweisen, Zusammenhänge und Verfahrensabläufe. Ergänzend besuchen sie regelmäßig Informationsprogramme und Seminare, die der Deutsche Bundestag und die politischen Stiftungen veranstalten. Sie sind außerdem während des Sommersemes-

ters an der Humboldt-Universität zu Berlin eingeschrieben und können auch an Lehrveranstaltungen der anderen beiden Berliner Universitäten teilnehmen.

Als Reaktion auf die Umbrüche in der arabischen Welt hat der Ältestenrat beschlossen, das reguläre IPS um ein vierwöchiges Sonderprogramm ausschließlich für Teilnehmer aus arabischen Staaten zu ergänzen, das erstmals im September 2012 und zum zweiten Mal im September 2013 durchgeführt wurde. Das vierwöchige Kompaktprogramm richtet sich an junge Berufstätige mit Hochschulabschluss, die durch Workshops, Vorträge und ein Kurzpraktikum bei Bundestagsabgeordneten Impulse für ihr zivilgesellschaftliches und politisches Engagement in ihrer Heimat erhalten. Bisher haben 48 junge Frauen und Männer aus Ägypten, Algerien, Irak, Jemen, Jordanien, Libanon, Marokko, Tunesien und den Palästinensischen Gebieten daran teilgenommen. Darüber hinaus haben 2013 erstmals fünf arabische Stipendiaten im Rahmen einer Ausnahmeregelung am fünfmonatigen IPS-Programm teilgenommen. Der Ältestenrat hat im Juni 2013 beschlossen, 2014 zum dritten Mal ein vierwöchiges Sonderprogramm für die arabischen Staaten durchzuführen und ein weiteres Mal bis zu fünf arabische Stipendiaten am IPS-Regelprogramm zu beteiligen, ohne eine Entscheidung über künftig aufzunehmende Länder in das IPS-Regelprogramm zu präjudizieren.

Mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) bietet der Deutsche Bundestag zudem ein Stipendienprogramm für Schülerinnen, Schüler und junge Berufstätige an. Aus Anlass des 300. Jahrestages der ersten deutschen Einwanderung in Amerika wurde im Jahr 1983 das PPP gemeinsam vom Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Deutschen Bundestag ins Leben gerufen. Ziel ist es, die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu fördern. Dieses Austauschprogramm, das ebenfalls unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten steht, soll der jungen Generation in beiden Ländern die Bedeutung auf gemeinsamen Wertevorstellungen beruhender, freundschaftlicher Zusammenarbeit vermitteln. In jedem Jahr wird jeweils etwa 350 Stipendiatinnen und Stipendiaten ein einjähriger Aufenthalt nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit in den USA beziehungsweise in Deutschland ermöglicht, wo sie in Gastfamilien leben. Eine Besonderheit des Programms ist die für jeden Stipendiaten übernommene Patenschaft durch ein Mitglied des Deutschen Bundestages. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird erwartet, dass sie als „junge Botschafter“ ihres Landes einen dauerhaften Beitrag zur Verständigung zwischen Deutschen und Amerikanern leisten.

Jährlich reist eine Delegation des Ältestenrates des Deutschen Bundestages in die Vereinigten Staaten, um die Umsetzung des Programms zu überprüfen. In mehreren US-Bundesstaaten führen die Abgeordneten Gespräche mit den jungen Deutschen und ihren amerikanischen Gasteltern über die Betreuungssituation vor Ort. Darüber hinaus finden Begegnungen mit Kongressabgeordneten, Vertretern des Department of State sowie der Austauschorganisationen und verschiedener Medien statt. Ebenfalls

werden Schulen und Betriebe aufgesucht, um für das PPP zu werben und Praktikantenstellen für die jungen Berufstätigen zu akquirieren.

Insgesamt haben bisher rund 21 000 Jugendliche am PPP teilgenommen. Regelmäßig bewerben sich in Deutschland circa 5 000 junge Menschen für das Stipendium.

8 Grundlage der Berichtspflicht

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 118. Sitzung am 6. November 1992 eine Empfehlung des Ältestenrates (Bundestagsdrucksache 12/2665) angenommen und folgenden Beschluss gefasst:

„Der Präsident des Deutschen Bundestages erstellt in der Mitte und zum Ende einer Wahlperiode einen Bericht über Auslandsdienstreisen der Mitglieder des Deutschen Bundestages. Dieser Bericht enthält Angaben über die Anzahl und die Zielländer der Reisen von Ausschussdelegationen, offiziellen Delegationen, Parlamentariergruppen- und Einzeldelegationen sowie Einzeldienstreisen und die damit verbundenen Kosten je Haushaltsjahr.“

Auf dieser Grundlage sind bisher zehn Berichte über Auslandsdienstreisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages vorgelegt worden (Bundestagsdrucksachen 12/4945, 12/8584, 13/6959, 13/11449, 14/4851, 14/9997, 15/5056, 16/7841, 16/14145 und 17/7900). Der vorliegende Bericht umfasst den Zeitraum vom 1. Oktober 2011 bis zum 30. September 2013. Er legt Rechenschaft über die im Berichtszeitraum durchgeführten Auslandsreisen und internationalen Aktivitäten ab. Die Reisen sind nach regionalen oder politischen Schwerpunkten geordnet und werden exemplarisch dargestellt. Die vollständigen Zahlen der Reisen und sämtliche Ziele ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 4 der statistischen Übersicht, die diesem Bericht am Ende beigefügt sind.

9 Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen

Die rechtlichen Grundlagen für die Durchführung von Auslandsdienstreisen sind:

- das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz – AbgG) vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S. 326), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 3. April 2009 (BGBl. I S. 700) und
- die Ausführungsrichtlinien für Reisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages nach § 17 AbgG in der Fassung vom 2. Dezember 2009.

Gemäß § 17 Absatz 1 AbgG bedürfen Auslandsdienstreisen der vorherigen Zustimmung des Präsidenten des Deutschen Bundestages. Anträge auf Genehmigung von Dienstreisen sind schriftlich an den Bundestagspräsidenten zu stellen und ausführlich zu begründen.

Bei Dienstreisen wird zwischen Delegations- und Einzeldienstreisen unterschieden. Um Delegationen handelt es

sich, wenn sie aus mindestens drei Abgeordneten bestehen, ansonsten handelt es sich um Einzeldienstreisen. Bei den Delegationsreisen der Mitglieder der Ausschüsse, des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung, der Enquete-Kommissionen und der Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages ist für die 17. Wahlperiode eine maximale Delegationsstärke wahlweise von sechs oder acht Abgeordneten festgelegt worden. Bei der Zusammensetzung von Delegationen soll das Stärkeverhältnis der Fraktionen im Deutschen Bundestag nach Möglichkeit im Haushaltsjahr, zumindest aber in der Wahlperiode berücksichtigt werden. Die Entscheidung über die Anträge auf Genehmigung von Auslandsdienstreisen trifft der Präsident des Deutschen Bundestages; bei Delegationsreisen geschieht dies nach eingehender Erörterung und Beratung im Präsidium.

Die bilateralen Parlamentariergruppen können im Verlauf der Wahlperiode jeweils eine Delegationsreise durchführen, multilaterale Parlamentariergruppen haben die Möglichkeit, jeweils zwei Delegationsreisen in Staaten aus der „Partnerregion“ zu unternehmen. Delegationsreisen der Ausschüsse müssen in direktem Zusammenhang mit den konkreten Beratungsgegenständen des jeweiligen Ausschusses stehen. Eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über Ziel und Inhalte einer Delegationsreise erfolgt in der Regel in Form einer Pressemitteilung vor Reiseantritt. Jede Delegation ist außerdem verpflichtet, dem Bundestagspräsidenten bis spätestens sechs Wochen nach Ende der Reise einen schriftlichen Bericht über deren Ablauf und Ergebnisse vorzulegen.

Auslandsdienstreisen einzelner Abgeordneter sind dann genehmigungsfähig, wenn die Vorsitzenden und Obleute der Ausschüsse, in denen der Abgeordnete Mitglied ist und in dessen fachlichen Kontext die Reise fällt, der Durchführung der Einzeldienstreise zugestimmt haben. Darüber hinaus ist bei Auslandsdienstreisen von Abgeordneten die Zustimmung der Parlamentarischen Geschäftsführung der Fraktion des jeweiligen Abgeordneten erforderlich. Ebenso wie die Delegationsreisen unterliegen auch die Einzeldienstreisen der Abgeordneten der Verpflichtung, dem Bundestagspräsidenten bis spätestens sechs Wochen nach Abschluss der Reise einen Bericht vorzulegen.

Zur Reduzierung der Flugkosten werden Dienstreisen mit der Maßgabe genehmigt, dass kostengünstige Flugverbindungen zu nutzen sind. Außerdem sind die Abgeordneten durch einen Beschluss des Ältestenrates vom September 2002 verpflichtet, dienstlich erworbene Bonusmeilen aus entsprechenden Programmen der Fluggesellschaften wieder für Dienst- und Mandatsreisen einzusetzen. Neben

der Beachtung des Prinzips der Kostengünstigkeit und dem vorrangigen Einsatz von Bonusmeilen trägt auch die Nutzung von Sonderkonditionen der Fluggesellschaften dazu bei, dass Kosten eingespart werden können.

10 Erläuterungen zur statistischen Übersicht der Auslandsdienstreisen

Der Bericht unterscheidet zwischen Ausschussdelegationen (AD), Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM), offiziellen Delegationsreisen unter Leitung des Präsidenten oder eines Präsidiumsmitglieds (OD), Reisen von Parlamentariergruppen (PG), Einzeldienstreisen (ED) sowie Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP).

Im Berichtszeitraum haben 1 169 Reisen stattgefunden:

- 148 Reisen von Ausschussdelegationen (AD)
(Oktober bis Dezember 2011: 23; 2012: 71; Januar bis September 2013: 54)
- 16 Reisen offizieller Delegationen (OD)
(Oktober bis Dezember 2011: 4; 2012: 5; Januar bis September 2013: 7)
- 42 Delegationsreisen der Parlamentariergruppen (PG)
(Oktober bis Dezember 2011: 7; 2012: 26; Januar bis September 2013: 9)
- 745 Einzeldienstreisen (ED)
(Oktober bis Dezember 2011: 123; 2012: 426; Januar bis September 2013: 196)
- 29 Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
(Oktober bis Dezember 2011: 3; 2012: 16; Januar bis September 2013: 10)
- 189 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP)
(Oktober bis Dezember 2011: 35; 2012: 98; Januar bis September 2013: 56)

Unterteilt nach Erdteilen sind in den Anlagen 1, 2 und 3 die Anzahl und die Ziele der Reisen von Ausschussdelegationen (AD), offiziellen Delegationen (OD), Parlamentariergruppen (PG), Einzeldienstreisen (ED) sowie der Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP) für den Zeitraum vom 1. Oktober 2011 bis zum 30. September 2013 aufgeschlüsselt.

Die Anlage 4 weist die Gesamtkosten der im Berichtszeitraum zulasten der Haushaltsjahre 2011, 2012 und 2013 durchgeführten Reisen aus.

Berlin, den Oktober 2013

Prof. Dr. Norbert Lammert

11 Statistische Übersicht**Anlage 1****Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Oktober 2011 bis 31. Dezember 2011 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Armenien		2				
Belgien	1	9*				2
Dänemark		1				1
Frankreich		8*				8
Griechenland	2	4				
Großbritannien		5				2
Italien		1				2
Kosovo		2				
Kroatien						1
Litauen						1
Luxemburg	1					
Mazedonien		1				
Monaco						2
Niederlande	1		2			
Norwegen		2				
Österreich		2				1
Polen	1	1				
Rumänien		2				1
Russland		10				2
Schweden				1		1
Schweiz		2				3
Spanien		1				
Tschechische Republik		2				
Türkei		4			1	2
Ukraine		1			1	
Ungarn		1				
Zypern					1	

* Reisen zu den Institutionen der Europäischen Union nach Brüssel, Straßburg und Luxemburg bedürfen nicht der Genehmigung. Sie werden wie Mandatsreisen nach § 16 Absatz 1 AbgG behandelt und sind deshalb hier nicht als Einzeldienstreisen erfasst.

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Aserbaidschan, Georgien		1				
Bosnien-Herzegowina, Tschechische Republik		1				
Bulgarien, Rumänien		1		1		
Frankreich, Belgien		1				
Italien, Ungarn		1				
Kosovo, Mazedonien		1				
Kroatien, Slowenien		1				
Lettland, Estland	1	1				
Mazedonien, Serbien					1	
Österreich, Belgien		1				
Russland, Ungarn						1
Schweden, Finnland	1					
Serbien, Montenegro		1				
Slowakei, Moldau		1				
Ungarn, Albanien			1			

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		1				
Ghana		1				
Libyen		1				
Malawi		1				
Marokko		2				1
Südafrika	1	1				
Tunesien						1

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Kongo, Elfenbeinküste					1	
Mali, Niger	1					
Tunesien, Mali, Frankreich				1		

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien		1				
Brasilien	1					
Chile		1				
Ecuador	1					
Kanada	1	1				
Mexiko		1			1	
USA	1	10				1

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien, Uruguay		1				
Chile, Brasilien	1					
El Salvador, Honduras	1					
Honduras, Haiti	1					
Kanada, USA		1				

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan		2				
China	2	2				
Indien	1					
Indonesien		2				
Israel		2				
Japan		4				
Kasachstan		1				
Kirgisistan						2
Pakistan		1				
Saudi Arabien		1				
Südkorea		1				
Tadschikistan	1	1				
Taiwan					1	
Turkmenistan		1				
Vietnam		1				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan, Pakistan		1				
Irak, Türkei		2				
Israel, Palästinensische Gebiete	2					
Katar, Oman, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate		3				
Katar, Ägypten		2				
Libanon, Sudan		1				
Malaysia, Indonesien				1		

Anlage 2**Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien						1
Andorra						1
Armenien		1				2
Aserbaidschan		4				
Belarus						1
Belgien		15*	3			4
Bosnien-Herzegowina		1			1	
Bulgarien		1			1	
Dänemark	2	9				3
Estland						1
Finnland	1	3				2
Frankreich	5	16*	1			33
Georgien		1				
Griechenland		7				
Großbritannien	3	12			1	2
Irland		2				2
Island		1				
Italien	4	15	1		1	3
Kosovo	1	4				
Kroatien		3				
Lettland						1
Litauen						1
Liechtenstein			1			
Luxemburg	1					
Malta		1		1	1	
Mazedonien		1				

noch Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Moldau		2				1
Monaco						1
Montenegro		3				
Niederlande		3			1	
Norwegen	1	3		1		1
Österreich		8				1
Polen	1	6	1	1	2	2
Portugal		2	1		1	
Rumänien	1	4			1	1
Russland	3	27				7
Schweden	2					
Schweiz	1	9	1			3
Serbien		2				
Slowenien			1		1	1
Spanien	1	2	1		1	
Tschechische Republik		2	1			1
Türkei	1	10				2
Ukraine		12				4
Ungarn		2				
Zypern	2	6				1

* Reisen zu den Institutionen der Europäischen Union nach Brüssel, Straßburg und Luxemburg bedürfen nicht der Genehmigung. Sie werden wie Mandatsreisen nach § 16 Absatz 1 AbgG behandelt und sind deshalb hier nicht als Einzeldienstreisen erfasst.

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Armenien, Aserbaidshan, Kirgisistan		1				
Armenien, Georgien			1			
Belarus, Ukraine		1				
Belgien, Frankreich	1					
Bosnien-Herzegowina, Tschechische Republik		1				
Deutschland, Österreich		1				
Estland, Lettland, Litauen		1				
Georgien, Aserbaidshan		1				
Großbritannien, Dänemark	1					
Großbritannien, Serbien		1				

noch Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Italien, Türkei		1				
Kosovo, Montenegro		1				
Kroatien, Slowenien		1				
Lettland, Estland		1			1	
Mazedonien, Kosovo		1				
Montenegro, Albanien, Kosovo					1	
Montenegro, Serbien		1				
Norwegen, Dänemark					1	
Österreich, Rumänien	1					
Polen, Litauen		1				
Portugal, Spanien	1					
Moldau, Georgien		1				
Rumänien, Bulgarien		1				
Russland, Georgien	1					
Serbien, Kosovo						1
Slowakei, Moldau		1				
Slowenien, Kroatien, Griechenland	1					
Ukraine, Lettland, Norwegen						1
Ukraine, Russland		1				
Ungarn, Albanien		1				
Ungarn, Kroatien	1					

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		5	1		1	
Äthiopien		2				
Dschibuti		1				
Elfenbeinküste		2				
Kamerun		2				
Kenia		2				
Libyen		1				
Marokko		2				2
Namibia	1	1				
Simbabwe		1				

noch Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Südafrika	2	2				
Südsudan		1				
Tunesien	1	4				
Uganda		1				1

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Tunesien		4				
Äthiopien, Kenia	1					
Djibuti, Südsudan	1					
Kamerun, Äquatorialguinea		2				
Kenia, Südafrika		1				
Kenia, Äthiopien		2				
Liberia, Elfenbeinküste	1					
Liberia, Sierra Leone	1					
Marokko, Tunesien	1	1				
Marokko, Tunesien, Algerien	1					
Sierra Leone, Burkina Faso, Mali		3				
Simbabwe, Sambia					1	
Sudan, Südsudan		1				
Sudan, Südsudan, Tansania					1	
Sudan, Südsudan, Uganda, Tansania, Äthiopien		2				
Südafrika, Namibia		2				
Tansania, Kenia	1	1				
Tansania, Sambia, Burkina Faso, Äquatorialguinea		1				

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Brasilien	1	2				
Chile		4				
El Salvador		1				
Französisch-Guayana (Übersee-Département Frankreichs)		1				
Guatemala		1				
Kanada		3	1			1

noch Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Kolumbien		1				
Kuba	1					
Mexiko		1				
Paraguay		1				
Peru		1				
USA	6	34			1	6
Venezuela		2				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien, Uruguay				1		
Brasilien, Argentinien		4				
Brasilien, Uruguay	1					
Chile, Argentinien		1				
Chile, Bolivien, Kolumbien	1					
Chile, Kolumbien		1				
Chile, Kolumbien, Brasilien		2				
Brasilien, Panama						
El Salvador, Nicaragua		2				
Guatemala, El Salvador		1				
Kanada, USA	1	2				
Paraguay, Uruguay, Brasilien	1					
Peru, Bolivien	1					
Peru, Kolumbien		1				
Venezuela, Chile, Argentinien					1	

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan		8				
China	2	10	1			
Indien		4				
Indonesien		3				
Irak		1				
Iran		2			1	

noch Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Israel		4				
Japan	1	6				
Jordanien		2				
Kambodscha		2				
Kasachstan		3				2
Katar		1				1
Laos		1				
Mongolei	1	1				
Myanmar		2				
Pakistan		1				
Palästinensische Gebiete		1				
Saudi Arabien		5				
Singapur		1				
Taiwan		1				
Thailand		1				
Vereinigte Arabische Emirate		5				
Vietnam		1				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan, Indien		1				
Afghanistan, Tadschikistan, Kirgisistan		1				
Afghanistan, Türkei		1				
China, Mongolei		1				
Indonesien, Myanmar, Thailand		1				
Israel, Palästinensische Gebiete		6				
Israel, Palästinensische Gebiete, Jordanien, Libanon		1				
Japan, Südkorea	1	1				
Jordanien, Katar		1				
Jordanien, Libanon	1					
Kambodscha, Vietnam	1					
Kirgisistan, Turkmenistan					1	
Laos, Bhutan		1				
Laos, Kambodscha, Myanmar		1				
Laos, Vietnam, China		1				

noch Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Libanon, Oman, Vereinigte Arabische Emirate					1	
Myanmar, Kambodscha, Nepal				1		
Myanmar, Laos		3				
Nordkorea, Südkorea		1			1	
Pakistan, Afghanistan	1					
Saudi Arabien, Katar, Vereinigte Arabische Emirate	1					
Singapur, Malaysia	1					
Thailand, Myanmar		2				
Thailand, Myanmar, Singapur					1	
Vietnam, Thailand		2				

Australien/Neuseeland

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Neuseeland		1				
Tonga		1				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Australien, Neuseeland					1	
Australien, Samoa		1				

Anlage 3**Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Januar 2013 bis 30. September 2013 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Armenien			1			1
Aserbaidschan		1				
Belgien	2	11*			1	3
Bosnien-Herzegowina		1				
Bulgarien		2				1
Dänemark		3				4
Estland						3
Frankreich	2	15*	1			22
Georgien		1				
Griechenland		4				1
Großbritannien	2	3	1			1
Irland	2	4				1
Italien	1	3				1
Kroatien		4			1	
Liechtenstein			1			
Litauen	1	1			1	1
Luxemburg	1					3
Monaco						1
Montenegro		1				
Niederlande	2	1				
Norwegen						1
Österreich	2	3	2			1
Polen	1	4	1			
Portugal		2				
Rumänien		1				
Russland		6				

noch Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Schweden		2				1
Schweiz	2	3	1			1
Serbien	1	1				
Slowakei			1			
Slowenien		1				
Spanien						3
Tschechische Republik	1				1	
Türkei	2	8				1
Ukraine		5				
Ungarn		3		1		2
Vatikanstaat		1	1			
Zypern		2				1

* Reisen zu den Institutionen der Europäischen Union nach Brüssel, Straßburg und Luxemburg bedürfen nicht der Genehmigung. Sie werden wie Mandatsreisen nach § 16 Absatz 1 AbgG behandelt und sind deshalb hier nicht als Einzeldienstreisen erfasst.

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Frankreich, Mali		1				
Griechenland, Zypern	1					
Kroatien, Montenegro		1				
Lettland, Estland		1				
Lettland, Litauen, Estland, Finnland	1	1				
Litauen, Lettland, Estland	1					
Moldau, Rumänien		1				
Österreich, Kroatien	1					
Österreich, Slowakei	1					
Serbien, Kroatien	1					
Spanien, Zypern	1					
Türkei, Bulgarien, Griechenland	1					
Türkei, Israel		2				
Türkei, Italien		2				

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		2				
Äthiopien		1				
Algerien		1				
Kenia		1				
Malawi		1				
Mali		2				
Marokko						1
Südafrika		4				
Tansania	1					
Tunesien		2			1	

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Jordanien	1					
Ägypten, Libanon	1					
Ägypten, Marokko		1				
Äthiopien, Kenia, Tansania	1					
Algerien, Libyen, Niger, Frankreich		1				
Algerien, Marokko				1		
Gabun, Burkina Faso					1	
Kenia, Südsudan		1				
Liberia, Nigeria					1	
Marokko, Algerien, Ägypten	1					
Marokko, Tunesien, Algerien	1					
Namibia, Sambia		1				
Senegal, Mali	1					
Südafrika, Äthiopien		3				
Uganda, Tansania	1					

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Brasilien	1	2				
Chile				1		
Equador						1
Kanada		4				
Kolumbien		1				
Kuba	1	1				
USA	6	15				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Brasilien, Paraguay, Uruguay		1				
Brasilien, Uruguay	1	1				
Ecuador, Peru		2				
Guatemala, Nicaragua		1				
Kanada, USA		1				
Mexiko, Kuba		1				
Peru, Bolivien, Ecuador		1				

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan	1	4				
China		6			1	
Indien	1	2		1		
Irak		2				
Iran		1				
Israel		3				
Japan		2				
Jordanien		2				
Kasachstan		3				
Katar		2				
Mongolei				1		
Nepal	1					
Oman				1		

noch Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Thailand		1				
Vereinigte Arabische Emirate		2				
Vietnam		1				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Bhutan, Bangladesch					1	
China, Japan	1					
Israel, Palästinensische Gebiete		2				
Israel, Palästinensische Gebiete, Tunesien		1				
Libanon, Jordanien, Türkei		1				
Mongolei, Südkorea	1					
Nordkorea, Südkorea		1				
Saudi Arabien, Katar, Vereinigte Arabische Emirate		1				
Sri Lanka, Myanmar	1			1		
Vietnam, Philippinen	1					

Australien/Neuseeland

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Neuseeland, Fidschi		1				

Anlage 4**1. Gesamtkosten der vom 01. Oktober 2011 bis 31. Dezember 2011 durchgeführten Reisen**

–	23	Ausschussdelegationsreisen (AD)	383.742,43 Euro
–	4	Offizielle Delegationsreisen (OD)	44.416,40 Euro
–	7	Parlamentariergruppen (PG) Delegationsreisen	244.196,46 Euro
–	126	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	233.298,80 Euro
–	35	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	138.382,89 Euro
Gesamtkosten			1.044.036,98 Euro

2. Gesamtkosten der im Haushaltsjahr 2012 durchgeführten Reisen

–	71	Ausschussdelegationsreisen (AD)	1.580.363,92 Euro
–	5	Offizielle Delegationsreisen (OD)	83.249,48 Euro
–	26	Parlamentariergruppen (PG) Delegationsreisen	659.274,02 Euro
–	442	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	1.118.706,54 Euro
–	98	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	428.721,54 Euro
Gesamtkosten			3.870.315,50 Euro

3. Gesamtkosten der vom 1. Januar 2013 bis 30. September 2013 durchgeführten Reisen

–	54	Ausschussdelegationsreisen (AD)	944.300,65
–	7	Offizielle Delegationsreisen (OD)	112.080,90 Euro
–	9	Parlamentariergruppen (PG) Delegationsreisen	163.076,59 Euro
–	206	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	553.737,96 Euro
–	56	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	189.396,48 Euro
Gesamtkosten			1.962.592,58 Euro

